

Gaudeamus igitur oder O du lieber Augustin, alles ist hin?

BLOG

23 POSTINGS

FRIEDRICH SCHIPPER

16. Oktober 2012, 18:19



foto: standard/fischer

In dem wöchentlichen Blog "Uni 2020" auf derStandard.at, der immer dienstags erscheinen wird, reflektieren UniversitätslehrerInnen über die österreichischen Universitäten.



foto: privat

Friedrich Schipper ist Archäologe.

Wenn es eine Bundesheerreform 2010 gegeben hat, dann schaffen wir auch eine Universitätsreform 2020. Doch wo anfangen?

Die österreichischen Universitäten kommen schon seit Jahren nicht mehr aus den Schlagzeilen heraus. Krise. Permanent. Multikausal. Politisch. Mental. Budgetär. National. Was nun? Was tun? Was wir brauchen, sind Visionen. Und den Mut, sie umzusetzen.

Auf und davon

Greifen wir zum Dudelsack: Dem österreichischen Wissenschaftsnachwuchs wird mittlerweile bereits im Stakkato mitgeteilt, dass man Österreich so schnell wie möglich Richtung Gelobtes Land verlassen soll. Und das sei überall, nur nicht hier. Am besten weg. Besser gestern als morgen. Hast du noch nicht fertig studiert? Wie das? Was heißt, nebenbei Geld verdienen? Wozu brauchst du Geld? Na aber jetzt. Los, los. Auf und davon. Was heißt, Stress? Das ist kein Stress, das ist Mobilität. Akademische Mobilität. Heute da und morgen dort.

Sei froh, dass du einen Job hast. Was willst du? Geld willst du? Gehalt? Honorar? Remuneration? Wofür brauchst du das? Nur die Härtesten kommen durch. Na geh, jetzt im Ernst. Geh komm. Bring Leistung. Was, Prädikat? Ah, Prekariat. Nein, das ist Leistungsdruck. Leistungsdruck bringt Leistung.

Leidenschaft, die Leiden schafft

Wer Wissenschaftler werden will, muss leiden. Bist du leidensfähig? Wissenschaft braucht Leidenschaft, und das schafft Leiden. Sonst wird das nix. Druck und Leiden. So formt man Wissenschaftsnachwuchs. Was? Ah, du bist schon 45? Na ja, sag ich ja - Nachwuchs. Professor bist du ja nicht, also bist du Nachwuchs. Ah, du willst Professor werden. Soso, wie viele "peer-reviewte papers" hamma denn? Aha. Na ja, nicht so viel. Ah, gelehrt hamma. Na, das ist aber schlecht. Die Weltklasse lehrt nicht, sie forscht. Was willst du denn mit den Studenten im Hörsaal? Was? Betreuen willst du sie? Das ist ja rührend. Betreuen. Rüührend. So wird das nix. Das bringt nix. Nicht lehren, forschen.

Was brauchst du? Ein Forschungsbudget? Na geh. Da musst du Drittmittel lukrieren. Drittmittel lautet das Gebot der Stunde. Sexy Drittmittel. Was heißt, du weißt nicht, wie das geht? Wie man Drittmittel lukriert? Was ist denn los mit dir? Wer keine Drittmittel lukrieren kann, ist kein guter Wissenschaftler. Da bist du nicht Weltklasse. Da musst du dich durchsetzen. So funktioniert die Selektion. So ist das. Universitärer

Sozialdarwinismus. Härte. Leiden. Biss. Durchkommen. Nur die Fittesten überleben. Das ist Elite, das ist Exzellenz. Ja, ja, die junge Generation hat's nicht leicht. Ups, jetzt hab ich vergessen, du bist ja schon 45.

Und du? Ah ja, 25. Perfekt. Du hast ja alles noch vor dir. Was meinst du mit Familie? Du bist doch nicht schwanger? Eh nicht. Oder doch? Oje. Und? Willst es auch kriegen? Schon? Na ja. Du musst wissen, was du willst. Das ist ja deine freie Entscheidung. Für die Wissenschaft müsste man halt Opfer bringen. Na, vielleicht wird dann zumindest dein Kind Weltklasse. Obwohl, es gibt ja Frauenquoten. Und einen Uni-Kindergarten haben wir auch. Vielleicht schaffst du's dann doch noch. Das nennt man dann Wiedereinstieg. Dafür gibt's sogar Förderprogramme. Geld, da wirst du dann gefördert. Obwohl, ob das genderfair ist? Für die Männer?

Fragmentiertes Sittenbild

Dieses lose zusammenhängende, fragmentierte, realitätsverzerrende Sittenbild ist natürlich weder ein umfassender noch ein solider Befund, für die österreichische Universitätslandschaft mitnichten repräsentativ. Eigentlich liegt diese Skizze total daneben, schießt über das Ziel hinaus. Ist zynisch. Wenig konstruktiv. Unnötig. Na ja, lassen wir das.

Uni 2020? Wenn es eine Bundesheerreform 2010 gegeben hat, dann schaffen wir doch auch eine Universitätsreform 2020. Bundesheer und Universitäten scheinen in dieser Republik ohnehin einen politisch vergleichbaren Stellenwert zu haben. Aber hoffentlich endet das nicht mit einem vergleichbar fatalen Ergebnis. Daher sollte man das nicht kommentarlos den politisch Verantwortlichen überlassen. Doch wo anfangen?

Arbeitsplatz Universität. Hm. Wie sieht es denn aus mit der Freiheit der Forschung und Lehre heute? Welche Folgen hat die Verbetriebswirtschaftlichung der Universitäten? Was ist ihre Rolle in Staat und Gesellschaft - heute und in Zukunft, also zunächst mal im Jahr 2020? Wie funktionieren die Entscheidungsprozesse an einer Uni? Man hört so viel von Transparenz. Statt Demokratie nun Transparenz. Sehen tut man sie nicht. Das liegt wahrscheinlich daran, dass sie durchsichtig ist.

Wie funktioniert **Führung an den heimischen Unis**, wie wird Führungspersonal ausgewählt? Wie ist es mit dem Führungsverhalten bestellt und welche Folgen hat Führungsversagen auf oberen, mittleren und unteren Führungsebenen? Wie sieht es mit einer Ausbildung von universitären Führungskräften, von Rektoren, Dekanen oder auch Institutsvorständen aus? Wollen wir das Thema Bossing aufgreifen? Lieber später.

Forschung? Wir müssen einmal ernsthaft darüber sprechen, dass wir praktisch kaum mehr drittmittelunabhängige Forschung haben. Die nationale Forschung ist abhängig vom FWF und EU und ERC und anderen, aber primär ist sie zunächst einmal abhängig vom Antragschreiben. Österreichische Wissenschaftler schreiben derzeit wahrscheinlich mehr Projektanträge als wissenschaftliche Aufsätze. Die werden dann

eingereicht, peer-reviewt, abgelehnt, überarbeitet, neu eingereicht, peer-reviewt, abgelehnt, neu erarbeitet, woanders eingereicht, peer-reviewt und so weiter. Nicht nachlassen. Leiden musst du. Nur die Hartnäckigsten kommen durch.

Verhalten und Fehlverhalten in der Wissenschaft sind derzeit ein großes Thema. Es wird aber meist auf Plagiat reduziert. Tatsächlich ist die Palette des Fehlverhaltens breit. Und Fehlverhalten ist das vielleicht schwerstwiegende Problem an den Unis und in der Wissenschaft überhaupt. Der Druck ist enorm, nicht nur der Leistungsdruck. Wollen wir das Thema Mobbing aufgreifen? Lieber später. Oder zumindest so viel: Wahrscheinlich ist Mobbing die häufigste Form des Fehlverhaltens an Unis und hat in der Praxis wahrscheinlich weitaus gravierendere Bedeutung als Plagiat, Fälschung, Betrug und so weiter.

Lehre? Sinkt der Status der Lehre in der wissenschaftlichen Karriere? Wohl ja. Aber welche Folgen hat das für die studentische Ausbildung? Wie verschaffen wir der universitären Lehre wieder einen entsprechenden Stellenwert? Es gibt bereits eine formale und inhaltliche Anpassung der Lehre und der Lehrpläne - nicht an rationale Bedürfnisse, sondern an antizipierte sinkende Lehrbudgets.

Wöchentlich auf derStandard.at

Es gäbe noch so vieles, was hier anzusprechen wäre. Die Frage nach der Effektivität und Effizienz der Strukturen der Universitäten. Was macht so ein Senat heute eigentlich noch? Oder was macht der Unirat? Derzeit feuern Uniräte Rektoren. Die Defizite der Personalstrukturplanung an den Unis wären anzusprechen oder das Thema Behinderte und Barrierefreiheit an den Unis. Und so vieles mehr. Gott sei Dank ist das nur das Editorial des Blogs. Wir haben also noch viel Zeit, alles ausgiebig zu diskutieren. In dem wöchentlichen Blog "Uni 2020" auf derStandard.at, der immer dienstags erscheinen soll, reflektieren UniversitätslehrerInnen fortan über die österreichischen Universitäten.

Nächste Woche: Konrad Paul Liessmann über Freiheit der Forschung und Lehre heute. (Friedrich Schipper, derStandard.at, 16.10.2012)

Friedrich Schipper ist Archäologe und stellvertretender Vorstand des Instituts für Alttestamentliche Wissenschaft und Biblische Archäologie an der Universität Wien. In seiner Dissertation geht es um Beschneidung, Athletik und Identität im antiken Kontext des jüdisch-hellenistischen Konflikts. In seiner Habilitationen befasst er sich mit der Rolle des kulturellen Erbes in Jerusalem im aktuellen Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts. Leidenschaftlich gerne ist er Mitglied des Betriebsrats für das wissenschaftliche Universitätspersonal an der Universität Wien sowie Mitglied des UniversitätslehrerInnenverbands (ULV).

Berechnen Sie Ihr Brutto- oder Netto-Gehalt mit dem Brutto-Netto-Rechner von derStandard.at/Karriere



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Ökonomisierung der Hochschulen: Die Universitäts-AG

BLOG

46 POSTINGS

WOLFGANG WEIGEL

23. Oktober 2012, 13:49



foto: privat

"Akademische Freiheit und effiziente Betriebsführung sind zwar miteinander vereinbar, aber akademische Freiheit und ein im eng verstandenen Sinn effizientes Betriebsergebnis sind es nicht", sagt Wirtschaftswissenschaftler Wolfgang Weigel.

Die Orientierung an der Kapitalgesellschaft wird den Universitäten nicht gerecht

Von einer "Universitäts-AG" zu sprechen ist natürlich eine Allegorie, aber es ist zugleich eine Tatsache, dass bei der Universitätsreform, die sich im Universitätsgesetz 2002 niederschlägt, unternehmerische und damit betriebswirtschaftliche Konzepte Eingang gefunden haben.

Die Form der Kapitalgesellschaft dient unter anderem Zwecken der Organisation und Leitung. Es sollen die Rahmenbedingungen für die effiziente Produktion geschaffen werden. Aber es darf nicht übersehen werden, dass ein zentraler Zweck, der sie von allen anderen Unternehmensformen unterscheidet, die Beschaffung von Kapital ist, das von den AktionärInnen kommt. Und da endet dann auch schon die Allegorie. Denn die Universitäten haben heute einen Aufsichtsrat und ein Management mit einem CEO (dem vormaligen Rektor).

Sie sind auf Top-Down-Entscheidungen hin strukturiert. Gewiss, sie haben zwar auch einen Senat, der fälschlicherweise immer wieder als Organ hingestellt wird, in dem alle Universitätsangehörigen angemessen vertreten sind. Man muss sich aber nur einmal das Verhältnis ansehen, in dem die diversen Gruppen von Universitätsangehörigen dort vertreten sind, und dem die tatsächlichen Anteile dieser Gruppen an den Beschäftigten gegenüberstellen, um zu sehen, dass der Senat niemals ernsthaft als repräsentativ angesehen werden kann.

Und: Den Universitäten fehlt die Hauptversammlung der Anteilseigner, denn sie sind verselbstständigte Anstalten des öffentlichen Rechts, also Zwitterwesen, deren Eigentümer nach wie vor die Republik Österreich ist und deren "Hauptversammlung" eben nicht existiert. An ihre Stelle treten Bürokraten und Minister, die die Fäden ziehen könnten und dies nach Meinung vieler auch tun - universitäre Autonomie hin oder her, es gilt: "Wer zahlt, schafft an!"

Zugegeben, man hat den Universitäten Spielraum bei der Beschaffung von Drittmitteln eingeräumt - nein, falsch: Man hat sie in diesen Grad der Freiheit hineingeschubst. Aber es verbietet sich von selbst, den Gedanken der AG weiterzuspinnen und zu meinen, jene, die Geld zur Verfügung stellen, würden dadurch ein Mitspracherecht erwirken. Das wäre fatal, denn was und wie geforscht und gelehrt wird, muss der akademischen Freiheit unterliegen dürfen (die durch die Verfassung geschützt wird).

Akademische Freiheit und effiziente Betriebsführung sind zwar

miteinander vereinbar, aber akademische Freiheit und ein im eng verstandenen Sinn effizientes Betriebsergebnis sind es nicht! Das effiziente Betriebsergebnis im Sinne eines maximalen Ergebnisses bei gegebenen Mitteln (Personen und Sachausstattung) ebenso wie die Erbringung eines vorherbestimmten Ergebnisses mit minimalem Mitteleinsatz widersprechen dem, was man den Produktionsprozess in einer Universität nennen könnte, zutiefst.

Nicht, dass solche eng gesehene Effizienz keinen Platz hätte, aber maßgeblich für die Leistungen einer Universität ist deren gesellschaftliche Effizienz - und die ist subtil und facettenreich!

Die gewissermaßen erfolgte "Verbetriebswirtschaftlichung" - man verzeihe das Wortungetüm - kann der Universität nicht gerecht werden.

In Wahrheit sind Universitäten kleine Teilwelten, die jeweils ihren speziellen Ordnungsrahmen brauchen, der Anreize und Arbeitsbedingungen schafft, in denen sich Kreativität und Engagement bestmöglich entfalten können.

Die Tatsache, dass Universitäten jetzt als Betriebe gelten, hat aber auch noch eine Reihe anderer Konsequenzen, die jedoch letztlich in die eben angesprochenen grundsätzlichen Probleme der inneren Struktur der Universität zurückwirken:

Als Betriebe sind Universitäten der Anwendung einschlägiger Rechtsvorschriften unterworfen: Langsam gewöhnen sich die handelnden Personen in den Universitäten daran, dass nicht mehr Beamtendienstrecht und Vertragsbedienstetengesetz gelten, wie zu den Zeiten, als Universitäten nachgeordnete Verwaltungseinheiten waren. Es gilt vielmehr das Arbeitsverfassungsgesetz mit seinen arbeitsrechtlichen Regelungen, seinen Regelungen für die Betriebsräte, ferner das Arbeitnehmerschutzgesetz und viele mehr, die für die frühere Verwaltungseinheit so unbekannt waren.

Die Beschäftigungsverhältnisse, die Arbeitsverträge und die Gehaltsregelungen haben sich fundamental geändert. Das Problem dabei ist, dass die einschlägigen Gesetze, welche für die Privatwirtschaft, insofern eine "Voreingenommenheit" enthalten, als sie ja nie dafür gedacht waren, der Natur einer Universität zu entsprechen; es sei denn, man setzt Universitäten mit Fertigungs- oder Dienstleistungsbetrieben gleich.

Aber die These ist ja schon angeklungen und sei hier noch einmal in den Raum gestellt: Universitäten sind als Stätten, an denen geforscht und gelehrt wird (und nicht nur das), mit herkömmlichen Betrieben nicht zu vergleichen. Man darf nicht vergessen oder verdrängen, dass gelegentlich von der Universität als einer "Gelehrtenrepublik" gesprochen wird. *Tempi passati, Schnee von gestern?*

Nun, namentlich die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Universität haben in aller Regel keinen "Job", dem sie manchmal mit mehr und manchmal auch mit weniger Frust Tag für Tag nachgehen. Sie sind vielmehr in aller Regel Suchende, Strebende, durchlaufen Triumphe der Einsicht und Momente der Verzweiflung über versperrte Wege zur Einsicht. Es gibt bis zu


einem gewissen Grad eine Hierarchie der Bewährung. Aber es gibt keine Werkbänke, Montagebänder, Sortierstellen, was auch immer, an denen mehr oder weniger fest gefügte Prozesse ablaufen. Das dürfte auch in den Hörsälen nie der Fall sein - wobei ja Kritik an der Art der Wahrnehmung der Aufgaben durchaus erlaubt ist. Das ändert aber nichts daran, dass die Natur der Aufgaben nicht jener des herkömmlichen Fertigungs- und Dienstleistungsbetriebs entspricht.

Was jetzt gilt, diese vage Orientierung an der Kapitalgesellschaft, am Betrieb, der am Markt im Wettbewerb steht, wird den Universitäten nicht gerecht.

Die systematisch zurückgestutzten, früher üblichen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte mögen tatsächlich die Entscheidungsstrukturen schwerfälliger gemacht haben. Effizienz im produktionswirtschaftlichen Sinn kannten sie nicht. Die (gesellschaftlichen) Kosten der egalitären und partizipativen Gelehrtenrepublik sind aber nur eine Seite der Medaille. Es gibt nämlich das Phänomen der beharrlichen Weigerung, die Nutzen solcher Gelehrtenrepubliken wahrzunehmen: dass sich alle ihnen ungeteilt zugehörig fühlen und sich für sie einsetzen.

Die Nagelprobe für die Überlegenheit eines solchen mehr egalitären und partizipativen Organisations- und Leitungsmodells auch für die Universität des 21. Jahrhunderts fehlt noch immer. Dazu gehört Phantasie, dazu gehört Mut, dazu gehört ein Gestaltungswille, der dem Wesen der Universität wirklich entspricht! (Wolfgang Weigel, derStandard.at, 23.10.2012)

Wolfgang Weigel, Wirtschaftswissenschaftler, früher langjähriger Vorsitzender der Personalvertretung an der Universität Wien.

 Immobilien, die zu Ihnen passen, finden Sie auf derStandard.at/Immobilien.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Diktatur der Geschäftigkeit

BLOG

KONRAD PAUL LIESSMANN

31. Oktober 2012, 14:26

273 POSTINGS



foto: standard/corn

"Wissenschaft lebt von Neugier", sagt der Philosoph
Konrad Paul Liessmann.

Die akademische Freiheit wird heute weniger von Kirche und Staat als von mitunter höchst zweifelhaften Kontrollverfahren eingeschränkt

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Der bis heute gültige § 17 des Staatsgrundgesetzes von 1867 ziert noch immer den Aufgang des Neuen Institutsgebäudes der Universität Wien. Die als Spätfolge der gescheiterten Revolution von 1848 proklamierte Freiheit von Lehre und Forschung brachte die österreichischen Universitäten einerseits auf den Stand jener Wissenschaftskonzeption, die seit den Humboldt'schen Reformideen ganz wesentlich das Bild der Universitäten nicht nur in Mitteleuropa geformt hatte, andererseits war und ist diese Bestimmung ein Zielparagraf, der ein Ideal formulierte, nie aber eine Wirklichkeit beschrieb.

Unabhängigkeit, die der Geist braucht

Seit sich die neuzeitliche Idee der Universität festigte, gibt es den Ruf nach einer unbedingten Freiheit, die allein der Aufgabe und dem Wesen der Wissenschaft und ihrer Vermittlung gerecht werden könne. Gleichzeitig war dieses Bestreben stets von dem Verdacht begleitet, dass eine Institution wie die Universität, die immer auch mit politischen, religiösen und ökonomischen Interessen verquickt war, diese Freiheit nur schwer garantieren könne. Jene Unabhängigkeit, die der Geist braucht, um ohne Rücksicht auf fremde Interessen forschen und das Erkannte vermitteln zu können, schien an Universitäten, gleich ob sie vom Staat oder von Privaten finanziert wurden, nur bedingt gewährleistet.

Die Geschichte der europäischen Wissenschaften ist auch eine Geschichte der Skepsis gegenüber dem institutionalisierten Lehr- und Forschungsbetrieb. Dazu nur einige Beispiele aus der Philosophie, sicher eine diesbezüglich besonders sensible Disziplin. Als der jüdisch-portugiesisch-niederländische Linsenschleifer, Privatgelehrte und Philosoph Baruch Spinoza, unter Kennern schon eine geheimnisvolle Berühmtheit, einen ehrenvollen Ruf an die Universität Heidelberg erhielt, lehnte er diesen mit dem Hinweis ab, dass er nicht wisse, in welchen Grenzen er an diesem Ort philosophieren müsse; 200 Jahre später schrieb der junge Friedrich Nietzsche, soeben als Professor für Alte Sprachen an die Universität Basel berufen, dass zum Philosophieren nur eines notwendig sei: "Freiheit und immer wieder Freiheit."

Ernsthafte Arbeit nicht möglich

Wenig später quittierte Nietzsche seine Professur und überantwortete sich der unstillen Existenz eines "freien Geistes"; nochmals hundert Jahre später, in den Jahren nach

dem Zweiten Weltkrieg, lehnte der Philosoph, Schriftsteller und engagierte Technikkritiker Günther Anders mit Verweis auf Spinoza die Berufung an eine renommierte Universität ab; und im Jahre 2007 kündigte der Philosoph Peter Bieri seinen Lehrstuhl an der Freien Universität Berlin, da ihm die im Zuge der Bologna-Reform veranstaltete Umgestaltung der Universität eine ernsthafte Arbeit nicht mehr garantieren konnte: "Wenn ich mir ansehe, wer im Fernsehen oder in den Zeitungen die Helden sind, so sehe ich nur Fassaden ohne etwas dahinter. Das Gleiche lässt sich an den Universitäten beobachten, die zur Zeit durch die Perspektive der Unternehmensberatung kaputt gemacht werden. Wir bekommen ständig Fragebögen: Wie viele Gastprofessuren haben Sie wahrgenommen? Wie viele Drittmittel haben Sie eingeworben? Eine Diktatur der Geschäftigkeit. All diese Dinge haben mit der authentischen Motivation eines Wissenschaftlers gar nichts zu tun."

Freiheit gefährdet

Natürlich sind das Einzelfälle. Aber vielleicht indizieren sie doch einen Problembestand. Zwar wird rhetorisch an der Freiheit von Lehre und Forschung festgehalten, in der Tat aber ist diese Freiheit immer gefährdet, auch wenn diese Gefährdungen aus unterschiedlichen Richtungen kommen können. Bieris Formulierung von der "Diktatur der Geschäftigkeit" verweist darauf, dass die Einschränkungen der akademischen Freiheit heute weniger von Kirche und Staat vorgenommen werden als vielmehr Ausdruck von mitunter höchst zweifelhaften Kontrollverfahren sind, denen sich die Universitäten freiwillig unterwerfen.

Unter dem Diktat eines künstlich erzeugten Wettbewerbs orientieren sich immer mehr Wissenschaften an Kriterien, die weder für die Qualität noch für die Entwicklung dieser Disziplinen noch für ihre gesellschaftliche Relevanz wirklich bedeutsam sind. Impact-Faktoren, Publikationslisten, Drittmittel, Forschungsreisen, Gastprofessuren, Projektanträge - das mag alles gut klingen und ist vor allem messbar; dem eigentlichen Motor der Wissenschaften, der Neugier, dem Streben nach Wahrheit und der Verpflichtung auf Vernünftigkeit, ist dies allerdings nicht wirklich dienlich. Wo die Freiheit ab-, der Druck aber zunimmt, steigt auch die Tendenz zu risikoloser Mittelmäßigkeit, zur Orientierung an externen Kriterien wie Vermarktbarkeit und Effizienz, zur Ausrichtung an den expliziten und impliziten Vorgaben und Interessen der Drittmittelgeber und, vor allem in den Sozial- und Humanwissenschaften, die Bereitschaft, sich den politischen oder ideologischen Vorgaben zu beugen.

Erpresste Auslandsaufenthalte

Dazu kommt eine Zweiklassenwissenschaft, die die akademische Freiheit gleichsam schon an der Basis beschneidet. Während die Jagd auf die vermeintlich besten Köpfe eröffnet ist und gesuchte Top-Forscher ihre Bedingungen diktieren können, wird auf der anderen Seite ein Wissenschaftsprekariat produziert, das hoch qualifizierten Menschen zumutet, jahrelang über Praktika, Projekte, miserabel honorierte Lehraufträge, klägliche Stipendien, erpresste Auslandsaufenthalte und schlecht bezahlte befristete

Anstellungen ihr Leben zu fristen und auf Chancen zu hoffen, die kaum noch gegeben sind. Es spricht nicht gerade für ein gerne beschworenes Wissenschaftsland Österreich, wenn die Hauptangst der Universitäten darin zu bestehen scheint, dass in Österreich ausgebildete Wissenschaftler auch in Österreich eine Karriere anstreben könnten, und unzählige junge Wissenschaftler deshalb in die Frustration oder ins Ausland getrieben werden. Von Freiheit kann dabei nur selten die Rede sein.

Bologna und die daran anschließenden Studienreformen haben aber auch die Freiheit der Lehre einigermaßen beschädigt. Und wieder geschah dies aus einer internen Logik, die auch gar nicht in böser Absicht in Gang gesetzt wurde. Aber modularisierte Studienpläne, hochselektive Studieneingangsphasen, straffe Studienzeiten, penible ECTS-Verrechnungen und verbindliche Voraussetzungsketten gewähren nicht nur den Studierenden wenig Freiraum, sie binden vor allem auch die Lehre. Schon wegen der Gerechtigkeit müssen Lehrveranstaltungen, deren positive Absolvierung darüber entscheidet, ob jemand überhaupt in diesem Studium bleiben kann oder weitere Module absolvieren darf, inhaltlich und didaktisch möglichst ähnlich aufgebaut werden, Massenfächer mit Massenprüfungen rufen geradezu nach standardisierten und automatisierbaren Prüfungsmethoden, die standardisierte Inhalte zur Voraussetzung haben, die Einrichtung reiner Lehrdozenturen ("Senior Lecturers") entkoppelt nicht nur im Einzelfall Lehre von Forschung, sondern legt implizit auch nahe, dass es dabei darum geht, einen Stoff nach standardisierten Vorgaben zu vermitteln.

Wenig Raum für individuelle Gestaltung

Für die individuelle Ausgestaltung der Lehre bleibt da wenig Raum. Vor allem in den Bachelor-Studiengängen wird so ein universitäres Studium zunehmend zu einer durch und durch verschulten Angelegenheit, und wie überall in der Welt garantieren Standards vielleicht ein Mindestmaß an Kompatibilität und ein Minimum an Qualität, produzieren aber ansonsten Mittelmaß und ersticken jede kreative Abweichung. Mag sein, dass es den aktuellen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht, Universitäten als Einrichtungen zu definieren, in denen in erster Linie anwendbares Basiswissen für einen raschen Berufseinstieg zügig erworben werden soll, aber vielleicht sollte man solche Einrichtungen dann nicht Universitäten nennen - denn diese sind als Orte definiert, an denen wissenschaftliches Wissen in kritischer Absicht in gemeinsamer Arbeit von Studierenden und Lehrenden entwickelt und vermittelt wird.

Sollen Universitäten auch weiterhin - im Gegensatz zu Schulen auf der einen Seite und reinen, oft interessen gebundenen Forschungseinrichtungen auf der anderen Seite - durch die Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre gekennzeichnet sein, müssen einige Trends und Entwicklungen der letzten Jahre gestoppt und in eine andere Richtung gelenkt werden. Der interne Kontrolldruck muss gelockert, die Fetischisierung von Rankings, Drittmittelforschung und quantifizierenden Messverfahren muss eingebremst und die Studienpläne müssen

so umgestaltet werden, dass die Freiheit im Studium und in der Lehre nicht nur eine Phrase, sondern eine erlebbare Wirklichkeit wird, die sich nicht zuletzt durch jenes Risiko auszeichnet, das der Preis jeder Freiheit ist. Man muss nicht alles planen, kontrollieren und evaluieren, die wirklichen Ergebnisse - neudeutsch: der Output - wissenschaftlicher Forschung und Lehre werden nie vollständig prognostizierbar sein, und das ist gut so.

Wissenschaft lebt von Neugier

Forschungsprojekte, deren Resultate schon im Projektantrag festgeschrieben werden, sind genauso problematisch wie genormte Lehrveranstaltungen, über die alles schon vorher bekannt ist. Wissenschaft lebt in Lehre und Forschung von der Neugier, und Neugier kann sich nur dort entwickeln und bewähren, wo mit dem Unerwarteten, dem nicht Planbaren, dem Offenen gerechnet und gearbeitet werden kann. Die Entwicklung der neuzeitlichen Wissenschaft hat eigentlich zur Genüge gezeigt, dass die Freiheit auch dann, wenn sie von dem einen oder anderen missbraucht werden kann, unter dem Strich mehr kreatives Potenzial entfaltet als jede noch so gut gemeinte Vorgaben-, Richtlinien-, Effizienzsteigerungs- und Evaluierungspolitik. (Konrad Paul Liessmann, derStandard.at, 30.10.2012)

Konrad Paul Liessmann ist Professor für Methoden der Vermittlung von Philosophie und Ethik an der Universität Wien. Von 2004 bis 2008 war er Studienprogrammleiter, von 2008 bis 2012 Vizedekan der Fakultät für Philosophie und Bildungswissenschaft der Uni Wien. Soeben ist von ihm erschienen: "Lob der Grenze. Kritik der politischen Unterscheidungskraft" (Zsolnay Verlag).



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Universitäre Führung in der Krise?

BLOG

22 POSTINGS

CHRISTIAN ALBERT

6. November 2012, 10:49

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Zepterübergabe an der Universität Wien.



foto: privat

Konfliktberater Christian Albert: "An österreichischen Universitäten wird das wissenschaftliche Personal auf Führungsaufgaben nicht vorbereitet."

Führung an Universitäten und insbesondere Führung von Universitäten ist eine schwierige Aufgabe. Wenig Geld, viele Ansprüche, viele Meinungen, wenig Wertschätzung - viel Kritik

TrägerInnen von Führungsfunktionen an österreichischen Universitäten - RektorInnen, DekanInnen, Institutsvorstände und andere - stehen in den vergangenen Jahren, in denen die Universitäten durch das UG 2002 von Orten demokratischer Entscheidungsprozesse und universitärer Mitbestimmung zu Orten monokratischer Führung geworden sind, vermehrt unter Kritik. Ihre Qualifikation für ihre Führungsaufgaben und ihr Führungsverhalten werden hinterfragt, Führungsfehlverhalten und Versagen werden - auch öffentlich - attestiert.

Tatsächlich ist die Verantwortung des Führungspersonals für das Gelingen der Universitäten, ihrer Gestaltung und des Gesamterfolgs wesentlich gewachsen: von Primi inter Pares mit geteilter Verantwortung unter dem alten UOG zu CEOs mit alleiniger Verantwortung im neuen UG. Und auch wenn die Ursachen für die Krise der österreichischen Universitäten in der Öffentlichkeit und den Medien meist allein im Desinteresse und Versagen der Politik und daraus resultierenden inadäquaten Gesetzen und Budgets gesehen wird, so wird inneruniversitär durchaus kritisch nach der diesbezüglichen Rolle des eigenen universitären Führungspersonals gefragt.

Führen muss man lernen

An österreichischen Universitäten wird das wissenschaftliche Personal auf Führungsaufgaben nicht vorbereitet. Intelligenz wird ja vorausgesetzt, sonst wäre man nicht an der Universität. Wozu also Ausbildung zur Führung, Coaching oder Supervision? Ein befreundeter Wissenschaftler hat einmal die Bemerkung gemacht: "Wenn man nicht aufpasst, fängt man sich eine Führungsaufgabe ein wie eine Erkältung." Das hat mit Personalplanung und -entwicklung nichts zu tun.

Universitäres Führungspersonal rekrutiert sich vorrangig aus jenem Pool an wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, die als ProfessorInnen an eine Universität berufen werden. Soziale Kompetenz ist in Berufungsverfahren kein Auswahlkriterium. Das bedeutet natürlich nicht, dass Berufene nicht auch Kommunikations- und Führungsqualitäten besitzen können. Aber für die Frage, ob sich jemand für eine bestimmte Professur eignet oder nicht, ist das nicht entscheidend. Nach Übernahme einer Professur - nach zum Teil jahrelangen Konkurrenz- und Revierkämpfen - soll jemand nun plötzlich zum Teamplayer und zur empathischen Führungskraft werden? So ein Spagat ist ohne professionelle Vorbereitung, Begleitung und Unterstützung nur schwer zu schaffen.

Auch eine Kenntnis jener gesetzlichen Grundlagen, die das Miteinander an den Universitäten formal regeln - vom Arbeitsrecht bis hin zum Kollektivvertrag - ist nötig und das diesbezügliche Bewusstsein beim Führungspersonal natürlich vorhanden. Eine tatsächliche Bereitschaft, sich in diese Grundlagen systematisch einzuarbeiten und auch konsequent und konstruktiv anzuwenden, ist aber nicht immer selbstverständlich. Mitunter können gesetzliche Vorgaben von Führungspersonal als Beschränkung der eigenen Freiheit und des Gestaltungswillens missverstanden werden. Probleme zwischen Führung und MitarbeiterInnen sind dann vorprogrammiert.

Auch die für einen Erwerb dieser Kompetenzen und eine Erarbeitung dieser Kenntnisse notwendige Zeit wird nicht immer bereitwillig aufgebracht, da sie von der ohnehin schon durch die Führungsaufgaben beschnittenen Forschungszeit abgeht. Unlängst kam ein neu eingeführter Kurs zum Thema "Führungskompetenzen" für ProfessorInnen an der Universität Wien mangels ausreichender Teilnehmerzahl gar nicht zustande.

Akademische Rationalität vs. gelebte Empathie

In der täglichen universitären Praxis läuft "akademische Rationalität" (im Sinne eines rein verstandesmäßigen Vorgehens) oft Gefahr, Gefühle im Umgang miteinander zu übersehen. Mittels der aus der wissenschaftlichen Arbeit gewohnten kühlen Verstandeslogik allein lassen sich aber Konflikte mit MitarbeiterInnen in den wenigsten Fällen lösen. Gefragt sind die Bereitschaft zuzuhören, die Fähigkeit, für den/die andere/n tatsächlich offen zu sein, und der Wille, den/die andere/n tatsächlich verstehen zu wollen. Diese Haltung dem Mitmenschen gegenüber bezeichnet man auch als "Empathie".

In meiner universitären Konfliktberatungstätigkeit erlebe ich hautnah - nicht nur zwischen MitarbeiterInnen und Führung, sondern auch zwischen WissenschaftlerInnen und Verwaltung - das Vorherrschen einer Kritik- und Abwertungskultur. Findet Kommunikation statt, dann viel zu oft nur darüber, was nicht funktioniert, und dann immer verbunden mit dem urösterreichischen Fokus auf die Frage: Wer ist schuld? Viel seltener - ich übertreibe halt gerne - konzentriert man sich auf die Frage, was getan werden könnte, um das Problem gemeinsam zu lösen.

Zu einer Führungskultur

Alles oben Ausgeführte ist schon hundertmal beschrieben und beklagt worden. Ungeklärt ist allerdings noch immer, wie wir aus diesem Schlamassel herauskommen.

Papst Johannes XXIII. hatte ein einfaches Lebensmotto: "Giovanni, nimm dich nicht so wichtig." Mit dieser Einstellung sollte es möglich sein, die Dialogkultur zwischen einzelnen Menschen und auch ganzen Personengruppen zu fördern, die Führungs- und Konfliktkultur zu verbessern, Vorurteile abzubauen. Deshalb lautet mein simpler Rat an Führungskräfte: Zuhören. Das schließt kraftvolle, wohlüberlegte Entscheidungen

nicht aus, ganz im Gegenteil. Zuhören ist die Grundlage einer auf Akzeptanz und Erfolg angelegten Führungskultur.

Andererseits können wir von den Führenden aber nicht nur fordern: Auch sie haben Ansprüche an die Geführten. Wir benötigen eine Kultur der Anerkennung des gut Gemachten, aber auch des Respekts für das vielleicht nur gut Gemeinte. Und bei schweren, unpopulären Entscheidungen dürfen wir unsere Führungskräfte nicht im Regen stehen lassen.

Die speziellen Chancen der Universität

An Universitäten gibt es für alles das entsprechende Know-how, es liegt nur manchmal brach, wird zu wenig genutzt. Wir müssen daher verstärkt Räume der Kommunikation und vor allem des Dialogs schaffen, um diese Ressourcen nutzbar zu machen. Das heißt, Führung und Konfliktmanagement sollten mehr denn je zu einem Thema an den Universitäten gemacht werden, um sich mit den Experten, die in der Universität selbst vorhanden sind, auszutauschen und so gegenseitig voneinander zu lernen.

Wir brauchen einen ernst gemeinten und gelebten Respekt vor der Vielfalt der Fachbereiche, der Kulturen und Personengruppen in diesem Mikrokosmos, die Bereitschaft, einander über die verschiedenen Gruppenzugehörigkeiten hinweg zuzuhören und voneinander zu lernen. Führungskräfte brauchen - kurz gefasst - keine Berater, die ihnen ihren Job erklären, sondern kompetente Personen, die ihnen als echte, empathische Gesprächspartner gegenüberstehen.

Im Laufe meiner fast zehnjährigen Erfahrung als Leiter der Personalabteilung und meiner nun schon fast siebenjährigen Erfahrung als Konfliktberater an der Universität habe ich sowohl positive wie negative Führungskulturen kennengelernt. Aus meiner Sicht ist aber ein positiver Trend erkennbar, nämlich dass neue Generationen von Führungskräften den Dialog der einseitigen Kommunikation vorziehen und die Vorteile einer gegenseitigen Wertschätzungs- und Motivationskultur erkennen. Wir sind noch lange nicht am Ende dieses Weges, aber dass Bereiche wie Personalentwicklung und Konfliktmanagement an einigen Universitäten in den letzten Jahren spürbar mehr Bedeutung gewonnen haben, ist, glaube ich, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. (Christian Albert, derStandard.at, 5.11.2012)

Christian Albert, Jurist und Mediator, ist Konfliktberater an der Universität Wien. Als Vertreter des Allgemeinen Universitätspersonals ist er derzeit Mitglied des Senats. Von 1995 bis 2005 leitete er die Personalabteilung der Universität Wien.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!



ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

• • • •

Universitäre Lehre: Opfer zwischen Exzellenz und Bürokratismus?

BLOG

39 POSTINGS

GÜNTER TRETTEHAHN

13. November 2012, 10:21

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Lehre und Forschung - haben beide denselben Stellenwert?



foto: privat

Günter Trettenhahn ist Assistenzprofessor am Institut für Physikalische Chemie der Universität Wien.

Die Lehre muss endlich dieselbe Bedeutung erhalten wie die Forschungsleistung

Die Lehre ist eine der Hauptaufgaben der Universitäten. Ihr wesentliches Merkmal ist, dass sie von Menschen getragen wird - Lehre von Menschen für Menschen - und nicht von "einem System". Universitäre Lehre gibt es in vielen Qualitäten: hervorragend, zeitgemäß, interessant, motivierend und so weiter bis ans andere Ende der Skala. Leider zu oft am anderen Ende der Skala.

Jede/r wird diese oder ähnliche Erfahrungen gesammelt haben. Da stellt sich zwangsläufig die Frage, warum das so ist. War das immer so? Wird das so bleiben? Kann man das ändern, gar verbessern? Warum tut dann das eigentlich keiner?

Opfer der Exzellenz?

Haken wir beim Stellenwert der Lehre im gegenwärtigen Universitätsbetrieb ein. Formal wird diese auf die gleiche Stufe mit der Forschung gestellt (und heute auch mit dem damit einhergehenden Einwerben von sogenannten Forschungsdrittmitteln, kurz: Geld) und soll eine Art Kenngröße für alle forschenden und lehrenden HochschulwissenschaftlerInnen ergeben. Hört sich ja gar nicht so schlecht an!

In der harten Realität des Universitätsalltags ist das allerdings schnell relativiert: Im Schatten der Implementierung des UG 2002 und unter dem Diktat von neuer "Exzellenz" haben die heimischen Universitäten ihren hoffnungsvollen Weg zu Eliteuniversitäten im Kontext des europäischen Hochschulraumes eingeschlagen, und Exzellenz beziehungsweise Elite, so glaubt man hierzulande vielfach, sind ausschließlich an den Forschungsleistungen zu messen.

Und tatsächlich: Impaktfaktoren und eingeworbene Forschungsdrittmittel sind verglichen mit der Lehrleistung sehr einfach zu berechnen, da genügen die Grundrechnungsarten. So verwundert es nicht, wenn Neo-ProfessorInnen mitunter um verringerte Lehrdeputate verhandeln - und diese auch bekommen -, damit sie ihre Zeit nicht verschwenden müssen, sondern mehr Forschungsleistung erbringen können. Daran misst sich dann ja auch die Exzellenz der gesamten Universität, so der offensichtliche Schluss der Universitätsleitungen. Doch wer trägt dann die Lehre?

Perspektiven der Evaluierung

Berechnung der Lehrleistung ist schwieriger. Aber es gibt einen Ausweg: Wir evaluieren die Lehre, denn beim Evaluieren haben

wir wiederholt viel Erfahrung gemacht. Das mag ja zweifellos stimmen - die Erfahrungen im Evaluieren sind vorhanden. Beim Umgang mit den Evaluierungsergebnissen sieht die Sache schon wieder ganz anders aus. Zumal hier eine knifflige Frage dazukommt: Wer darf, kann, soll, muss denn die Lehrleistung prüfen beziehungsweise messen? Die Kollegenschaft, die oft fast hoffnungslos in kurialen Strukturen gefangen ist? Die Studierenden! Diese beurteilen in mehr oder weniger regelmäßigen größeren Abständen von einigen Semestern mittels anonymer und maschinell auswertbarer Fragebögen auf zwei Seiten die/den Lehrende/n, den Inhalt, die Qualität der Präsentation, die Räumlichkeiten und so weiter.

Das Ergebnis bekommt die/der Lehrende und der/die Studienprogrammleiter/in. Jetzt aber beginnt das Karussell der Beratungen, Besprechungen, Verbesserungsvorschläge und Entscheidungen sich hurtig zu drehen - oder etwa nicht? Nein, es dreht sich nicht. Es ruckt vielleicht mal ein wenig, kommt aber nicht vom Fleck. Leere Kilometer also? Oft sieht es nicht nur so aus. Ein Dilemma zeichnet sich ab: Die Fakten sind da, die Verantwortlichen sind auch nicht unbekannt, mangelt es an der Kommunikation. Unangenehme Fragen stellen sich: Wie sag ich es der lieben Kollegin, dem lieben Kollegen NN, dass sie/er sich ein wenig mehr um die Qualität der Lehre kümmern soll? Soll/kann ich etwa warten, bis sich das Problem von selber löst? Durch Pensionierung (bei den Älteren)? Oder durch Abgang an eine andere Hochschule (bei den nicht so Alten)? Kann ich es verantworten, dass vielleicht noch drei oder vier Jahrgänge die bekannt miese Lehre aufgetischt bekommen? Zögern macht sich breit und wird da und dort zur Routine. Schade. Unverantwortlich!

Qualität in der Lehre

Bisher haben wir im Wesentlichen über negative Beispiele gesprochen. Wie sieht es auf der anderen Seite aus? Es gibt ja auch viele Lehrende, die sich mehr als bemühen, die kreativ und zeitgemäß die Dinge anpacken. Die eine komplexe Materie phänomenal gut vermitteln können. Denen es in der Tat Freude macht, "vorne zu stehen", um ihr Wissen und Können zu vermitteln, die den Humboldt'schen Zugang zu dem, was eine Vorlesung eigentlich sein soll, verstanden haben und das auch umsetzen können.

Wie geht man mit denen um? Antwort: oft gar nicht. Man schweigt darüber. Könnte es sein, dass man, wenn man beginnt, über die Guten zu reden, zwangsläufig auch über die "weniger Guten" stolpern muss? Und genau das ist unangenehm. Daher lässt man es lieber bleiben. Somit hat sich die Hälfte an Gewicht, das jede/r Universitätslehrer/in als Bonus auf seinen/ihren Karriereweg mitnehmen kann, von jeder wägbaren Größe bis zur Bedeutungslosigkeit entkoppelt. Also macht es ja vielleicht gar keinen Sinn, sich um die Lehrqualität zu bemühen?

In Bürokratismus und Recht gefangen

Dazu kommen noch folgende Begleitumstände, mit denen jede/r Lehrende schon konfrontiert war: der überfüllte Hörsaal - nicht angenehm, keine Frage! Was macht man in dem Fall? Man

fragt, wie viele Personen in den Hörsaal dürfen! Zählt nach und schickt den Rest der Studierenden hinaus? Mit dem Hinweis auf Sicherheitsbestimmungen, Freihalten von Fluchtwegen et cetera? Da hat man dann sicher die Massen hinter sich! Also lassen wir diese Frage und beißen in den sauren Apfel der Verantwortung - in der Hoffnung, dass eh nichts passieren wird. Fein, denken wir und verharren in der Grauzone.

Dann haben wir noch Unterlagen wie Skripten und Ähnliches, die wir verteilen. Dürfen wir eine Abbildung aus einem Lehrbuch mit/ohne Zitierung in unsere Unterlagen aufnehmen? Müssen wir uns da vielleicht durch die in einer oft "eigenen" Sprache verfassten Gesetzestexte quälen und uns detailliertes juristisches Wissen zum Urheberrecht aneignen? Vermutlich schon, denn Informationen über diese Fragen haben wir Lehrenden wahrscheinlich in den seltensten Fällen von irgendeiner "Zentralstelle" erhalten. Was wir dann im Selbststudium erfahren, ist eine ebenso klare wie nicht zeitgemäße gesetzliche Regelung: Als Hardcopy dürfen wir das. Dieselbe Seite zum Download bereitzustellen - als beliebtes und zeitgemäßes Service gedacht und von den Studierenden auch gefordert - sieht schon wieder ganz anders aus. Auch wenn seitens des Dienstgebers dazu E-Learning-Plattformen bereitgestellt werden. Der zieht sich lieber auf Allgemeinplätze zurück und überlässt die Lehrenden ihrem Schicksal beziehungsweise den Anwälten der Verlage, die ihre Urheberrechte einklagen. Fein, denken wir und verharren in der zweiten Dunkelgrauzone.

Angenommen, wir halten ein Seminar und wollen unsere Teilnehmer in bestimmten Abständen über deren aktuellen Zwischenstand eine Information zukommen lassen, weil wir dies als ein nicht zu unterschätzendes Steuerungselement ansehen. Jetzt schlägt er zu, der Datenschutz: Also Namen und Punktestand auf einer Liste sind streng verboten. Auch die Matrikelnummer ist da keine Hilfe. Wir fragen KollegInnen, wie sie das machen, und stellen ernüchert fest: Alle sind in der Grauzone. Kommt der Tipp in einem dazu passenden Weiterbildungsseminar: Wenn alle Studierenden schriftlich zustimmen, ist alles machbar. Gute Theorie! Klappt das in der Praxis? Also haben wir die dritte Grauzone aufgetan. Man könnte verzweifeln. Der Lehrstoff ist nicht das Problem - mangelnde Ressourcen, Bürokratie und sogar Rechtsunsicherheit sind oft ein "Hammer".

Glücksgefühle

Aber ganz so schlimm wird die universitäre Lehre nun doch nicht immer empfunden! Wir haben einen Faktor hier noch nicht berücksichtigt - nämlich die Genugtuung, ja manchmal auch die Freude, die man als Lehrende/r erfahren kann, wenn die Wissensvermittlung auf Resonanz stößt. Wenn man ein Feedback bekommt, das mehr Bestätigung ist als ein Evaluierungsbogen. Wenn man klar erkennt, dass es Sinn macht, vorne zu stehen und für die, vielleicht sogar mit den Studierenden eine für diese neue und oft auch komplexe Materie in ein schlüssiges, verständliches und durchschaubares Konzept zu bringen. Um das zustande zu bringen, bedarf es entweder besonderer Naturtalente, inspirativer Kreativität oder

einfach ab und zu eines Erfahrungsaustauschs, eines Didaktikseminars oder Ähnlichem. Angebote dazu gibt es natürlich, wenn auch nur punktuell. Manchmal braucht es auch Mut. Mut, neue Wege zu testen, die nicht dem etablierten Mainstream angepasst sind. Wir UniversitätslehrerInnen sollten aber auch den Mut aufbringen zu sagen: "Ja, ich habe das wirklich gut gemacht."

Die Forderung nach entsprechender Infrastruktur und nach der Möglichkeit, tatsächlich forschungsgeleitet lehren zu können, müssen wir immer wieder erheben! Genauso muss die Lehre endlich die Bedeutung und das Gewicht für den Karriereweg der UniversitätslehrerInnen erhalten, wie sie die Forschungsleistung inklusive Drittmiteleinwerben bereits hat. (Günter Trettenhahn, derStandard.at, 13.11.2012)

Günter Trettenhahn ist Assistenzprofessor am Institut für Physikalische Chemie der Universität Wien und forscht auf dem Gebiet der Grenzflächenphänomene von Elektroden in Kombination mit Molekülspektroskopie und Kurzpulslasern. Er ist Mitglied des Senats und der Curricularkommission der Universität Wien und Vorsitzender des UniversitätslehrerInnenverbandes (ULV) an seiner Uni. Darüber hinaus ist er Generalsekretär der Erwin-Schrödinger-Gesellschaft für Nanowissenschaften.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Demokratie, Monokratie, Oligarchie: Über Bestimmung und Mitbestimmung an den Universitäten

BLOG

42 POSTINGS

GERT BACHMANN

20. November 2012, 10:03

Universitäten brauchen demokratische Diskussions- und Entscheidungsprozesse, sowie entsprechende Transparenz

Im Zuge der Konzeption des österreichischen Universitätsgesetzes 2002 gab es eine bemerkenswerte Entwicklung, welche noch wenige Jahrzehnte zuvor, als Europa nach dem 2. Weltkrieg in Abstreifung des faschistischen Erbes und totalitärer Strukturen in eine neue Phase der Aufklärung eintrat, völlig undenkbar erschienen wäre: Die Hinterfragung und der nahezu vollständige Rückbau demokratischer Strukturen.

In der Zeit nach 1945 waren die europäischen Staaten, im unmittelbaren Eindruck des Leides, welches unkontrollierte Exzesse von Dominanzbedürfnis hinterlassen hatten, sukzessive entradikalisiert, demokratisiert und mit sozialen Netzen versehen worden. Dieser Konsens des transparenten Miteinanders, der Inklusion der LeistungsträgerInnen aus benachteiligten gesellschaftlichen Schichten, fand ihren Niederschlag nun auch an den Universitäten, die in der von Ministerin Hertha Firnberg initiierten Universitätsreform von 1975 mit drittelparitätischen Kollegialorganen (Studierende, Mittelbau, ProfessorInnen) einen beispielgebenden Aufschwung erlebten und eine Zeit der altertümlichen Ordinariendominanz hinter sich ließen. Dies lässt sich in zahlreichen tatsächlich exzellenten Forschungsergebnissen und Nobelpreisen nachvollziehen. Im Universitätsgesetz 2002 wurden diese partizipativen, motivierenden Strukturen buchstäblich über Bord geworfen. Auf die prophezeiten Ergebnisse der Stärkung der Stärken durch das UG 2002 warten wir noch.

Das Kind mit dem Bade ausgeschüttet

Wie eingangs erwähnt hatte es im Vorfeld des UG 2002 eine seltsam konzertierte semantische Demontage der Demokratie in den Gelehrtenrepubliken der österreichischen Universitäten gegeben. Im Verband organisierte Ordinarien wetterten in Pressekonferenzen gegen die vorherrschend demokratische Ausrichtung der Universitäten, in deren Umfeld sie bezeichnenderweise selbst als ProfessorInnen berufen worden waren. Vom "Scherbenhaufen, welchen basisdemokratische Experimente hinterlassen haben", "verklärtem Denken" und der "Zusammenführung von Entscheidungskompetenz und Verantwortung" war hier die Rede.

Ministerin Elisabeth Gehrler untermauerte: Die Studierenden müsse man von der Politik entlasten, sie mögen weniger diskutieren, dafür mehr studieren. Verantwortliche Partizipation wurde als chaotische Basisdemokratie verunglimpft, politisches Engagement mit unvermeidlicher Minderleistung gleichgesetzt.

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Im Mai 2002 präsentierte Ministerin Elisabeth Gehrler die umstrittene Regierungsvorlage zum Universitätsgesetz.



foto: privat

Gert Bachmann: "Auf die prophezeiten Ergebnisse der Stärkung der Stärken durch das UG 2002 warten wir noch."

Konsequenterweise wurden auch Karrieremodelle zerstört: Der schlechten Evaluierungspraxis wurde nicht durch eine bessere, sondern durch Abschaffung von unbefristeten Laufbahnstellen Rechnung getragen. In Negierung moderner Kommunikationsformen und schnellerer Reisemöglichkeiten wurde auf Zwangsverortung (der "Walz") bestanden.

Anstatt die fallweise überbordenden Kommissionen zu durchforsten, wurde auch bei der Gremialarbeit das Kind mit dem Bade ausgegossen: Sämtliche Kollegialorgane außer dem Senat wurden abgeschafft und selbst die Fakultätskonferenzen wurden zu rein beratenden Gremien ohne Geschäftsordnung oder Berichtspflicht degradiert, die nur sporadisch einberufen werden. Im Senat wurde eine 50%+1 Stimme ProfessorInnenmehrheit per Gesetz festgelegt (inzwischen auf „nur“ 50% revidiert). Nur wer sich unter partizipativen Bedingungen keinen Konsens erhoffen darf, der auf inhaltlicher, wissenschaftlich fundierten Argumenten beruht, benötigt dergleichen Ungewicht. Abgesehen davon gibt es heutzutage mehr Kommissionen und Arbeitsgruppen als je zuvor.

Der Unterschied ist dabei nur, dass diese sich heute in zwei Gruppen mit grenzwertigem Nutzen teilen: Taskforces von Lobbyisten oder Feigenblätter von eher pro forma inkludierten Personen. In den Betriebsräten erleben wir dies besonders häufig. Wir werden es erleben, dass der Rechnungshof grenznützliche Prestigebauten, Großgeräte und Überbetonung von Hypes bei gleichzeitig entglittener Personalstruktur kritisiert, welche Lobbys durchdrückten und die Betriebsräte erfolglos thematisierten.

Demokratie - Universität - Gesellschaft

Konsequent weiter gedacht, stellt solch ein Weg allerdings mittelfristig auch die staatliche Demokratie samt ihrer Verfassung in Frage und bereitet so den Weg zu intransparenten, autokratischen und totalitären Strukturen. Wenn das Vertrauen in partizipativ geprägte Meinungsfindung an den Universitäten und Hochschulen, den ehemaligen Orten der Genese menschlicher und soziologischer Reife, derart untergraben wird, besteht keine Veranlassung zu hoffen, dies würde mit dem Eintritt in die Politik plötzlich wieder aufleben. Was in der Ausbildung nicht gelernt wurde und in erlernter Hilflosigkeit gegenüber autokratischen Entwicklungen endete, ist niemals wieder als demokratische Kultur des Diskurses zurückzugewinnen - man vergleiche die allgegenwärtigen Forderungen zu mehr direkter Demokratie in Österreich, die durch unglückliche legislative Schritte wie das UG 2002 quasi konterkariert werden.

Staatliche Universitäten brauchen, allein schon aufgrund der Fächervielfalt, neben einer handlungsfähigen operativen Ebene unbedingt auch demokratische Diskussions- und Entscheidungsprozesse sowie entsprechende Transparenz dieser Prozesse zur Motivation aller Bediensteten und zur Qualitätssicherung. Das Argument, dass in einer autonomen staatlichen Universität eine demokratische Kontrolle der Führungsebenen wegen der Verwendung öffentlicher Gelder nicht sinnvoll sei, ist sachlich nicht haltbar und darüber hinaus gesellschaftspolitisch gefährlich. Die Autonomie Österreichs ist

ja hoffentlich auch nicht durch die demokratische Verfassung gefährdet!

Was tun?

Wir benötigen mit Sicherheit keine Extremexperimente, weder ein "revolutionäres Zurück zu 1968" noch Spielwiesen für AutokratInnen und egomane ProfessorInnen, sondern wir brauchen eine sinnvolle Balance zwischen verantwortlicher Direktive und Abstimmung mit den Interessen der im Arbeitsleben stehenden Personen - vulgo Personal oder Humanressourcen - und deren VertreterInnen, wie sie ja auch im Wechselspiel von Parlament und Regierung realisiert ist.

Wollen wir nicht vergessen, wie viele PolitikerInnen nicht zuletzt aufgrund der Möglichkeit, in den Studierendenvertretungen und im universitären Mittelbau neben guter Allgemeinbildung auch demokratische und ethische Herangehensweisen zu erlernen, aus den Universitäten kamen. Heutzutage kauft sich die Wirtschaft in die Politik ein, um ihre Märkte durch Steuerung der Legislative zu servizieren.

Und damit sind wir beim Kern der Notwendigkeit einer Re-Demokratisierung der Universitäten: Auch wenn die wörtliche Übersetzung dies nahelegt, liegt der Vorteil demokratischer Strukturen und Herangehensweisen ja nun nicht nur in der Herrschaft des Volkes unter Inklusion der Basis, sondern vor allem in den zwingend vorgegebenen Diskussionsprozessen und anschließenden Abstimmungen, welche ebenso zwingend Geschäftsordnungen, vollständige, sachliche und transparente Aufbereitung der Materie voraussetzt, über welche demokratisch entschieden werde. Nur dadurch kann die Maxime von Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gelebt werden.

Demokratie und Wissensgesellschaft

Auch in staatlichen demokratischen Strukturen gibt es naturgemäß Interessensgemeinschaften und Lobbys, aber sie müssen sich zwangsläufig im Lichte bewegen, es kommt irgendwann zu einer öffentlichen Abstimmung samt Berichterstattung darüber. Lobbys können sich nicht, so wie bedauerlicherweise derzeit an unseren Universitäten, in clandestinen Treffen und Tagungsorten nach einer Phase des Antichambrierens unter Umgehung der Abstimmung der betroffenen UniversitätsmitarbeiterInnen der Zukunft bemächtigen.

Die Soziologie einer derartigen Oligarchie führt zwangsläufig zu einer Pseudoelitenbildung und zur Exklusivität für Strickleitersysteme, welche die Kinder der arbeitenden Bevölkerung, welche die Universitäten mit ihren Steuergeldern erhält, immer konsequenter von diesen Universitäten ausschließt. Dies wird uns ja derzeit in einer Zugangssteuerungs- und Vergebührensdebatte vorexerziert, welche den Aufholbedarf Österreichs an nachhaltigen tertiären Bildungsstrukturen weitgehend negiert. Der Egoismus der Lobbys wird als Positivismus im Sinne von Auguste Comte verbrämt: Nur wer sich bereits bewiesenermaßen (durch Berufung an einen Lehrstuhl) bewährt hätte, entscheide. Der

Altruismus der Basis inklusive Mittelbau wird hingegen a priori als sozialromantisches Chaos verunglimpft. Diesem schwarzweißen Denken müssen wir vernünftig begegnen.

Ich postuliere deshalb, dass eine nachhaltige Entwicklung Österreichs und ganz Europas, welche den Erfordernissen einer toleranten Wissensgesellschaft und des ökologischen Wirtschaftens unter immer schwierigeren Bedingungen Rechnung trägt, auch in Österreich nur bei demokratisch legitimierten Entwicklungen in expandierenden staatlichen Bildungsstätten und nicht bei industriebetriebllichem Direktionismus in schrumpfenden Universitäten mit beschränktem Fächerkanon möglich sei. Dies bringt der Verband der UniversitätslehrerInnen in seinem Leitsatz zum Ausdruck: Universität ist Leistung durch Kooperation und Verantwortung durch Partizipation. (Gert Bachmann, derStandard.at, 20.11.2012)

Gert Bachmann ist Assistenzprofessor am Zentrum für Ökologie der Fakultät für Lebenswissenschaften der Universität Wien und forscht an den biochemischen und elektrochemischen Mechanismen der Zusammenarbeit und Konkurrenz zwischen den Organismen im Wurzelraum von Pflanzen. Er ist Gründungsmitglied der Sektion Bodenbiologie der Österreichischen bodenkundlichen Gesellschaft. Er ist Betriebsrat und dort für die Bereiche Raum-, Bau- und Sanierungsfragen sowie den ArbeitnehmerInnenschutz zuständig.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Habilitation: Gegenwart und Zukunft der höheren Qualifikation

BLOG

86 POSTINGS

MICHAELA SCHAFFHAUSER-
LINZATTI

27. November 2012, 12:17

Entweder wir schaffen die Habilitation endgültig ab oder wir geben ihr wieder den Stellenwert, den sie bis unlängst hatte

Mit der Habilitation erlangt man die so genannte Venia Docendi, die Erlaubnis zu lehren, wenn auch nur an jener Universität, die diese Venia „verliehen“ hat. Die Habil ist so etwas wie eine Art von Adelung der WissenschaftlerInnen. Von nun an ist man frei (!) zu lehren, wissenschaftlich erwachsen, professorabel. Im Widerspruch dazu wird aber in den Berufungskommissionen sowie bei Evaluationen (z.B. RAD und Co.) die Lehrerfahrung und -qualifikation meist nur als Randnotiz angemerkt. Mehr noch: die Erlangung der Venia frei zu lehren basiert de facto ausschließlich auf erbrachte Forschungsleistungen.

Ein Widerspruch in sich? Diese Schwerpunktsetzung ist auch im geltenden Universitätsgesetz, dem UG 2002, implizit verankert. Wenn nun per Gesetz das Recht auf freie Lehre neben den didaktischen Fähigkeiten an die hervorragende wissenschaftliche oder künstlerische Qualifikation gebunden wird, ist die politisch oft geforderte Trennung von Forschung und Lehre hinfällig; die forschungsgeleitete Lehre bleibt oberster Maßstab.

Freilich bleibt dahingestellt, ob in den strikten, verschulden Curricula der Bologna-gemäßen Studien noch Platz für tatsächlich freie Lehre gegeben ist und ob durch die budgetären Engpässe die stetig steigende Lehrverpflichtung für viele Habilitierte nicht bereits als Last empfunden wird, weil in den (eigentlich vorgesehenen 40 Arbeitsstunden) vor allem die Forschung, aber auch die ebenso überbordende Verwaltung, die mit der letzten Reform eigentlich Vergangenheit hätte sein sollen, entsprechend Platz haben muss.

Cui bono?

Noch im Beamtendienstrecht war die Habilitation eng mit dem Erlangen einer pragmatisierten Stelle verbunden; sie ermöglichte einen quasi-automatischen Verbleib an der Alma Mater, der „Heimatuniversität“, ohne dass eine tatsächliche Prüfung eines derartigen Planpostens unter Berücksichtigung des Bedarfes und der aktuellen Struktur der Forschungseinheit und der Studierenden durchgeführt wurde.

Befürworter dieser Verknüpfung argumentierten, dass kein strategisch gut geführtes Unternehmen (mit denen die Universitäten ja immer verglichen werden) seine besten MitarbeiterInnen nach teurer Ausbildung kündigen und an die Konkurrenz weiterreichen würde. Weiters hielt die Chance auf eine simultane Karriere- und Familienplanung ausgezeichnete

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Habilitation - Love it, Leave it, or Change it?



foto: privat

Michaela Schaffhauser-Linzatti habilitierte sich im Fach Betriebswirtschaftslehre.

Studierende an den Universitäten, ohne sie an die freie Wirtschaft zu verlieren.

Prekäre Zukunft

Gegner sprachen von vordergründiger Zubetonierung der geringen Planposten mit Altlasten, realer Hintergrund der Kritik war aber oft, dass man Habilitierte nicht mehr zu allen (unterqualifizierten) Arbeiten heranziehen konnte. Jetzt werden eben jene akademischen Leistungsträger am Höhepunkt ihrer Kreativität in eine riskante, oftmals prekäre Zukunft entlassen und es wird immer mehr die Frage aufgeworfen, wozu man sich den großen Mühen einer Habilitation unterziehen sollte.

In den vorwiegend deutschsprachigen Ländern, in denen noch eine Habilitation vorgesehen ist, ist sie keine gesetzlich notwendige Voraussetzung zur Erlangung einer Professur, aber je nach Fachdisziplin ein entscheidendes Kriterium für die weitere Karriere. Wenn junge KollegInnen hinterfragen, ob sie überhaupt dazu antreten sollen, kann trotz aller Kritik daran die Antwort nur lauten: Wenn in der Fachdisziplin so gelebt, dann ja; Widerstand ist kontraproduktiv.

Dazugehören zum Kreis

Die Habilitation repräsentiert einen Initiationsritus, dem es sich zu unterwerfen gilt, will man dazugehören zum Kreis der professorablen KollegInnen. Initiation bedeutet die Einführung eines Außenstehenden, des Anwärters, in eine Gemeinschaft (natürlich auch Frauen, wenn bei der Habilitation aber zahlenmäßig immer noch weit mehr Männer). Der Ritus der Habilitation, offiziell beginnend mit der Antragstellung bis zum Vortrag und der abschließenden Verlautbarung des Ergebnisses, ist eine mögliche Einführung, eine mögliche Eintrittskarte in eben diese Welt.

Aber: Sie ist keine Arbeitsplatzgarantie mehr. Ein kleines Postskriptum am Rande: Jeder Initiationsritus endet mit einer großen Feier. Während an den Universitäten bereits der unterste akademische Grad, der Bachelor, mit einer akademischen Feier durch DekanIn und PromotorIn gewürdigt wird, endet die letzte große Prüfung seitens der Universität heute damit, dass man sich nach Aufforderung einen weißen A4-Zettel aus einem Verwaltungsbüro abholt und die Entgegennahme bestätigt. Eine entsprechende Würdigung der Leistung, auf die die Akademie offiziell am meisten stolz ist, oder bereits ein Zeichen, dass dieser Initiationsritus keine Bedeutung mehr hat?

Morituri te salutant

Die Erfahrung als Mitglied zahlreicher Habilitationskommissionen lehrt, dass die Delinquenten eines Habilitationsverfahrens nicht nur von ihrer eigenen Leistung abhängig sind. Unabhängig vom vorgelegten Werk werden unausgesprochen die Anerkennung des Fachbereiches innerhalb der Fakultät, die ehemaligen und aktuellen Fachvorgesetzten oder die grundsätzliche methodische Ausrichtung mitbeurteilt. Im Guten wie im Schlechten.

Früher war die Zusammensetzung der Habilitationskommission

ein weiteres Indiz, um nicht zu sagen Präjudiz, über den Ausgang eines Weges, der 6 Jahre lang mühsam beschritten wurde.

Charakter einer Meisterprüfung

Wird als Habilitationsschrift die Forschungsarbeit in Buchform vorgelegt, hat die Habilitation noch den Charakter einer Meisterprüfung: Das Meisterwerk wird gewürdigt und für professorabel oder nicht ausreichend beurteilt. Somit kommt bei der immer mehr zurückgedrängten Buchhabilitation der Kommission immer noch eine gewichtige Bedeutung zu. Die alternative Habilitationsform über die Vorlage einzelner Artikel, die kumulative Habilitation, ist am akademischen Vormarsch. Hier wird der Weg der wissenschaftlichen Entwicklung über Veröffentlichungen in hervorragenden internationalen Journalen, deren Ranking von der Scientific Community evaluiert.

Individuell definiert jede universitäre Einrichtung vorab eine Untergrenze der zu erreichenden Impact Points, einen Berechnungsmodus sowie Details wie z.B. die Anzahl der Punkte, die bereits aus der Dissertation stammen dürfen. Die Verantwortung wird immer mehr zu externen GutachterInnen (und somit die eigentliche Vorentscheidung in die Auswahl derselbigen) und weg von den Kommissionsmitgliedern (die es oft bevorzugen, sich auf die externen Gutachten zu berufen) verschoben. Diese Form der Veröffentlichung über Journale anstelle über Bücher hat sich auch in manchen Disziplinen als einzige - und tatsächlich sinnvolle - Alternative etabliert. Gilt dies aber für alle Fächer?

Freiheit der Forschung?

Das Sammeln von Gutpunkten für eine kumulative Habilitation führt zu einem ganz anderen Problemkreis: Ein Buch eröffnet Raum und Zeit für gesamtheitliche Konzepte, es ermöglicht freie Gedankenflüsse und kann zu innovativen, gänzlich neuen Ansätze und Erkenntnissen führen. Hingegen findet in den maximal 25-Seiten-Artikeln, die in den high-ranked Journals publiziert werden, eher Mainstream-Themen Anerkennung, es können nur die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst werden.

Die WissenschaftlerInnen werden indirekt gezwungen, nicht in Hinblick auf ihre freien Interessen, sondern in Hinblick auf ihre Karriere strategisch zu forschen, was langfristig eine Einschränkung und Reduzierung von Innovationspotenzial bedingt. Im Darwin'schen Sinne überlebt nicht immer das Schaffen von Kreativem und Neuem (insbesondere wenn es dem Mainstream widerspricht), sondern Durchhaltevermögen, Härte und Zielorientierung.

Love it, Leave it, or Change it

Lieben kann man die Habilitation nicht, sie ist ein höchst subjektiver und in dieser Form veralteter Maßstab von akademischer Leistung. Argumente wie Abhängigkeit von Kommissionen bzw. einflussreichen Personen, Hinauszögern der Karriere aufgrund ihres langen Zeitraumes, die steigende Beachtung habilitationsadäquater Leistungen (was ja als

Maßstab eine Habilitation bedingt) oder die mangelnde Durchlässigkeit von Forschung und Praxis können nicht der Grund sein, sie generell als Evaluierungsinstrument abzuschaffen.

Also ist eine fundamentale Veränderung angesagt. Wir sind herausgefordert, die Rahmenbedingungen für derartige Qualifikationsschritte zu verbessern. Kurzfristige und mit einer kleinen Novelle des Universitätsgesetzes umzusetzende Veränderungen wären eine adäquatere Gewichtung der Qualifikationskriterien Lehre, Forschung und Engagement im Hochschul- und Bildungsbereich, eine Verbesserung der Transparenz durch jederzeitige Akteneinsicht der HabilitationswerberInnen und Berufungsverfahren in höhere Instanzen.

Eine Forderung, die der ULV auch für Qualifikations- und Laufbahnstellen fordert. Ein Ansatz findet sich bereits im Kollektivvertrag: Die Qualifizierungsstellen.

Das Gegenteil von gut ist gut gemeint

Das Problem der Habilitation, ebenso wie jeglicher anderer Qualifikationsschritte innerhalb der akademischen Laufbahn, ist nicht ohne integriertes Gesamtkonzept über so wichtige Bereiche wie Lehre, Forschung, Dienstrecht oder Finanzierung lösbar. Wir laufen wie Herdentiere einzelnen international erfolgsversprechenden Steuerungskennzahlen nach, die herausgelöst aus ihrem Gesamtzusammenhang und ihrer Rechtslage sinnentleert falsche Anreize für den akademischen Nachwuchs bieten und die universitäre Forschung langfristig schädigen. Wie in vielen anderen Bereichen der Politik übernehmen wir Strukturen und Ideen, die sich in anderen Ländern und somit unter anderen Voraussetzungen tatsächlich oder auch nur scheinbar bewährt haben. Dadurch schaffen wir ein nicht mehr in sich stimmiges und nicht mehr kompatibles Flickwerk, das schlussendlich schlechter ist als jedes in sich geschlossene und durchdachte (wenn auch in manchen teilen vielleicht suboptimales) System.

Die Diskussion um die Habilitation ist ein Symptom dieser Entwicklung. Entweder wir schaffen sie endgültig ab, zügig ohne langes Dahinsiechen, oder wir geben ihr wieder den Stellenwert, den sie bis unlängst hatte. Da letzteres aufgrund der internationalen Entwicklung in der althergebrachten Form nicht mehr möglich erscheint und auch von vielen Stakeholdergruppen nicht mehr als erstrebenswert erachtet wird, sollten wir uns rasch auf die Suche nach neuen Konzepten begeben.

Zukunft der Habilitation

Eine tiefe Diskussion über die PhD-Ausbildung oder die Evaluierungskriterien für Laufbahnstellen als Äquivalent ist überfällig und in den meisten Fachrichtungen bereits im Gange. Auch wird, vor allem in den so genannten MINT-Fächern, die Einbeziehung praxisrelevanter Aspekte verlangt.

Eine diesen Artikel abschließende Frage, die aber am Anfang jeglicher Diskussion über die Zukunft der Habilitation stehen

muss, lautet: Wofür benötigen die Universitäten dieses Evaluierungsinstrument in der Zukunft? Oder sind nicht bereits stufenweise und regelmäßige Evaluierungen aller wissenschaftlichen Universitätsangehörigen gelebte Praxis? Folgt man den aktuellen Entwicklungen der Anstellungsverhältnisse an Universitäten, sind die traditionellen Differenzierungen zwischen den Planposten längst verschwommen. Sie decken sich immer mehr mit den jahrelangen Forderungen des ULV nach einem modernen Faculty-Modell. Und verlangt dadurch auch neue Evaluierungskonzepte. Dazu mehr in einem der folgenden Beiträge in diesem ULV-Blog UNI 2020. (Michaela Schaffhauser-Linzatti, derStandard.at, 27.11.2012)

Michaela Schaffhauser-Linzatti ist ao. Univ.-Prof. an der Universität Wien, habilitierte sich kumulativ im Fach Betriebswirtschaftslehre. Sie ist u.a. Studienprogrammleiterin, Mitglied des Betriebsrats und stellvertretende Vorsitzende des ULV an der Uni Wien.



Immobilien, die zu Ihnen passen, finden Sie auf derStandard.at/Immobilien.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Gebäudeplanung an den Universitäten: Es herrscht Handlungsbedarf

BLOG

7 POSTINGS

GERT BACHMANN

4. Dezember 2012, 10:05



foto: standard/newald

"Barrierefreiheit ist ein Bereich, bei dem weder die Universitätsverwaltungen noch Architekten sattelfest sind."

foto: privat
Gert Bachmann.

Arbeitswelten zwischen "Personalhaltung" und "hospitality value"

Ab dem Jahr 2016 müssen alle öffentlichen Gebäude Österreichs, also auch jene der Universitäten, nicht nur barrierefrei sein, sie unterliegen ab dann auch in vollem Umfang dem Arbeitsinspektionsgesetz. Gleichzeitig sinken (nicht nur) die für Gebäude gewidmeten Geldmittel. Der Trend zum Minimalismus bei der Erfüllung von Normen und Verordnungen ist nicht zu übersehen. Dies geht so weit, dass Normen mit dem Hinweis, sie hätten nur Empfehlungscharakter und seien nicht Gesetz, bei Geldmangel nicht erfüllt werden und so Behinderte unnötige und entwürdigende Barrieren vorfinden. Wie sollen wir in Zukunft arbeiten? Der Diskussionsstand ist durchwachsen.

Büroarbeitswelten in der internationalen Diskussion

Ein medialer Überblick zeigt: "Arbeitspsychologen haben herausgefunden, dass es von der Art der Arbeit abhängt, wie die Bürogröße sich auswirkt: Bei Routinetätigkeiten steigt die Produktivität, wenn viele Menschen in einem Raum arbeiten, kreative Prozesse und Entscheidungsaufgaben werden eher behindert. Vor allem, wo Konzentration gefragt ist, bedeutet die lebhaftere Umgebung Stress für das Gehirn ..."

Eine Rückkehr zum Großkontor scheint damit wohl vom Tisch zu sein. Immerhin gibt es aber zunehmend den Trend zur flexiblen Arbeitswelt: "Trotz aller Kritik hat das Großraumbüro nämlich den Vorteil, dass die Mitarbeiter wie nebenbei miteinander kommunizieren können. "Es wird mehr informelles Wissen ausgetauscht ..." In diesem Konzept hat jeder Mitarbeiter seine eigene "Zelle", an die sich eine gemeinschaftliche "Kommunikationszone" anschließt ... "Morgens zur besten Konzentrationszeit kann sich der Mensch zurückziehen und mittags in den kommunikativen Bereich hinausgehen."

Knausern und Mangel an Ausbildung

Wir lernen daraus, dass offene Arbeitswelten sicherlich nur zusätzlich zu - und nicht anstatt - den Einzelzimmern für hochkonzentriertes Arbeiten - und das ist an der Universität nun einmal die Standardform des wissenschaftlichen Arbeitens - angeboten werden müssen; nur dann können die Büros ein wenig kleiner ausfallen. Angesichts der derzeitigen Praxis des Knauserns mit Sozialräumen und Besprechungsräumen liegt dies aber wohl in weiter Ferne und ist leider auch in Konzepten für künftige Gebäude nicht zu finden. Jedenfalls muss der "8+5m²"-Regel der österreichischen Arbeitsstättenverordnung (AStVo) sowie der überkommenen "Einzelraum nur für

Habilitierte"-Regel Sicht aus internationaler Sicht eine eindeutige Absage erteilt werden. Die Räume müssen deutlich größer sein, um bedarfsgerecht und auch barrierefrei zu sein, oder eben mit weniger Personen bespielt werden. So soll ja laut Zeitungsreportage - laut Planungsstand ja eher doch nicht - das Universitätsgebäude RL3 komplett barrierefrei werden.

In der Uni-internen Berichterstattung wurde denn auch etwas zaghafter "umfassend barrierefrei" getextet. Barrierefreiheit ist ein Bereich, bei dem weder die Universitätsverwaltungen noch Architekten sattelfest sind (vgl. Universitätsgebäude Währingerstraße 29, aber auch neues Airtterminal 3 des Flughafens Wien), doch da gibt es ja Ansprechpartnerinnen (ÖAR, Bizeps) welche sogar gratis Evaluierungen anbieten. Universitätsleitungen reagierten bislang verschnupft, wenn etwa Betriebsräte eine Ausbildung von Gebäudemanagern für barrierefreies Management und Bauen fordern: wenn hierfür Geld investiert werden müsste, dann könnten eben andere Aufgaben nicht erfüllt werden ...

Kommunikation mit Menschen statt Verortung

Über Arbeitswelten, Raum und Funktion wird gesprochen werden müssen, es dürfen die "Verorteten", wie die in neue Gebäude umzusiedelnden Menschen im Facility-Management-Jargon bezeichnet werden, aber nicht gemeinsam mit den mit ihnen in vertrauensvollem Kontakt stehenden PersonalvertreterInnen und Behindertenvertrauenspersonen (stattdessen hört man "haben Sie Vertrauen ... lassen sie uns machen") ex Kathedra beplant, vor vollendete Tatsachen gestellt und erst im Nachhinein "eingebunden" werden. Dies geschah allzu oft bei eher unerheblichen Dingen, wenn alles Wesentliche schon fix (und teilweise unerfreulich verlaufen) war. Das Arbeitsverfassungsgesetz fordert hier eine Information, die so zeitgerecht sei, das Änderungen - und hier kann es sich nicht um Marginalia handeln - noch möglich wären. Das sollte ernst genommen und nicht erst nach zeitraubender Urgenz (dem wiederholten Kontakt mit der sprichwörtlichen Gummimauer) umgesetzt werden.

Die oft sehr diversen Bedürfnisse unterschiedlicher Fächer sind abzubilden, die Einzelpersonen tatsächlich einzubinden, auf Zusatzraum bei Parteienverkehr und nicht zuletzt die konsequente Barrierefreiheit darf nicht vergessen werden. Und nicht so wie in diversen Nutzerbedarfserhebungen einfach von den Mitgliedern der Professorenkurie Quadratmetersummen abgefragt, denen dann noch Abschläge von bis zu 15% erteilt werden, da sie, um die Zukunft ihrer Abteilungen bangend, sehr "leidensfähig" sind. ProfessorInnen sind keine RaumplanerInnen und Facilitymanager sind keine Kenner aller Bedürfnisse aller Fächer. Beide wissen von den Arbeitsabläufen der "kleinen Angestellten", auch "allgemein Bedienstete" oder wenig sinnstiftend "sonstiges wissenschaftliches Personal" genannt, oft erstaunlich wenig.

Internationale Normen und österreichische Herangehensweise

Interessant ist, dass in Deutschland das Minimum an Büroarbeitsfläche bei 8-10m² pro (jeder zusätzlichen) Person

liegt und mit der Raumgröße steigt.

Bei unserer AstVO hingegen sind dies nur 8m² + 5m² für jede weitere Person, wobei leider oft nicht einmal zwischen Arbeitsplätzen unterschiedlicher Branchen differenziert wird.

In einem Bericht des Rektorats der Universität Wien an den Universitätsrat zur Raumplanung des Jahres 2008 war noch von flexibleren 10-15m² pro Person die Rede gewesen. Was hatte sich seither geändert? Ist seither der Bedarf um 20-50% gesunken? In der Tat weisen alle neuen Gebäude im Vergleich zum vorherigen Stand Nutzflächenreduktionen zwischen 10-25% auf und die sogenannten Verorteten werden aufgefordert, sich eben zu bescheiden und weniger Arbeitsmaterial und Arbeitsausrüstung vom alten zum neuen Arbeitsplatz mitzunehmen. Wo bleibt da das Entwicklungspotenzial? Wo der hospitality value?

So ist es auch (kaum) zu verstehen, dass Consulter (d.h. Berater) mit internationalem Hintergrund auch an der Universität Wien zunächst großzügiger rechneten und dies erst auf Urgenz der für die Bedarfsplanung maßgeblichen Personen etwa hinsichtlich eines Neubaus für das desolante Universitätsgebäude UZA1 der Universität Wien auf AStVo Minima herunter gesetzt wurde.

Soweit zu "internationalen Standards", auf welche Belegschaftsvertretern gegenüber von Universitätsleitungen gerne so belehrend Bezug genommen wird. So muss nun in vielen Räumen des Renommierprojektes Universitätsgebäude RL3 an die Wand gestarrt werden, weil bei anderer Schreibtisanordnung sonst die Gehwege schmaler ausfallen, als es in der AstVO erlaubt ist. Auch ein Kleiderkasten sei laut ANS für Büroangestellte nicht erforderlich, es gebe ja unter jedem Schreibtisch einen Rollcontainer (der auch noch als Besuchersessel fungieren soll), wo dann die Schuhe, die Tasche, allfällige Ersatzkleidung, die persönlichen Dinge u.a. neben den Büroutensilien verortet werden könnten.

Da ebenfalls aus Arbeitnehmerschutzgründen im neu besiedelten Universitätsgebäude in der Währingerstraße 29 tunlichst zunächst nichts um- oder dazugestellt werden sollte (sonst gäbe es allenfalls keine Arbeitsstättenbewilligung) und der Ablageraum zu knapp ist, werden etliche Umzugskartons wohl noch eine Weile auf dem Boden stehen bleiben - wohl bis sie als Brandlast inkriminiert werden. So wird immer öfter in den deutlich zu kleinen Räumen der ArbeitnehmerInnenchutz und auch die AstVO in Verkehrtung des Grundgedankens gegen die ArbeitnehmerInnen gerichtet. Da erwartete man doch mehr Dialog als den Euphemismus, die "fetten Zeiten" seien eben vorbei.

Ein neuer Stil in der Gebäudeplanung und Kommunikation tut not

Es ist ja wohl auch nicht so, dass noch viele "Besitzstände" zurückgedrängt werden müssen. Es gibt sie kaum noch, die kritisierten "Professorenreitschulen". Diese wurden meist zu Gunsten studentischer Grossraumarbeitsplätze mit teilweise drastischer Verletzung der AstVO (Studierende sind ja keine Universitätsbediensteten) umgewidmet. Eher kommt es nun zu

einer wesentlich stärkeren Polarisierung als früher, denn unter einem bestimmten Level wird nun kostensparend nivelliert, oberhalb eines gewissen Niveaus (oberes Management) herrscht selbstverständliche Großzügigkeit (genauso wie fraglose Akzeptanz der Gehälter samt Boni).

Wo bleibt eine Stellungnahme von ArbeitsmedizinerInnen und ArbeitsinspektorInnen dazu? Warum bleiben die Zustände in vielen alten Labors katastrophal und gesundheitsgefährdend (oft genau dort, wo am lautesten im "Scherbenhaufen des gescheiterten basisdemokratischen Experimentes Gelehrtenrepublik" nach Professorenzuständigkeit für Professorenverantwortung gerufen worden war), während anderenorts Zusatzmieten im Millionen-Euro-Bereich in Kauf genommen oder noch mehr grenzrentable Großgeräte angehäuft werden. Ist das tatsächlich ein Tabuthema, eine reine Managementfrage? Oder handelt es sich um ein Kernthema der Belegschaftsvertretung? Hat es allenfalls doch etwas mit der im Gegensatz zu EU Richtlinien fehlenden Weisungsfreiheit der Sicherheitsfachkräfte zu tun? Oder damit, dass verantwortliche Manager sich erleichtert darüber zeigen "dass der Arbeitsinspektor ab und zu ein Auge zudrückt"?

Hier herrscht Handlungsbedarf. Auch wenn wir durchaus gemeinsam mit den Dienstleistungseinrichtungen für Raum und Ressourcen in jüngster Zeit bereits sehr vieles Positives umsetzen konnten - ein tragfähiger und international konkurrenzfähiger Konsens bezüglich Raum und Ressourcen in Abhängigkeit von Tätigkeit und Funktion sowie durchgehende Barrierefreiheit muss dringend erarbeitet werden. Facility Management, strategische Raumplanung und Arbeitnehmerschutz dürfen sich nicht in "Deficit Management" erschöpfen. (Gert Bachmann, [derStandard.at](http://derstandard.at), 4.12.2012)

Gert Bachmann ist Assistenzprofessor am Zentrum für Ökologie der Fakultät für Lebenswissenschaften der Universität Wien und forscht an den biochemischen und elektrochemischen Mechanismen der Zusammenarbeit und Konkurrenz zwischen den Organismen im Wurzelraum von Pflanzen. Er ist Gründungsmitglied der Sektion Bodenbiologie der Österreichischen bodenkundlichen Gesellschaft. Er ist Betriebsrat und dort für die Bereiche Raum-, Bau- und Sanierungsfragen sowie den ArbeitnehmerInnenenschutz zuständig.



Immobilien, die zu Ihnen passen, finden Sie auf [derStandard.at/Immobilien](http://derstandard.at/Immobilien).

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Studienplatzbewirtschaftung, Zugangshürden und Studiengebühren

BLOG

WOLFGANG WEIGEL

11. Dezember 2012, 10:09

21 POSTINGS

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

"Wenn in einer Volkswirtschaft Studiengebühren von null oder nahe null aufrechterhalten werden sollen, muss wegen der fehlenden Möglichkeit einer 'marktwirtschaftlichen Dynamik' beim Angebot, das heißt also, bei den bereitgestellten Kapazitäten angesetzt werden."



foto: privat

Wolfgang Weigel über die "Quadratur des Kreises".

Über die Finanzierung der Universitäten

Der häufig geäußerte Wunsch nach freiem Hochschulzugang und nach gleichzeitiger Senkung der Studiengebühren auf Null hat etwas von der berühmten Quadratur des Kreises.

Warum das so ist und ob diese je gelingen kann, dazu folgen einige Gedanken. Sie bauen auf Angebot und Nachfrage von Studien im Falle der Universitäten auf. Es ist eine ökonomische Tatsache, dass die größtmögliche Nachfrage nach einem Gut oder einer Dienstleistung dann erreicht wird, wenn der Preis dafür null ist. Denn bei jedem positiven Preis muss sich eine Person fragen, ob ihr die Inanspruchnahme der Leistung den unvermeidlichen Verzicht auf andere Dinge wert ist.

Nun kann eine Ausbildung an der Universität prinzipiell zum Preis von null bereitgestellt beziehungsweise angeboten werden, aber es braucht dann ein alternatives Finanzierungsmodell, zum Beispiel und am häufigsten - da am einfachsten und vielleicht auch am gerechtesten - über allgemeine Steuern.

Finanzierung über Steuern

Es gab und gibt selbstverständlich zumindest zwei ernsthafte Gründe, warum die Finanzierung des Universitätsstudiums über Steuern nicht unsinnig ist. Der erste Grund liegt in der - nicht nur durch die Wirtschaftstheorie und theoretische Wirtschaftspolitik gestützten - Überlegung, dass eine gediegene universitäre Ausbildung nicht nur den AbsolventInnen, sondern auch der Gesellschaft zugutekommt. Der zweite Grund ist der, dass auf diese Weise Begabungen nicht wegen schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse ausgeschlossen werden (was natürlich im Grunde auch durch ein gutes, auf sozialen Kriterien fußendes Stipendienwesen erreicht werden könnte).

Es ist nun aber eine Tatsache, dass Universitäten - mit und ohne die beispielsweise im österreichischen Universitätsgesetz 2002 eingeführte "Autonomie" - "öffentliche" Einrichtungen mit öffentlich wahrzunehmenden Aufgaben sind, die der Planung unterliegen: Verbesserungen und Ausweitungen der universitären Kapazität hätten ja zur Folge, dass bei beschränkten budgetären Mitteln andere Bereiche der öffentlichen Leistungen eingeschränkt werden müssten - und die Begrenztheit der Steuerbelastungen und die Problematik von Schuldenfinanzierung lassen hier wenig Spielraum zu.

Private Dienstleister

Was wäre denn anders, wenn Universitäten rein private Dienstleister wären? Diesen gedanklichen Umweg muss man

machen, um einen ganz zentralen Punkt von Nachfrage und Angebot herauszuarbeiten. Nun, private Universitäten könnten schwerlich ohne Preise für die erbrachten Leistungen auskommen (von dem unwahrscheinlichen Fall eines benevolenten und entsprechend vermögenden Mäzens einmal abgesehen).

Wenn aber dann die Nachfrage nach universitärer Ausbildung hoch genug wäre, könnte es für Initiatoren (und Investoren) reizvoll erscheinen, weitere Universitäten zu gründen, sofern damit gerechnet werden kann, dass erstere wenigstens auf ihre Kosten kommen (wenn letztere schon keine Gewinne abwerfen).

Unser traditionelles österreichisches Verständnis vom "Wesen" einer Universität schließt solche Marktmechanismen in der Regel aus. Es muss hinzugefügt werden, dass es auch da vereinzelt Ausnahmen gibt, welche aber als Modell für die generelle Ermöglichung einer universitären Ausbildung in Österreich nicht geeignet erscheinen, vor allem nicht unter der Prämisse des freien Hochschulzuganges in einer möglichst nur über Steuern finanzierten Universitätslandschaft.

Druck steigt

Die Anpassung der Universitäten an die nachgefragte Kapazität erhöht den Druck auf Planer und Universitätsleitungen umso mehr, je mehr man sich zu einem Hochschulzugang zum Nulltarif bekennt.

Nun ist ganz klar, muss aber der Vollständigkeit wegen an dieser Stelle betont werden, dass es eine Vielzahl von Studienangeboten gibt, nach welchen wiederum jeweils sehr unterschiedliche Nachfrage besteht. Was im Folgenden grundsätzlich gesagt wird, bedürfte im Detail einer Differenzierung, für die hier zu wenig Raum ist.

Wenn in einer Volkswirtschaft Studiengebühren von null oder nahe null aufrechterhalten werden sollen, muss wegen der fehlenden Möglichkeit einer "marktwirtschaftlichen Dynamik" beim Angebot, das heißt also, bei den bereitgestellten Kapazitäten angesetzt werden. Das Diktat der beschränkten öffentlichen Mittel wird auch durch den Zuruf, dass es ja so viele Bereiche gebe, in denen eingespart werden könne, nicht ausgehebelt!

Einbruch in Qualität

Studienplatzbewirtschaftung ist eine Folge der Tatsache, dass die Quadratur des Kreises unter den gegebenen Umständen nicht gelingen kann. Ohne Studienplatzbewirtschaftung, also ohne Zugangsbeschränkungen wenigstens für bestimmte Studienrichtungen, geschieht nämlich etwas, das in kürzester Zeit zu ebenso heftigen Reaktionen der Nachfrageseite führen kann wie die Bewirtschaftung selbst: ein Einbruch in der Qualität des Angebots, durchaus dem mangelnden Wohlbefinden in einem überfüllten Schnellzug vergleichbar.

Was daran betrüblich ist, das ist nicht nur die zwangsläufige Verdrängung von Studienwilligen. Bei diesen muss es sich aber nicht automatisch um die am wenigsten Qualifizierten,

geschweige denn die am wenigsten Motivierten handeln. Es kommt ja auf die Auswahlkriterien an. Wenn es nur darum ginge, Studierenden mit einem guten Notendurchschnitt die wissenschaftliche Berufsvorbildung in einem bestimmten Fach zu eröffnen, dann läuft das durchaus einigen Wesenszügen der Universität zuwider!

Selektion

Denn Universitäten sind der Idee nach nicht nur Produktionsstätten für die wissenschaftliche Berufsvorbildung, möglichst in kürzester Zeit. Aber die Notwendigkeit der Selektion, wie sie durch Kapazitätsengpässe diktiert wird, würde die Universitäten wohl auf solche Studierende setzen lassen, von denen sie erwarten können, dass sie in der Regelzeit abschließen, um möglichst bald neuen KandidatInnen Platz zu machen.

Multi-Talente

Was geschieht aber mit Multi-Talenten, welche erst ausprobieren müssen, was sie am besten tun, oder gar ihr Talent ausleben und mehrere Studien studieren - mit absehbaren Konsequenzen für die Kapazität? Was geschieht mit jenen, welche ihrer Sehnsucht nach Bildung folgen und eigentlich den "Konsum von Hochkultur" anstreben, was alles andere als verwerflich ist? Es ist ja unter anderem ein Merkmal aufgeweckter Senioren, spät (oder noch einmal) an die Universität (zurück) zu gehen; und Lifelong Learning wird ja völlig zu Recht propagiert. Die Konsequenz solcher Erwägungen ist, dass viele Interessen (und InteressentInnen) den Beschränkungen geopfert werden müssen oder aber dass es gilt, sich der fast unlösbaren Aufgabe von Kontingentierungen zu stellen.

Auswahl der Studierenden

Ungeachtet dieser Argumente für einen (möglichst) freien Zugang zu den Universitäten bedürfen noch zwei Gesichtspunkte der Erwähnung: Es ist für die Gestaltung des Angebots sicher nicht unproblematisch, wenn eine Person, die im Prinzip die Universitätsreife besitzt, nicht abgewiesen werden kann, wie das ja beim freien Universitätszugang der Fall ist. So etwas nennt man "Kontrahierungszwang". Es gibt viele maßgebliche Personen an Universitäten, welche es vorziehen würden, die Studierenden ihren Talenten nach "auszuwählen".

Weltweit agierende Dienstleister

Ein besonderer Fall sind schließlich Studierende aus dem Ausland. Kontingente solcher Studierender sind im Rahmen internationaler Austauschprogramme automatisch verankert; aber nicht zuletzt die vom Europäischen Gerichtshof gestützte Zugangsfreiheit der österreichischen Universitäten erzeugt ein Knappheitsproblem beim Angebot, also bei den Studienplätzen, das ökonomisch überhaupt nicht zu rechtfertigen ist. Österreichische Universitäten können nicht als weltweit agierende Dienstleister eingestuft werden. Sie sind vielmehr lokale oder regionale öffentliche Einrichtungen, was wohl auch den Granden in der Europäischen Union von ihren

finanzwissenschaftlich geschulten Beratern einfach zu erklären wäre.

Ausbau des Stipendienwesens

Die Konsequenz aus diesen splitterhaften Überlegungen ist: Die Erhaltung der Eigenheiten der Universitäten bei gleichzeitiger Unterstützung ihrer (ohnehin eingeschränkten) Flexibilität wird durch das Diktat der Studienplatzbewirtschaftung mehr und negativer beeinträchtigt als durch ein Modell mit einem Mix aus Studiengebühren, größerer Liberalität auf der Angebotsseite und einem entsprechenden Ausbau des Stipendienwesens. Schwer vorstellbar, dass sich die Weichen künftiger Universitätspolitik in eine andere Richtung stellen lassen. (Wolfgang Weigel, derStandard.at, 11.12.2012)

Wolfgang Weigel ist ao. Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien, Vorsitzender des Joseph von Sonnenfels Center für ökonomische Analyse des öffentlichen Rechts und Gründungsmitglied sowie Mitglied des Beirats der European Association of Law and Economics. Er ist Mitglied des Universitätslehrerverbandes (ULV), Sekretär des ULV an der Universität Wien und Pressereferent im Vorstand des ULV sowie ehemals langjähriger Vorsitzender der Personalvertretung an der Universität Wien.



Immobilien, die zu Ihnen passen, finden Sie auf derStandard.at/Immobilien.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Schlagworte in der Hochschulpolitik: Ohne Weg und Ziel

BLOG

262 POSTINGS

JANINE WULZ

18. Dezember 2012, 13:49



foto: privat

Janine Wulz: "Es ist ein bisschen so, als würde niemand die Lust oder den Mut dazu haben, Ziele für die Hochschulen in den nächsten Jahrzehnten festzulegen."

"Unreflektiertes Bulimielernen" und "Bildung als Ware": ÖH-Vorsitzende Wulz über den Status quo der Universitäten und was sich ändern muss

Die österreichische Hochschulpolitik ist seit Jahren von zwei Schlagworten geprägt: Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen. Ich könnte diesen Beitrag nutzen, um diese zwei großen Themen abermals zu diskutieren, um zu erklären, wie hart Studierende ohne EU-Pass von den 726 Euro Studiengebühren im Semester getroffen werden und was es für SchülerInnen, deren Eltern keine AkademikerInnen sind, bedeuten wird, wenn es in den nächsten Jahren zu mehr und mehr beschränkten Studien kommt. Gerechtigkeit ist schon lange kein Thema mehr in der Bildungspolitik, genauso wenig wie die Frage des Verhältnisses von Hochschulen und Gesellschaft.

Es ist ein bisschen so, als würde niemand die Lust oder den Mut dazu haben, Ziele für die Hochschulen in den nächsten Jahrzehnten festzulegen. Deswegen schippert der Hochschuldampfer ein wenig verloren auf offener See herum. Und wenn jemand nachfragt, wohin es denn gehen soll, werden ganz schnell die Urschlagwörter der Hochschulpolitik hervorgezaubert und als Problem und Lösung zugleich konstruiert. Die Unis haben kein Geld - daran lässt sich angeblich nichts ändern -, also reden wir über Studiengebühren. Die Unis haben keinen Platz - daran lässt sich angeblich auch nichts ändern -, also reden wir über Zugangsbeschränkungen. Das alles ist so sicher wie das Amen im Gebet und mittlerweile frage ich mich, wie BildungsjournalistInnen es ertragen, alle paar Monate über die immer wiederkehrenden Debatten mit den immer gleichen Argumenten zu berichten.

Allen ist klar, dass keines der beiden Schlagworte die Probleme der Hochschulen lösen wird, es sei denn, es gäbe viel mehr Geld oder viel weniger Studierende. Beides ist momentan politisch nicht gewollt - zumindest nicht von einer parlamentarischen Mehrheit.

Bildung als Ware

Ein Grund dafür ist, dass schon lange nicht mehr darüber diskutiert wurde, wofür es denn Hochschulen überhaupt braucht. In der Geschichte gab es dazu unterschiedlichste Ansätze - jene, die Bildung als Selbstzweck begriffen, jene, die Universitäten zur Fortbildung von BeamtenInnen und Militärs gründeten, und jene, die heute Bildung als Ware betrachten, die auf einem Markt verkauft wird.

Bildung kann aber noch mehr, sie kann Gesellschaft verändern.

Nicht von heute auf morgen, aber langfristig. Bildung kann Eliten kreieren und Eliten reproduzieren und damit sicherstellen, dass die soziale Ordnung in einer Gesellschaft so bleiben wird, wie sie ist. Sie kann aber auch auf soziale Mobilität setzen und damit die Gesellschaft von morgen umkrempeln und Eliten überflüssig machen, weil alle Zugang zu dem Wissen und den Privilegien der heutigen Eliten haben.

Bloß keine Veränderung

Welchen Weg die österreichische Bildungspolitik einschlagen sollte, hat niemand festgelegt. Deshalb schippert der Dampfer mal auf die eine und mal auf die andere Seite. Ohne dass wirklich etwas passiert, aber auch ohne dass sich wirklich etwas ändert. Das ist der Kern der österreichischen Bildungspolitik: bloß keine Veränderung, die sich langfristig irgendwie positiv auswirken könnte. Einen Schritt vor - und zwei zurück.

Im ersten Moment wirkt das einfach nur visionslos. Im zweiten Moment ist aber klar, dass es daran liegt, dass jene, die das größte Interesse am Stillstand und Rückschritt haben, die politische Verantwortung tragen. Eine Regierung, die fast zur Hälfte aus Mitgliedern des durch und durch elitären Cartellverbands besteht, wird sich niemals auf eine Route festlegen lassen, an deren Ende die Aufgabe ihrer eigenen Privilegien steht.

Eine SPÖ, die hier keinen Widerstand leistet - oder, noch schlimmer, mit am Steuerrad steht - macht sich mitschuldig. Mitschuldig daran, dass in dieser Gesellschaft weiterhin ein Prozent der Bevölkerung über ein Drittel des Gesamtvermögens verfügt, während mehr als eine Million Menschen armutsgefährdet sind.

Gesellschaftliche Verantwortung

Denn Bildung hat eine gesellschaftliche Verantwortung, und die heißt: Motor zu sein für eine gerechtere Gesellschaft. Gerechte Gesellschaft kann nur gestalten, wer Demokratie auch lebt. Universitäten, die nach starren Top-down-Prinzipien geführt werden, werden wohl kaum eine ideale Keimzelle für neue demokratische Entscheidungsstrukturen bieten. Weder RektorInnen noch ProfessorInnen sind allmächtig, und ein Aufsichtsgremium ohne Mitbestimmungsmöglichkeiten der Hochschulangehörigen ermöglicht keine Diskussionsprozesse, um gemeinsam Hochschule zu gestalten.

Unreflektiertes Bulimielernen

Gleichberechtigte Diskussionsräume braucht es aber nicht nur auf der Leitungsebene einer Hochschule, sondern auch im Kleinen. Noch immer gibt es Lehrveranstaltungen, in denen ProfessorInnen sich mit GönnerInnen verwechseln, die gnädigerweise ihre Forschung unterbrechen, um Studierende an ihrer Weisheit teilhaben zu lassen. Damit werden Studierende nicht von Wissenschaft begeistert, sondern vielmehr zu unreflektiertem Bulimielernen animiert: so schnell wie möglich alles hineinstopfen und es bei der Prüfung wieder auskotzen.

Wenn das Ziel von Bildungspolitik eine gerechtere Gesellschaft ist, dürfen wir nicht die alten Fehler wiederholen und mit

Schlagworten um uns werfen, um dann doch wieder nur an der Oberfläche zu kratzen. Es geht um einen Paradigmenwechsel, der so manches umwirft, was Universitäten ausmacht. Universitäten dürfen sich nicht länger als elitäre Einrichtungen verstehen, sie müssen nicht nur ihre Elfenbeintürme in die Luft jagen, sondern auch die Türen weit aufmachen. Sie müssen nicht nur ihre Gremien ein bisschen demokratischer gestalten, sondern interne Hierarchien zugunsten von Diskussionsprozessen und gemeinsam getroffenen - und damit auch gemeinsam getragenen - Entscheidungen niederreißen.

JedeR einzelne Lehrende muss die Qualität der Lehrveranstaltungen mindestens so wichtig nehmen wie das nächste Drittmittelprojekt. Studierende müssen im Zentrum der Lehre stehen und mitentscheiden, was sie lernen wollen. Um schließlich bessere und besser motivierte Lehrende, Studierende und Hochschulen zu haben, die einer ganzen Gesellschaft am Herzen liegt, weil sich alle als Teil davon fühlen.

Gerechtigkeit ist unbezahlbar

Bis dorthin ist es noch ein weiter Weg. Aber ich bin mir sicher: Wenn alle überzeugt sind, dass das Ziel eine gerechtere Gesellschaft ist, fragt, wenn am Horizont die erste kleine Veränderung sichtbar ist, niemand mehr: Wer soll das finanzieren? Es wird die logischste Sache der Welt sein, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Denn Gerechtigkeit ist unbezahlbar. (Janine Wulz, derStandard.at, 18.12.2012)

Janine Wulz studiert Politikwissenschaften und Bildungswissenschaften an der Universität Wien und an der Universität Klagenfurt und ist Mitglied des Vorsitzteams der Bundesvertretung der Österreichischen HochschülerInnenschaft.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

Zugangsbeschränkungen: Ungewolltes Weihnachtsgeschenk?

BLOG

23 POSTINGS

MICHAELA SCHAFFHAUSER-
LINZATTI

9. Jänner 2013, 05:30

Der Entwurf für Zugangsbeschränkungen an den Unis ist noch unausgegoren, geht aber in die richtige Richtung

In diesem Blog explizierte Wolfgang Weigel aus volkswirtschaftlich fundierter Sicht über Studienplatzbewirtschaftung, Zugangshürden und Studiengebühren - oder wie immer man diesen abzugebenden Beitrag gerade politisch benennt. Er leitete zur Auflösung des Spannungsfeldes zwischen knappen Ressourcen und unbegrenzter Wissensvermittlung ein Gesamtkonzept als Mix aus Studiengebühren, größerer Liberalität auf der Angebotsseite und einem entsprechenden Ausbau des Stipendienwesens ab.

Die anschließende Diskussion der LeserInnen im Forum verdeutlicht die Problematik, dass sowohl BefürworterInnen als auch GegnerInnen nur sehr einseitige Standpunkte gelten lassen. Anstatt die Neugestaltung des österreichischen Hochschulwesens nur durch eine ideologisch gefärbte Brille zu sehen, muss sie in den internationalen Rahmen gestellt werden, in dem sich unsere Universitäten nun einmal bewegen. Dieser Artikel soll weiter Öl ins Feuer gießen, um die Diskussion nicht nur am Köcheln zu halten, sondern vielleicht auch durch eine symbolische Explosion durch verbale Provokation neue Elemente und Ideen hervorzubringen.

Insel der Seligen

Es ist unbestritten, dass es so nicht weitergeht. Die österreichischen Universitäten verkommen am internationalen Parkett immer mehr zu einem Refugium derer, die im Wettbewerb um hochkompetitive Studienplätze den Kürzeren gezogen haben oder sich diesem Wettbewerb gar nicht zu stellen trauten. Die Zeiten, in denen ausländische Studierende österreichische Universitäten aufgrund ihrer hohen Reputation, zum Beispiel in der Medizin, ausgewählt haben, sind großteils vorüber. Wir sind teilweise erst x-te Wahl nach den USA oder Großbritannien, und auch im deutschen Sprachraum haben Deutschland und die Schweiz meist die Nase vorn.

Gute österreichische Studierende flüchten, so sie es sich leisten können, immer mehr ins Ausland; diejenigen, die, warum auch immer, hier bleiben, werden laut jüngster Studien mit geringeren Anfangsgehältern als zum Beispiel Studierende in Deutschland oder der Schweiz bestraft.

Ergebnis sind konsequenterweise überfüllte Studienrichtungen bei stets sinkender Ausbildungsqualität. Auch wenn es viele BildungsaktivistInnen nicht wahrhaben wollen, können auch wir nicht auf der Insel der Seligen mit dem Namen "Freie Bildung für

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Zugangsbeschränkungen ein Weihnachtsgeschenk?



foto: privat

Betriebswirtin Michaela Schaffhauser-Linzatti.

alle" verharren - diese Insel ist bereits längst im Versinken begriffen.

Lösungsansätze

Neuere didaktische Ansätze wie Streaming oder E-Learning unterstützen bei der organisatorischen Bewältigung von Massenlehrveranstaltungen, sind aber keine Maßnahme zur Qualitätssicherung oder gar -steigerung, auch wenn sie notgedrungen ermaßen herangezogen werden müssen. Welche politischen Instrumente verbleiben?

Instrument A: Wir stocken die Anzahl der UniversitätslehrerInnen so lange auf, bis wir die Nachfrage an Bildungshunger umfassend bedienen können - ein Wunsch, der seit den Zeiten nach Hertha Firnberg nie wieder in Erfüllung gehen wird.

Instrument B: Wir machen die Matura wieder zu dem, was sie sein sollte, nämlich eine Vorbereitung zum Studium mit bestätigter Reife für ebendieses. Spätestens seit den schlechten Ergebnissen bei der Erhebung der Bildungsstandards in Mathematik (BIFIE) wissen wir, dass die Matura diesen Zweck nicht erfüllt. Außerdem löst die österreichische Matura als Grundlage zur Studienzulassung nicht die Heterogenität internationaler Schulabschlüsse.

Höhere Gebühren

Instrument C: Wir verlangen so hohe Studiengebühren, dass die dann stark sinkende Nachfrage mit dem existierenden Angebot korrespondiert. Dieses in vielen Industrienationen sowie dem Land der besten Universitäten, den USA, als normal angesehen und nicht hinterfragte System scheint zu funktionieren. Diese hierzulande als unsozial geltende Steuerung könnte nur durch ein umfassendes Stipendienwesen abgefedert werden - ist aber konträr zur bisherigen österreichische Politik und von keiner Seite gewünscht.

Instrument D: Man richtet Kontingente für jede Studienrichtung auf Basis des vorhandenen Angebots ein. Doch: Das Angebot an UniversitätslehrerInnen ist historisch gewachsen und richtet sich auch manches Mal an der Forschung aus. Weiters: Wer kennt den Marktbedarf der nächsten Jahre und Jahrzehnte? Die nachteiligen Wirkungen haben wir bereits am Beispiel LehrerInnen und Informatik erlebt.

Sinnvolle Zulassungsprüfungen

Instrument E: Sinnvolle Zulassungsprüfungen und/oder Eingangsphasen übernehmen die Aufgabe der Matura. Die potenziellen Studierenden erfahren viel früher als jetzt, ob sie mit dem gewählten Studium zusammenpassen; die verbleibenden Studierenden erfahren eine wesentlich bessere Betreuung. Der Vergleich mit dem Trichter passt auch hier: Wenn man zu viel hineinschüttet, geht gar nichts mehr. Zulassungsprüfungen und STEOP (oder ähnliche Eingangsphasen) heben diese Blockaden auf. Die viel gescholtene STEOP hat in der Tat die unabdingbare Drop-out-Quote nach vorne verschoben und somit für die Studierenden wertvolle Jahre gebracht, in denen sie nicht lustlos

in einem ungeliebten Studium herumhängen, sondern sich neu orientieren können. Die Universitäten haben nach einer zugegebenermaßen oftmals überfüllten STEOP eine bessere Betreuungsqualität in den Kernphasen des Studiums.

Da die Null-Variante, alles zu lassen, wie es ist, wohl nicht mehr geht, stellt Instrument E aus heutiger Sicht die beste Alternative dar. Dies drang bis ins Bundesministerium vor. Es liegt ein Entwurf zu Zulassungsregelungen vor, der allerdings Zulassungsprüfungen mit Kontingentsetzungen vermischt und nur auf besonders stark nachgefragte Studienfelder angewandt werden soll. Dieser Entwurf ist noch lange nicht ausgegoren: Er definiert willkürliche Studienfelder und reißt inhaltlich nahe beieinanderliegende Fächer auseinander, er setzt Kontingente, die die Anzahl der Studierenden weiter erhöhen würden, und enthält weitere Pferdefüße, die eine sinnvolle Studierendenzulassung eher hintergehen.

Verpackung stimmt

Man kann es nun so sehen: Der neue Entwurf ist ein Weihnachtsgeschenk, aber in dieser Fassung ein ungewolltes. Die Verpackung stimmt, der Inhalt erfreut weniger. Fortsetzung folgt! (Michaela Schaffhauser-Linzatti, derStandard.at, 9.1.2013)

Michaela Schaffhauser-Linzatti ist ao. Univ.-Prof. an der Universität Wien, Habilitation im Fach Betriebswirtschaftslehre. Sie ist unter anderem Studienprogrammleiterin, Mitglied des Betriebsrats und stellvertretende Vorsitzende des ULV an der Uni Wien.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Weihnachtsgeschenk Zugangsbeschränkungen: Vom Umtausch ausgeschlossen?

BLOG

18 POSTINGS

MICHAELA SCHAFFHAUSER-
LINZATTI

15. Jänner 2013, 11:07

Beim Gesetzesentwurf für Zugangsbeschränkungen müssen die Studierenden-Obergrenzen an die vorhandenen Kapazitäten angepasst werden

Die Weihnachtsgeschenke sind verteilt. Manche davon kann man nicht umtauschen, bei manchen hat man Chancen. Auch das Wissenschaftsministerium übergab seine Präsente an die Universitäten. Das große Paket "Zulassungskriterien" fällt in die Kategorie "vom Umtausch ausgeschlossen". Wie auch im vorigen ULV-Blog abgeleitet, führt realpolitisch kein Weg daran vorbei.

Von den diskutierten fünf Punkten zur Einschränkung der Universitätsmisere bleiben Aufnahmeverfahren als beste Alternative übrig. Die konkrete Ausführung des entsprechenden Gesetzesentwurfes könnte allerdings vom Christkind des Parlaments oder den Weihnachtsmännern der Regierungsparteien verändert werden. Zumindest die Beschenkten hoffen darauf.

Der Entwurf

Zum jetzigen Stand sieht der Entwurf vor, dass für die besonders stark nachgefragten Studienfelder Architektur, Biologie und Biochemie, Informatik, Management, Verwaltung, Wirtschaftswissenschaften und Pharmazie ein Aufnahmeverfahren bis zu einer definierten Obergrenze durchgeführt werden kann.

Richtige Signale

Grundsätzlich ist die Einführung von Zulassungskriterien zu begrüßen, da sie wichtige Signale setzt:

Richtiges Signal 1: Wissen soll und muss zum Wohle der Menschheit und Umwelt unbegrenzt zur Verfügung stehen. Zulassungskriterien machen bewusst, dass die Ressourcen zur universitären Bildung leider nicht unbegrenzt vorhanden sind und daher bestmöglich zu nutzen sind. Auch bei der dringend nötigen Aufstockung der finanziellen Mittel wird immer ein Limit gegeben sein. Einschränkungen klingen auf den ersten Blick so, als würde man den jungen Menschen ihr Recht auf Bildung beschneiden. In Wahrheit verhält es sich so wie beim Trichter, der verstopft, wenn man oben zu viel auf einmal hineinleert. Weniger ist manchmal mehr.

Richtiges Signal 2: Die Studierenden sollen möglichst rasch erkennen, ob das gewählte Studium ihren Interessen und ihrer Eignung entspricht. Zulassungskriterien sind eines der

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Michaela Schaffhauser-Linzatti: "Gut ist das Gegenteil von gut gemeint. In diesem Sinne ist der Entwurf zu den neuen Zulassungskriterien zu sehen, der viele positive Ansätze ins Gegenteil kehrt."



foto: privat
Schaffhauser-Linzatti ist Betriebswirtin an der
Universität Wien.

Instrumente - aber sicher nicht das einzige - zur Unterstützung bei der Entscheidungsfindung. Bleibt die Hoffnung, dass wie bei den Studienrichtungen, die bereits Aufnahmetests haben, die künftigen ZulassungswerberInnen bereits vor der Registrierung zu den Aufnahmetests erkennen, wie ernst ihr Wunsch nach diesen Studien tatsächlich ist. In manchen Fächern hat diese Signalwirkung funktioniert.

Richtiges Signal 3: Ebenso wie die Studierenden ein Anrecht zur Auswahl ihres Studiums an ihrer präferierten Universität haben, muss endlich den Universitäten zugestanden werden zu überprüfen, ob ihre Anforderungsprofile mit den Qualifikationsprofilen der StudienwerberInnen übereinstimmen.

Falsche Signale

Gut ist das Gegenteil von gut gemeint. In diesem Sinne ist der Entwurf zu den neuen Zulassungskriterien zu sehen, der viele positive Ansätze ins Gegenteil kehrt.

Falsches Signal 1: Es werden Obergrenzen gesetzt, bis zu denen die StudienwerberInnen jedenfalls aufzunehmen sind. Als ein zentrales Ziel der Zulassungskriterien wurde immer eine Einschränkung der Studienplätze zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse genannt. Die in Diskussion befindlichen Obergrenzen überschreiten aber sogar die Anmeldezahlen des Vorjahres.

Falsches Signal 2: Wenn alle StudienwerberInnen bis zu der viel zu hoch angesetzten Obergrenze aufzunehmen sind, ist davon auszugehen, dass fast alle, die sich bewerben, auch aufgenommen werden. Somit dienen die Zulassungsverfahren wieder nicht als Standortbestimmung und zur Reduktion späterer Drop-outs; die Anforderungen der Fakultäten und Universitäten an die Studierenden verkommen zur Makulatur.

Falsches Signal 3: Den Studierenden werden falsche Hoffnungen gemacht. An allen Universitäten mit Aufnahmekriterien bedeutet ein bestandenes Zulassungsverfahren einen garantierten Studienplatz. Nicht so hier: Anstelle einer Reduktion an Studierenden signalisiert man sogar völlig fälschlicherweise, dass weitaus mehr Studienplätze als bisher vorhanden sind! Und verschlimmert somit die Betreuungsmisere, anstatt sie zu lösen.

Falsches Signal 4: Um den nicht bewältigbaren Studierendenüberhang zu reduzieren, müssen als zweiter und wahrscheinlich nicht so offensichtlicher Schritt in den Folgesemestern weitere Hürden eingebaut werden, was den Studierenden gegenüber unehrlich, für die Lehrenden demotivierend und für die Universitäten unproduktiv und kostenintensiv ist. Von den "Sunk Costs" der Zulassungsprüfungen ganz zu schweigen.

Falsches Signal 5: Es ist anzunehmen, dass sich viele Studierende nicht für gänzlich andere Studienfelder entscheiden, sondern sich in ähnliche, aber von den Zulassungskriterien nicht erfasste Studien einschreiben, um die Hürden zu umgehen. Konsequenzen sind ein plötzliches Kapazitätsproblem in bisher kleineren Studienrichtungen (die in

weiterer Folge einen Ressourcenzuwachs fordern), Versuche einseitiger Anerkennungen in das eigentlich gewünschte Studienfach (was eine Vermehrung des Verwaltungsaufwandes bedeutet) und spätere Drop-outs aufgrund mangelnden Interesses.

Umtausch

Die grundsätzliche Einigung der Regierungsparteien auf Zulassungskriterien hat das Potenzial, die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, der Entwurf zur konkreten Umsetzung macht aber vieles wieder zunichte. Kurzfristig bleibt die dringende Forderung, den Entwurf nochmals zu überarbeiten und den Zielen und Realitäten anzupassen - vor allem die Anpassung der Obergrenzen an die vorhandenen Kapazitäten und die Definition der einzubeziehenden Studienfelder. Es führt kein Weg daran vorbei. Weihnachtsgeschenk? Danke. Umtausch erwünscht. (Michaela Schaffhauser-Linzatti, derStandard.at, 15.1.2013)

Michaela Schaffhauser-Linzatti ist ao. Univ.-Prof. an der Universität Wien, Habilitation im Fach Betriebswirtschaftslehre. Sie ist unter anderem Studienprogrammleiterin, Mitglied des Betriebsrats und stellvertretende Vorsitzende des ULV an der Uni Wien.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Austerität ist geil: Diskont bei Hochschulbildung statt Zukunftsdenken

BLOG

18 POSTINGS

GERT BACHMANN

23. Jänner 2013, 14:43

In Österreichs tertiärer Bildung überwiegt derzeit die ideologisch durchseuchte Brandbekämpfung gegenüber einer weltoffenen Zukunftsorientierung

Es steht hoffentlich außer Frage, dass es sinnvoll ist, für den Notfall gute Feuerlöcher zu haben, es aber wichtiger ist, gute Häuser zu konstruieren, bei denen das Löschen von Bränden eine Notfallmaßnahme bleibt, deren Anwendung nicht zur zähneknirschend akzeptierten Tagesordnung gehört.

Jedoch: Unsere Universitäten werden unübersehbar sowohl in baulicher als auch organisatorischer Hinsicht zu Orten, an denen die akute Brandgefahr und andere Mängel rasch zunehmen. Anstatt diese Gebäude beziehungsweise Fächer rechtzeitig zukunftsgerecht zu sanieren, werden sie im allerletzten Moment abgerissen und dann anderenorts, hinterfragenswert jenseits der Zweckmäßigkeit verkleinert, neu errichtet. Dann, wenn alles wertanalytisch verschlimmbessert und zu klein ist, wird wieder nach einer Notfallmaßnahme (STEOP) gerufen. Unendlich viel Energie geht bei der Ausgestaltung der Notsanierungen verloren, während die Konstruktion adäquater Gebäude in Vergessenheit gerät.

Nicht zufällig meinen einige Vordenker aus dem Dunstkreis des industriellen Consultings ja auch, dass wir nicht so viele Architekturstudierende benötigen. Dass dieser Fehler derzeit in vielen ehemaligen Industrienationen gemacht wird, in denen neomerkantilistische Unbildung um sich greift, ist absolut keine Rechtfertigung für dieses rückwärtsgewandte Krisenmanagement.

Austerität als fragwürdiges Zukunftskonzept

In einem ausgezeichneten, in die Tiefe gehenden, sich keinesfalls in Geldforderungen erschöpfenden Bericht hat Alexander Van der Bellen die Chance Österreichs, aus der Provinzialität hervorzutreten und im universitären Umfeld in Europa eine zentrale Rolle zu spielen, herausgearbeitet. Es befremdet, dass die Uniko dies in einer Aussendung ins Skurrile zieht, indem sie den Inhalt negiert, dafür aber nicht unsüffisant auf das "bekannte Phlegma", das "Seufzen" und eine gewisse Amtsmüdigkeit "AVBs" anspielt.

Man muss daraus folgern, dass die Rektoren mit Universitäten ohne Wachstumsperspektive offenbar gut leben können. Auch die letztliche Zufriedenheit bei den vergangenen Leistungsvereinbarungen - "dass man wie gewohnt weitermachen könne" - könnte zu einem solchen Schluss führen.

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Geiz ist geil - auch bei den Universitäten?



foto: privat
Gert Bachmann.

Man kann auch nicht umhin zu bemerken, dass ein zentraler Punkt des Universitätsgesetzes 2002, nämlich die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse, bisher offenbar ungenügend erfüllt worden ist. Gerade die zielgerichtete Verwendung der Mittel war aber ein zentrales Argument der "Reformrektoren" für dieses Universitätsgesetz. Der Ruf der Politik nach einer stärkeren Kontrolle der Verwendung universitärer Budgets ist da mitunter durchaus nachvollziehbar.

Die Universitäten sind entgegen dem häufigen Gestus der Universitätsleitungen eben keine Privatbetriebe, die Staatsmittel unhinterfragt verwenden und sich "die besten Studierenden aussuchen" können. Geiz ist geil, und sich an Austerität zu begeistern, während man selbst Managergehälter einstreicht, ist in Europa in. Denn: "Jeder muss etwas beitragen, nichts ist umsonst!" Und: "Ich habe ja nichts zu verschenken!"

Österreichs tertiäres Bildungswesen verhungert durch falsch verstandene Austerität in Kombination mit reaktionärem Dominanzbedürfnis alter "Old Boys' Networks" und neuer Strickleitersysteme vor dem Füllhorn der traditionellen Fächervielfalt und der gottlob steigenden Anzahl der jungen Menschen, die sich in zukunftsrelevanten Fächern weiterbilden wollen.

Bildungsdiskont in Österreich?

Damit kommen wir zur zentralen Frage: Gibt es denn wirklich objektiv zu wenig Geld für die tertiäre Bildung in Österreich, oder handelt es sich hier eher um ein probates Totschlagargument der eigenwillig priorisierenden politischen Akteure?

In der Datensammlung "Education at a Glance 2012" der OECD aus dem Jahr 2009 über die Gesamtaufwendungen des BIP in Prozent für den tertiären Bildungssektor rangiert Österreich auf einer Skala zwischen maximal 2,8 (USA) und minimal 0,95 (Slowakei) mit 1,44 auf Platz 18 von 30. Die Schweiz liegt bei diesem Vergleich mit 1,28 auf Platz 25. Bei den BIP-Gesamtaufwendungen kommen Österreich und die Schweiz übrigens beide auf rund 4,5 Prozent.

Aber BIP-Prozente gestatten wegen der stark unterschiedlichen BIPs und Bevölkerungszahlen der verglichenen Länder sicher keinen objektivierbaren Vergleich. So liegt das BIP der Schweiz bei 395.744 Millionen Euro, das Österreichs bei 284.002 Millionen Euro, also bei rund 75 Prozent der Schweiz.

Wesentlich aussagekräftiger ist deshalb der Vergleich des Bildungsaufwandes in Kaufkraftstandards pro Kopf. Hier liegt Österreich bei den Gesamtbildungsausgaben auf Platz 12, die Schweiz hingegen auf Platz 8. Die Schweiz gibt pro Kopf 12,5 Prozent mehr für Bildung aus, die skandinavischen Länder im Durchschnitt 40 Prozent, auch ohne Norwegen noch 30 Prozent mehr. Das ist ein klares gesellschaftspolitisches Sittenbild.

Der Vergleich der österreichischen Staatsausgaben offenbart, dass die Ausgaben für den Gesamtbildungsbereich sich bei 8,6 Milliarden Euro (tertiäre Bildung: 2,4 Milliarden) bewegen, wovon immerhin 10 Prozent in Ministerien und Verwaltung versickern, bevor irgendetwas davon in die Bildungsstätten

gelangt. Selbst die militärische Verteidigung ist in Österreich um 10 Prozent höher dotiert als die tertiäre Bildung.

In einem internationalen Vergleich sowie in den Universitätsrankings fallen immer wieder die katastrophalen Betreuungsverhältnisse der Universität Wien negativ auf. Die Schweiz schafft hier mit 12 Prozent mehr Budget einen wesentlich besseren Schnitt. Das mag teilweise an den höheren Studierendenzahlen bei uns liegen, was aber bei Leistungsvereinbarungen offenbar weder hinsichtlich der staatlichen Dotierung noch hinsichtlich struktureller Maßnahmen Berücksichtigung fand.

Fazit: Österreich ist im tertiären Bildungsbereich definitiv zu geizig und zeigt zusätzlich strukturelle Defizite in den Hochschulen selbst. Die durch finanzielle und strukturelle Säumigkeit erzwungenen oder in vorseilender Devotion verschärften Notfallmaßnahmen (die diskussionswürdig gestalteten STEOPs) vergiften so zur Unzeit das Diskussionsklima und die Motivation der Universitätsbediensteten und Studierenden.

Unterschätzter Wirtschaftsfaktor studentischer Konsum

Ungeachtet dieser meist unvollständig berichteten Fakten gibt es in Österreich eine äußerst problematische Allianz der vorherrschenden politischen Ideologien mit einem fatalen gemeinsamen Ergebnis: Bildungsskepsis und Akademikerfeindlichkeit, die die Unterfinanzierung des tertiären Bildungssektors gesellschaftsfähig erscheinen lassen.

ÖVP: Höhere Bildung bitte nur für die Leistungsträger-Oberschicht. Da ist eine finanzielle Hürde für die Unterschicht ein probates Mittel. Es gibt genug Akademiker, da brauchen wir keine weiteren Führungskräfte, wir brauchen mehr billige Fachkräfte.

SPÖ: Die Jungen sollen nicht arrogant herumstudieren und uns auf der Tasche liegen, sondern rasch arbeiten und Steuern zahlen (wie wir) oder zumindest etwas Sinnvolles studieren (und was sinnvoll ist, sagen wir).

FPÖ: Die Ausländer sollen im Ausland studieren und den Österreichern nicht die Plätze wegnehmen oder zumindest deftig blechen.

Das österreichische Stipendienwesen ist jedenfalls seit Jahrzehnten diskutierbar, suboptimal und wenig treffsicher. Somit ist eine immer wieder auch von BeitragsbefürworterInnen monierte unabdingbare Voraussetzung für jegliche Beitrags- oder Gebührenvariante einfach nicht gegeben.

Jenseits des erst in der Zukunft lukrierbaren "Return on Investment" (Steuern der Besserverdienenden) sind Studierende aber bereits während des Studiums ein stimulierender Wirtschaftsfaktor und somit eine unmittelbare Einkommensquelle für die Gemeinden und den Staat, denn sie sind KonsumentInnen und bezahlen für Wohnung, Lebenserhaltungskosten, Unterrichtsmittel und dergleichen. Diese Aufwendungen übersteigen bei rund 350.000 Studierenden mit Lebenserhaltungskosten von rund 10.000

Euro pro Jahr immerhin die gesamten Aufwendungen für den tertiären Bildungssektor um rund 50 Prozent! Je mehr Studierende, desto besser also für die Wirtschaft. Bei internationalen Organisationen (UNO) leuchtet dies unmittelbar ein, bei Universitäten seltsamerweise nicht.

Mut zu zukunftsorientierten Investitionen in tertiäre Bildung

Es gibt in Österreich ganz sicher genug Geld für eine adäquate Finanzierung der derzeitigen Hochschulen und auch genug Geld für einen zukunftsorientierten Ausbau. Ungeachtet der derzeitigen Sachzwänge dürfen wir den Blick auf eine zukünftige Wissensgesellschaft, die ganz sicher nicht an uns vorbeigeht, aber nicht verlieren. Hier sekundiert die OECD in einer rezenten Analyse: Um den Boom der Schwellenländer zu flankieren, müsse die Politik weltweit für mehr Bildung und Produktivität sorgen.

In der gängigen Reihung (Innovators - Early Adopters - Laggards - Reluctants) zählt Österreich noch zu den "Reluctants", als zu den sich Sträubenden einer künftigen Wissensgesellschaft. Es gibt viel zu tun. (Gert Bachmann, derStandard.at, 23.1.2013)

Gert Bachmann ist Assistenzprofessor am Zentrum für Ökologie der Fakultät für Lebenswissenschaften der Universität Wien und forscht an den biochemischen und elektrochemischen Mechanismen der Zusammenarbeit und Konkurrenz zwischen den Organismen im Wurzelraum von Pflanzen. Er ist Betriebsrat und dort für die Bereiche Raum-, Bau- und Sanierungsfragen sowie den ArbeitnehmerInnenschutz zuständig. Er ist Gründungsmitglied der Sektion Bodenbiologie der Österreichischen bodenkundlichen Gesellschaft.

Aktuelle Spiele finden Sie unter Rätsel & Sudoku

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Unis: Die Vermessung der Weltklasse

BLOG

126 POSTINGS

BERND HACKL

28. Jänner 2013, 17:58

Warum sich Qualität nicht an der Anzahl der Publikationen festmachen lässt

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Was zählt mehr - Forschung oder Lehre?



foto: privat

Bernd Hackl über die Leistungsvereinbarungen:
"Intelligente Qualitätssicherung sieht irgendwie anders aus."

Die Universität Graz präsentierte in diesen Tagen die endgültige Version der letzten Ziel- und Leistungsvereinbarungen, also jener unternehmerischen Errungenschaft, die in Hinkunft für die serielle Produktion wissenschaftlichen Erfolgs sorgen soll. Die hauseigene Jubelpostille "Uni-News" feiert den Abschluss als "Pionierarbeit", und diese Drohung sollte auch jenen Universitäten zu denken geben, die ihre Arbeitsplanung bislang noch nicht nach einem vergleichbar technokratischen Paradigma vorgenommen haben.

Ihr Herzstück bildet eine Art "Wechselkurstabelle", mittels welcher verschiedene angeführte Leistungen in zu sammelnde Punkte umgerechnet werden können. Durch diese Tabelle wird ein Algorithmus der universitären Qualität definiert, der quasi im Selbstlauf für entsprechende Bewertung und Mittelzuweisung sorgen soll. Wie es die arithmetische Poesie nahelegt, sind es genau 1.000 Punkte, die das Plansoll bilden und die man daher unterschreiten oder überschreiten kann. Für den ersten Fall werden Sanktionen, für den zweiten Belohnungen in Aussicht gestellt.

Worin besteht nun diese objektiv gemessene Qualität? Am Beispiel der Erziehungswissenschaften: zunächst natürlich in Forschung. Allerdings kann man durch einschlägige Leistungen - und seien sie noch so herausragend - nicht mehr als 30 Prozent der möglichen Punkteanzahl lukrieren. Das mag schon einmal nachdenklich stimmen, denn die Produktion von Wissenschaft war ja einmal das sogenannte "Alleinstellungsmerkmal" der Universitäten. Da nimmt sich ein schwaches Drittel doch ein wenig bescheiden aus.

Noch nachdenklicher wird man indessen, wenn man betrachtet, in welchen Maßeinheiten diese wissenschaftliche Qualität gemessen wird: in Aufsätzen, die in referierten Fachzeitschriften publiziert wurden - dafür gibt es 50 Punkte. Weiters in Drittmiteleinahmen aus der hochrangigen Forschungsförderung ("Hochschulraum-Strukturmittel"), dafür gibt es ebenfalls 50 Punkte. Sodann - hier konnte aus Alternativen gewählt werden - in gemeinsamer Forschung mit den pädagogischen Hochschulen, ein echt herausragender Qualitätsindikator, daher auch gleich 100 Punkte. Last not least durfte auch noch gewählt werden zwischen "Monografien und Sammelwerke" oder Beiträgen in solchen. Ja, richtig gelesen. Mit dieser Vorgabe sind also entweder ganze Bücher nicht mehr leistungsrelevant oder aber Beiträge in Büchern.

Täuschungsmanöver

Es kann gar nicht oft genug und soll daher auch an dieser Stelle deutlich ausgesprochen sein: Das Täuschungsmanöver, man sichere Qualität durch Zählung (und stetige Hinaufsetzung) der Häufigkeit von Publikationen, Projekten etc., ist ein Sargnagel jeder innovativen und inhaltlich seriösen Wissenschaft. Wer schon bisher engagiert und fleißig gearbeitet hat, der wird auch durch einen vorgehaltenen Messindikator seine Kapazität nicht steigern können. Und der immer gerne ins Treffen geführte pragmatisierte Faulenzer wird durch sie ebenfalls zu keiner Leistungssteigerung animiert.

Womit aber zu rechnen ist, sind die naheliegenden Taktiken, mit denen man versuchen kann, der schlichten Logik des Abzählens zu entsprechen. Sie heißen: Opportunismus, Vermeidung von Innovation und Originalität sowie Ausdünnung der Substanz. Wenn man sich hütet, ein noch nicht geläufiges Thema aufzugreifen oder einen kontroversiellen Ansatz zu verfolgen, also nur mitmacht, was gerade allseits in Mode ist, kann man einigermaßen sicher sein, kein großes Risiko einzugehen. Im kleinen Kreis wurde schon achselzuckend die Devise ausgegeben, man müsse jetzt statt eines längeren Aufsatzes, in dem ein Thema ausführlich und stringent bearbeitet wird, eben drei kurze Aufsätze schreiben, in denen wechselseitig aufeinander verwiesen wird. Intelligente Qualitätssicherung sieht irgendwie anders aus.

Exotica versus Lehre

Was darf sonst noch dem revolutionären Messinstrument zugeführt werden? Natürlich: Lehre, aber auch diese ergibt wieder nur maximal 30 Prozent. Immerhin kämen damit gute Wissenschaftler, die ihre Forschung didaktisch angemessen in ihre Vorlesungen und Seminare umsetzten, schon einmal auf 600 Punkte. Sollte man meinen, doch weit gefehlt. Bloß einfach gute forschungsbasierte Lehre zu machen bringt nämlich genau 0 Punkte.

Dafür kann sich wertvolle Punkte holen, wer sich an einem "Vorhaben zur Reorganisation der STEOP" (Studieneingangs- und Orientierungsphase) beteiligt, eine bestimmte "Anzahl englischsprachiger Lehrveranstaltungen" durchführt, "AbsolventInnen mit studienrelevantem Auslandsaufenthalt" bewerkstelligt oder sich an einem "Projekt: Qualitative und quantitative Parameter zur Bewältigung qualitätsvoller Betreuungsleistungen im Bachelor-, Master- und Doktoratsstudium" beteiligt - alles Items, für welche der Titel "Exotica" vielleicht besser gepasst hätte als "Lehre". Besonders pikant ist der Umstand, dass auch Punkte vergeben werden für Vorgänge, die wir gar nicht beeinflussen können: Auslandsaufenthalte von Studierenden müssen sich diese erst einmal leisten können, und dies ist in Zeiten des sozialen Kahlschlags gar nicht so einfach. Vor allem aber können wir sie dazu nicht verpflichten.

Akademische Schleudersitze

Wir halten nun, nach willkürlich buchhalterisierter Forschung und in Wunschprojekte aufgelöster Lehre, aber jedenfalls erst bei 600 der notwendigen 1.000 Punkte. Damit kommen wir, ob wir wollen oder nicht, zur nächsten Station: wissenschaftlicher

Nachwuchs, Score: 150. Und ach, was steht gleich an erster Stelle? "Anteil befristeter Dienstverhältnisse im Mittelbau". Hat sich hier etwa doch ein Funke wissenschaftspolitischer Aufklärung eingeschlichen? Die Sorge ist unbegründet: Die Punkte gibt es für eine Vermehrung der akademischen Schleudersitze, nicht für ihre Verringerung.

Möglichst viele Befristungen und die damit verbundene permanente Fluktuation und Neuqualifizierung des Personals sind offenbar für den Aufbau der heimischen Weltklasse-Uni wie für den wissenschaftlichen Fortschritt ganz generell eine zielsichere Messgröße. Man erhält daher auch gleich viele Punkte dafür wie für die so hoch gehaltenen Beiträge in referierten Fachzeitschriften, nämlich 50. Das ist eben "Lehre und Forschung in Zahlen und Fakten [sic!] gegossen" ("Uni-News"). Weiterhin gibt es unter den Überschriften "Personal" und "Gesellschaftliche Ziele und Kooperationen" auch noch Punkte für Fremduni-Aufenthalte des wissenschaftlichen Nachwuchses, einen erhöhten Frauenanteil bei ProfessorInnen, Drittmiteinnahmen von nichtwissenschaftlichen Auftraggebern, Publikationen für "Professionals" und Ähnliches.

Dass es bei diesem Potpourri, das ich hier aus Platzgründen nicht in jedem Detail dokumentieren kann, weniger um wissenschaftliche Qualitätssicherung als um dirigistischen Ein- und Durchgriff geht, wird aus Inhalt und Gewichtung der Items jedenfalls mehr als offensichtlich. Was als dienstliche Weisung passiven Widerstand, lauten Protest oder gar die Anrufung der Personalvertretung erwarten ließe, soll so als technischer Automatismus bewerkstelligt werden, als Mechanismus, der nach der Logik (und mit der Intelligenz) eines Raumthermostats prozessiert: Sinken die Messwerte bei den vorgeschriebenen Zielen über ein bestimmtes Maß hinaus, stellen sich Sanktionen ganz von alleine ein. Ganz alleine wir selbst haben sie dann also auch hervorgerufen.

Objektivität?

Indessen droht dieses Schicksal nicht allen: Zwar suggeriert das System eine zumindest primitive Form der egalitären Objektivität, denn vor dem Reißwolf der automatischen Zählmaschine scheinen zunächst alle gleich. Doch wird die Menge der eingeforderten Leistungen an der Anzahl der vorhandenen "Senior Researcher" nur bemessen, diesen aber nicht personell zugerechnet. Jeder einzelne Akteur kann also auch weiterhin durch willkürliche Ressourcenzuwendung begünstigt oder durch -entzug beschnitten werden, ganz unabhängig davon, welche Leistungen er zum Gesamtergebnis beigesteuert hat.

Und so erweist sich die "Pionierarbeit" als nichts anderes als der Versuch, unter technokratische Kontrolle zu stellen, was einer solchen weder bedarf noch zugänglich ist. Die Wissenschaft, auf die wir unseren akademischen Eid geschworen, für die wir uns begeistert und der wir unsere berufliche Biografie gewidmet haben, lebt von der freien und unbehinderten Entfaltung von Neugier und Ausdauer, von Suche und Erkenntnis, von Beobachtung und Argument. Durch technokratische Gängelungsmanöver kann sie nur beschädigt werden, und wenn wir unsere akademische Selbstverpflichtung ernst nehmen,

müssen wir uns in dieser Frage künftig noch lauter, öffentlicher und zahlreicher zu Wort melden, als dies schon bisher der Fall war. Bevor es wirklich zu spät ist. (Bernd Hackl, DER STANDARD, 29.1.2013)

Bernd Hackl ist Professor für Schulpädagogik und Leiter des gleichnamigen Instituts an der Universität Graz. Er forscht unter anderem über Körpersprache im Klassenzimmer (siehe STANDARD vom 29. August 2012) und ist Mitveranstalter des Symposiums "Sackgassen der Bildungsreform" an der Universität Wien von 19. bis 20. April 2013, in dem aktuelle bildungspolitische Trends einer kritischen Betrachtung unterzogen werden sollen.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Stress an der Uni

BLOG

46 POSTINGS

ANDREAS KLEIN

5. Februar 2013, 10:10

Konkurrenzdruck, Mobbing, Drittmittel lukrieren - Die universitäre Arbeitswelt ist gegenüber der Privatwirtschaft nicht privilegiert

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Die Situation an den Unis ist für viele nervzehend. Junge WissenschaftlerInnen promovieren oder habilitieren in die Arbeitslosigkeit hinein.



foto: privat

Andreas Klein ist Mitglied der Ethikkommission der Universität Wien.

Das Thema "Stress im Beruf" erfährt seit geraumer Zeit erhebliche Aufmerksamkeit, obwohl Stress ganz allgemein zunächst eine natürliche Reaktion auf bestimmte Reize darstellt. Insofern ist Stress ein biologisches Kompensationsverfahren, um mit bestimmten Situationen überhaupt umgehen zu können. Das jeweilige Belastungs- und Verarbeitungsniveau kann dabei durchaus individuell variieren. Gleichwohl besteht das gewachsene Interesse an diesem Thema darin, solche Strukturen und Umstände zunehmend transparent zu machen, die es vermehrt nicht mehr gestatten, eine positive Bewältigung zu erzielen. Dann folgen Zustände, die zu fortwährender Überforderung, zu innerem Ungleichgewicht und häufig auch zu gesundheitlichen Konsequenzen führen.

Diese wiederum haben nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für das gesamte Sozialsystem weiter reichende gesundheitspolitische und gesundheitsökonomische Folgen in steigenden Gesundheitsausgaben. Diese Ausgaben werden vermehrt durch psychische Erkrankungen oder Überbelastungen verursacht und müssen von der Gesamtheit der Sozialversicherten getragen werden. Nicht zufällig wird in diesem Bereich nach neuen Wegen und Möglichkeiten im Arbeitsleben gesucht.

Unis bleiben nicht verschont

Mancher mag an dieser Stelle nun vermuten, dass die universitäre Arbeitswelt etwa gegenüber der Privatwirtschaft privilegiert und daher von einigen Problemen verschont sei. Dem ist aber nicht so. Im Gegenteil verschärfen sich gerade an der Universitäten aufgrund ihrer Spezifika als Arbeitsstätte einige allgemein virulente Probleme im besonderen Maße. Dies beginnt bereits damit, dass gewisse Wirtschafts- und Finanzperspektiven tief in die universitäre Landschaft hinein verwurzelt werden, obwohl hier zunächst eine ganz andere Ausgangslage vorliegt.

Es wird jedoch erwartet, dass Universitäten und ihre Mitarbeiter nolens volens analog als wirtschaftliche Unternehmen operieren. Entsprechend zentriert sich der Blick auf einzuwerbende Drittmittel - egal, ob das für den jeweiligen wissenschaftlichen Bereich angemessen ist oder nicht, an entsprechenden Zahlen von hochwertig "gerankten" Journal-Beiträgen, an internationalen und interdisziplinären hochrangigen Beteiligungen, am Abhalten standardisierter Lehre, ständigen Evaluierungen unterschiedlichster Art und nicht zuletzt an den neuen Qualifizierungsverfahren, die - wie

immer auch der Prozess der Begutachtung im Einzelnen durchgeführt oder gesteuert bzw. manipuliert wird (darüber herrscht im Detail mitunter verdächtige Intransparenz) - wie bei Gladiatorenkämpfen schlussendlich darüber entscheiden, wie weit man eigentlich in der wissenschaftlichen Karriere kommen darf oder ob der Weg mitunter hiermit zu einem Ende gebracht wird.

Fleiß und Gremien-Arbeit

Man versucht sich also mit viel Fleiß sukzessive zu etablieren und Fuß zu fassen, geht bereitwillig in die vielen Gremien und wirkt an unterschiedlichen Stellen mit, um nicht zuletzt dadurch auch entsprechende Sozialkompetenz zu zeigen; man kann, soll und darf sich aber nie sicher sein, ob das auch alles ausreichend ist. Selbstverständlich macht es die zunehmende Budgetknappheit an Universitäten dann auch erforderlich, immer neue Sparmaßnahmen vorzunehmen, was u.a. auf Kosten von Personal und Ressourcen geht. So kann eine Überleitung in ein entfristetes Dienstverhältnis auch aus Spargründen scheitern oder zum Scheitern gebracht werden.

Erwartungsdruck

Natürlich wird über die fachliche Qualifikation hinaus erwartet, dass WissenschaftlerInnen auch ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und so auch unabhängig von der eigentlichen wissenschaftlichen Tätigkeit vielfach und sichtbar in die Öffentlichkeit hineinwirken. Das bringt zwar für die eigene Karriere, die per se schon unter enormem Erwartungsdruck steht, zunächst einmal kaum etwas, da auf diese Aktivitäten bei Qualifizierungsverfahren natürlich nicht geschaut werden kann, aber es gehört dennoch dazu. Diese Situationen und noch einige weitere Bedingungen verschärfen sich natürlich in Zeiten (wie diesen), in denen internationale Rankings österreichischen Universitäten eher bescheidene Noten bescheinigen. Der wahrzunehmende Druck wächst in allen universitären Etagen, was an einer gewissen Verbissenheit und Gereiztheit allerorts leicht ersichtlich ist.

Möglicherweise können mit dieser Situation noch diejenigen am besten umgehen, die in der glücklichen Lage sind, eine entfristete und (beinahe) unkündbare Stellung innezuhaben und somit das eigene psychische wie soziale Sicherheitsbedürfnis recht gut befriedigen können. In dieser privilegierten Lage sind jedoch die wenigsten. Die Regel sind befristete Verträge, nach deren Fristbeendigung das Aus droht. Diese Situation ist vor allem dann äußerst belastend, wenn die wissenschaftliche und biographische Lebensgeschichte vorangeschritten ist und die Frage nach der eigenen Zukunft drängender wird.

Schleife von Abhängigkeiten

Dies umso mehr, als man dabei nicht zuletzt vom Gutdünken bestimmter Institutionen oder Personen abhängig ist. Diese Schleife von Abhängigkeiten, die insbesondere NachwuchswissenschaftlerInnen zu willigen dienstbaren Geistern prädisponiert, ist kaum zu überschätzen. So ist man oft schon früh mit der Frage konfrontiert, ob man die eigene, vom Doktor- oder Habilitationsvater abweichende Meinung oder Konzeption überhaupt vertreten soll oder doch lieber eine, die

von vornherein Aussicht auf Zustimmung hat. Die Wissenschaftlichkeit oder die Freiheit der Wissenschaft (falls es eine solche gibt oder je gegeben hat) spielen dabei eine untergeordnete oder gar keine Rolle.

Dieser damit zusammenhängende Druck und eine permanente - und vom universitären Dienstgeber durchaus auch gewollte - Situation der Ungewissheit schlägt freilich auch auf private Verhältnisse und Lebensbedingungen durch - bei zugestandenem individuellen Unterschieden. Diese für viele Menschen nervzehrende Situation führt bereits mancherorts zu dem Motto, junge WissenschaftlerInnen promovieren oder habilitieren in die Arbeitslosigkeit hinein. Man hat dann zwar wissenschaftlich hoch spezialisierte Menschen, aber diese Spezialisierungen können am späteren Arbeitsmarkt auch mit bestimmten Nachteilen, z.B. der Überqualifikation und damit der Unvermittelbarkeit, verbunden sein.

Konkurrenz

Zudem greifen Unternehmen in manchen Bereichen durchaus gerne auf vergleichsweise "günstigere", aber dennoch in pragmatischer Hinsicht ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zurück, weshalb an diesem Punkt gerade Absolventen von Fachhochschulen mitunter die besseren Karten haben. Diese sollen ja, wie von politischer Seite zu vernehmen ist, in Zukunft noch weiter ausgebaut werden. Damit steigt der Konkurrenzdruck auf Universitäten und ihre Absolventen und wissenschaftlichen Bediensteten.

Zu den beschriebenen Problemen treten noch weitere hinzu wie etwa kollegialer Neid, Kränkungen, Mobbing, ausgeprägte Machtbedürfnisse, Bossing usw. Gerade unter Bedingungen verknappter Ressourcen pflegen sich gewöhnlich bestimmte Verhaltensdispositionen stärker auszuprägen. An dieser Stelle wäre auch ein besonderes Augenmerk auf die jeweiligen Sozial- und Führungskompetenzen von Vorgesetzten zu legen. Es wird künftig also auch darauf ankommen, inwieweit aktuelle politische oder gesellschaftliche Programme, die sich verstärkt mit der physischen und psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz befassen, auch im universitären Bereich ambitionierter aufgegriffen werden und in Konsequenz auch darauf, welche Zukunftsperspektiven man überhaupt willens ist, den so genannten NachwuchswissenschaftlerInnen zu bieten.

Freiheit der Wissenschaft

Daneben müssen sich Universitäten fragen lassen, ob der eingeschlagene Weg einer Priorisierung ökonomischer und verrechenbarer Gesichtspunkte wirklich das ist, was der Freiheit der Wissenschaft und damit ihren WissenschaftlerInnen adäquat ist. Denn diese Freiheit bildet die Grundlage einer kreativen Forschung. Die unschätzbare Arbeit und Aufopferung so vieler wird zunehmend unter Bergen von Statistiken und Zahlen begraben - und bleibt selbst bei einer Entsprechung der messbaren Anforderungen auf perverse Weise häufig genug unbelohnt. Dass es der Wissenschaft, wie Niklas Luhmann meinte, primär um den Code von "wahr" und "unwahr" geht, wird kaum noch sichtbar. (Andreas Klein, derStandard.at, 5.2.2013)

Andreas Klein ist Assistenzprofessor für Systematische Theologie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Er ist Mitglied der Ethikkommission der Universität Wien und forscht und lehrt in den Bereichen Konstruktivismus, Willensfreiheit, Neurobiologie und Neurophilosophie, Ethik in der Medizin und im Gesundheitswesen, soziale Sicherheit u.a. Jüngst erschien sein Band "Ich bin so frei!" Willensfreiheit in der philosophischen, neurobiologischen und theologischen Diskussion (2012).

Aktuelle Spiele finden Sie unter Rätsel & Sudoku

PROMOTION



Ihre Zukunft im Bereich IT Security

Die FH St. Pölten bildet im Bachelorstudium IT Security die ExpertInnen für IT-Infrastruktur, Sicherheitsmanagement und IT-Forensik & Malware-Analyse aus.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Das "Freie" am Hochschulzugang

BLOG

FLORIAN LERCHBAMMER

12. Februar 2013, 13:58

33 POSTINGS

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Hochschulzugang - frei von fairen Studienbedingungen?



foto: privat
Florian Lerchbammer ist Bundesobmann der
Aktionsgemeinschaft.

Auf der Suche nach der genauen Bedeutung des "freien Zugangs" darf die Definition desselben nicht fehlen

So sicher wie das Amen in der Kirche fallen in jeder Diskussion über die Situation der Universitäten und konkret der Zukunft der universitären Studien in Österreich die Schlagworte "Studiengebühren" und "Zugangsregelungen". Oft wird das eine mit dem anderen in unreflektierter - und manchmal auch politisch motiviert in polemischer - Weise verknüpft.

In den letzten Jahren rutschten die Unis bedingt durch eine chronische Unterfinanzierung bei einem gleichzeitigen Anstieg der Erstinskriptionen in eine immer prekärere Situation, auf die teils mit einer schrittweise Implementierung von Aufnahmeverfahren für einzelne Studienrichtungen an verschiedenen Universitäten geantwortet wurde. Reflexartig packten linke hochschulpolitische Fraktionen ihre Schüttelreime aus und übten sich in Kompromisslosigkeit und Diskussionsverweigerung. Die bodenlose Unverschämtheit, dass die Regierung denjenigen, die zum Studium zugelassen wurden, einen Platz auch im Hörsaal und in Übungen während ihrer Studienzeit garantieren wollte, musste mit allen Mitteln bekämpft werden. Lösungsvorschläge? Fehl am Platz!

Fleckerlteppich an Regelungen

Die neue Studienplatzfinanzierung sieht vor, dass in Zukunft dort, wo die Zahl der Studienanfänger die Kapazitäten übersteigt, Zugangsregeln erlaubt sind. Wie viele Plätze eine Universität vergeben muss, soll hierbei bei den dreijährigen Leistungsvereinbarungen festgelegt werden. Die Ausgestaltung dieser Regeln wurde im Rahmen der Autonomie den Hochschulen überlassen und so ist bis dato darüber noch nicht vieles bekannt. Klar ist, dass ganz Österreich damit konfrontiert ist, somit auch jeder Standort vor der gleichen Herausforderung steht.

Die Gefahr einer - vom Ministerium bewusst offen gelassenen Gestaltung dieser Zugangsverfahren - lokalen Lösung ist, dass auf einer Fläche unbedeutend größer als Bayern ein Fleckerlteppich an Regelungen entsteht. Was aber tun im potentiellen Wildwuchs autonomer Regulierungswut? Das Verweigern jeder Antwort seitens des politischen Mitbewerbers, bedingt durch fundamentale Ablehnung, wird den noch nie vorhandenen tatsächlich freien Hochschulzugang auch nicht plötzlich vom Himmel fallen lassen. Auf der Suche nach der genauen Bedeutung des "freien Zugangs" darf die Definition desselben nicht fehlen.

Frei von fairen Studienbedingungen

Frei im Sinne von fehlenden Aufnahmeregeln, frei von Knock-

out-Prüfungen oder frei von geschlechterdiskriminierender Aufnahme. Bei genauerer Betrachtung möchte man meinen, ist ein nicht definierter Zugang auch frei von Platzgarantien, frei von definierten Betreuungsverhältnissen, frei von fairen Studienbedingungen. Das oft damit einhergehende Windhund-Prinzip (englisch: first-come, first-served) bei Prüfungsanmeldungen und Ähnlichem benachteiligt neben erwerbstätigen Studierenden auch Eltern und andere.

Studentenausweise für die Allgemeinheit

Wie man die Universität von Leerläufen, Willkür, Notfallparagrafen und Quoten befreit, jedoch gleichzeitig pauschal der Allgemeinheit Studentenausweise aushändigt, erinnert an das bekannte Träumen von warmen Eislutschern. Der Casus Belli linker Träumerei und Panikmache wurde in der Realität gefunden.

Wie aber kann man diejenigen, die bereits auf der Universität angekommen sind, vor den negativen Auswirkungen eines unterfinanzierten und überlaufenen Studiums bewahren?

Wie kann ich den, zumeist technischen und schwach nachgefragten, Studien das Geld zukommen lassen, welches sie verdient hätten? Die dreijährigen Leistungsvereinbarungen der Universitäten mit der Republik können, ohne Einbeziehung einer treffsicheren Wahrsagerin, per se in einer Reaktion auf die bekannten Zahlen und Vorgaben fußen. Steigende Studierendenzahlen, Änderungen der Beliebtheit einer Universität, technische Neuerung etc. werden es so nie möglich machen, jeden Platz zu finanzieren. Weiters steht man vor der Herausforderung, Lehrkraft nicht auf Abruf zur Verfügung zu haben, sondern stets die Balance zwischen Forschung und Lehre zu finden, die sich natürlich in Budgets und Dienstverträgen ausdrücken lässt, aber durch die Abläufe an den Hochschulen gut dokumentiert noch immer nicht funktioniert.

Betreuungsverhältnisse festlegen

Um den Kreislauf durchbrechen zu können, bedarf es zweier Dinge: Dem Festlegen von Betreuungsverhältnissen, die die von allen Studierendenvertretern gewünschte und von der Aktionsgemeinschaft geforderte Qualität sicherstellt, sowie einer ehrlichen Zielsetzung seitens der Regierung, wie viele Absolventen sie will.

Der immer wieder inflationär gebrauchte Ruf nach einer Erhöhung der Akademikerquote entpuppt sich bei Betrachtung der Budgetentwicklung als weiteres Lippenbekenntnis. Denn er impliziert bei gleich bleibendem Lehrenden-Studierenden-Verhältnis eine Erhöhung der Mittel. Die seit Jahren auf niedrigem Niveau - und ohne signifikante Erhöhung - liegende 1,34-Prozent-BIP-Marke legt den Verdacht äußerst nahe, dass die tertiäre Bildung im Vergleich mit den Bundesbahnen und dem Pensionswesen noch immer keinen besonders hohen Stellenwert einnimmt. (Florian Lerchbammer, derStandard.at, 12.2.2013)

Florian Lerchbammer studiert Internationale Betriebswirtschaft an der

WU Wien und ist Bundesobmann der Aktionsgemeinschaft.

PROMOTION



Ihre Zukunft im Bereich IT Security

Die FH St. Pölten bildet im Bachelorstudium IT Security die ExpertInnen für IT-Infrastruktur, Sicherheitsmanagement und IT-Forensik & Malware-Analyse aus.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

"Es heißt nicht Studiengebühr, sondern Studienbeitrag!" - "Na und?"

BLOG

41 POSTINGS

WOLFGANG WEIGEL, FRIEDRICH
SCHIPPER

19. Februar 2013, 13:44



foto: istockphoto.com/miquelmunill

Um Missverständnissen vorzubeugen, haben die Blogger ein Glossar zusammengestellt.

Ein neues Glossar beschreibt die wichtigsten Begriffe des hochschulpolitischen Amtsdeutsch

Der Diskurs über die österreichischen Hochschulen schwebt gleichsam in einem Nebel von Fachbegriffen und scheint in einem Dschungel von Rechtstexten verloren. Das mag bis zu einem gewissen Grad die streckenweise Orientierungslosigkeit der österreichischen Hochschulpolitik erklären. Mit der heutigen Ausgabe stellt das ULV-Blogteam neben der Quellentextsammlung auch ein Glossar der zentralen Fachbegriffe im hochschulpolitischen Amtsdeutsch zur Verfügung.

Warum in aller Welt sollte man Wörter und Begriffe erklären müssen? Warum erklären sie sich nicht von selbst? Eine Antwort mündet in der Feststellung, dass nicht einmal in der Alltagssprache immer eindeutig klar ist, was mit einem Begriff gemeint ist. Mehr noch: Man kann Begriffe mehrfach interpretieren, ihnen gezielt eine doppelte Bedeutung geben, was ein solches Gewicht erhalten kann, dass die Frage, was denn nun gemein gewesen sei, sogar im Rechtsstreit mündet. Und spätestens dann wird es essentiell, den gegenständlichen Begriffsinhalt aufzuklären. Wobei der kolportierte Unterschied zwischen Studiengebühr und Studienbeitrag dabei relativ unwichtig erscheint, ein obsoletes sprachliches Manöver längst vergangener Hochschulpolitikzeiten.

Also: Ein Glossarium kann durchaus als nützliche Ergänzung zu einem Diskussionsforum verstanden werden, nicht nur um Missverständnissen von vorne herein vorzubeugen, sondern umso mehr, als es sich beim Gegenstand dieses Diskussionsforums ja um einen ganz bestimmten sachlichen Bereich handelt, die Hochschulpolitik. Und die hat, wie eigentlich jeder spezifische Fachbereich, ihr eigenes Vokabular.

Klare Definition

Aber warum sollte es notwendig sein, eine "Fachsprache" mit eigenem Vokabular zu entwickeln und zu verwenden? Nun, der Austausch von Informationen über ein bestimmtes Fachgebiet setzt voraus, dass die Beteiligten vom Inhalt dessen, was da ausgetauscht wird, eine konkrete inhaltliche Vorstellung haben. Also gilt es die Begriffe klar zu definieren. Eine Folge davon kann natürlich sein – und ist es sehr oft – dass für Uneingeweihte nicht mehr verständlich ist, worüber gesprochen und geschrieben wird. So etwas ist zunächst einmal unbeabsichtigt. Der Zweck der "Fachsprache" ist ja die reibungslose Kommunikation zwischen den Fachleuten.

Aber solche gewissermaßen "natürliche" Entwicklungen haben jedenfalls drei Tücken:

Die erste ist: Fachleute unterschiedlicher Gebiete haben Schwierigkeiten mit einander zu kommunizieren, weil sie eben unterschiedliche Fachsprachen mit unterschiedlichen Begriffsinhalten haben. Wenn beispielsweise Juristen und Ökonomen zusammenkommen, um Wirtschaftsfragen zu besprechen, kann ziemlich viel Zeit damit vergehen, das Vokabular abzustimmen.

"Fachchinesisch"

Manchmal mag eine wechselseitige Verständigung aber gar nicht erwünscht sein: "Fachchinesisch" bzw. ein für die Außenstehenden vermeintliches Kauderwelsch erlauben es den ExpertInnen, sich abzugrenzen und abzuschotten. Sie signalisieren damit eine Sonderstellung. Solange sie unter sich sind, sollen sie damit glücklich werden.

Das ändert sich aber sehr schnell, wenn die VertreterInnen eines Fachgebietes sich an die Öffentlichkeit wenden, was sie ja jedenfalls dann müssen, wenn sie einen Erklärungsbedarf oder eine Änderungsbedarf für ein Problem erkennen, das nicht mehr nur sie selbst betrifft. Und das geht uns ja wohl mit der Medizin jedenfalls so, mit der Juristerei auch, wohl auch mit der Physik, von Technik und Informatik ganz zu schweigen. Und die Hochschulpolitik darf da nicht vergessen werden.

Aufklärung bei Zweifeln

Ein Glossarium bedeutete also: Wenn im Bereich des Hochschulwesens und der Hochschulpolitik von xxx gesprochen wird, dann ist damit yyy gemeint. Also wir übergeben Ihnen hier ein Glossarium in der Hoffnung, dass es bei Zweifeln Aufklärung vermitteln kann.

Doch genauso wie die Welt der Hochschulen von außen (und manchmal auch von innen) gesehen von einem terminologischen Nebel verhangen ist, stellen jene Texte, die mit normativer Kraft das Hin und Her in dieser nebeligen Welt regeln (Gesetze), oder sogar jene, die uns helfen sollten, erste besser zu verstehen (Gesetzeskommentare), oftmals eine Dschungel dar, aus welchem man selbst mit Hilfe von dritten Texten, nämlich jene, die uns erklären, wer wir sind (Analysen) oder wo wir stehen (Evaluationsberichte) nicht herauskommt. Man sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht. Das führt dazu, dass man diese Texte ignoriert - und trotzdem weiter fleißig mitdiskutiert. Und in Unkenntnis der grundlegenden Texte mitunter auch mal daneben steht. In dieser Quellentextsammlung sind die wesentlichen Texte gleichsam wie in einer Baumschule aufgestellt.

Weder Glossar (zusammengestellt von Wolfgang Weigel und Christian Cenker) noch Quellentextsammlung (zusammengestellt von Gert Bachmann und Christian Cenker) sind vollständig. Anregungen zum Ausbau der Sammlungen werden gerne entgegen genommen. (Wolfgang Weigel/Friedrich Schipper, [derStandard.at](http://derstandard.at), 19.2.2013)

Wolfgang Weigel ist ao. Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre

an der Universität Wien, Vorsitzender des Joseph von Sonnenfels Center für ökonomische Analyse des öffentlichen Rechts und Gründungsmitglied sowie Mitglied des Beirats der European Association of Law and Economics. Er ist Mitglied des Universitätslehrerverbands (ULV), Sekretär des ULV an der Universität Wien und Pressereferent im Vorstand des ULV sowie ehemals langjähriger Vorsitzender der Personalvertretung an der Universität Wien.

Friedrich Schipper ist Archäologe und stellvertretender Vorstand des Instituts für Alttestamentliche Wissenschaft und Biblische Archäologie an der Universität Wien. In seiner Dissertation geht es um Beschneidung, Athletik und Identität im antiken Kontext des jüdisch-hellenistischen Konflikts. In seiner Habilitationen befasst er sich mit der Rolle des kulturellen Erbes in Jerusalem im aktuellen Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts. Er ist Mitglied des Betriebsrats für das wissenschaftliche Universitätspersonal an der Universität Wien sowie Mitglied des Universitätslehrerverbands.

Das aktuelle Wetter finden Sie auf derStandard.at/Wetter

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Psychische Gesundheit als Fürsorgepflicht des Arbeitgebers Universität

BLOG

56 POSTINGS

ROTRAUD A. PERNER

26. Februar 2013, 11:05

Warum die heimischen Universitäten verstärkt auf Stressprophylaxe setzen müssen



Rotraud A. Perner: "Die Zeiten kontemplativen Vor-sich-hin-Forschens sind vorbei."

Die Zeiten kontemplativen Vor-sich-hin-Forschens sind vorbei. Selbst wenn jemand Forschen und Lehren in Balance bringt, bleibt oft nicht ausreichend Zeit zum Publizieren - und zur Drittmittelaufbringung -, das im Eigentlichen zu einem anderen Beruf, nämlich dem des Agenten, Maklers, Lobbyisten gehört und für den Wissenschaftsnachwuchs oft missbräuchlich zum Karrierekriterium stilisiert wird. Der entstehende Stress wird üblicherweise als Zeit- und Leistungsdruck verstanden.

Ich hingegen definiere Stress als Ausschüttung von Stresshormonen, und genau danach frage ich bei meinen Workshops: "Woran merken Sie, dass Sie in Stress geraten?" Die meisten Menschen besitzen dafür keine synchrone Wahrnehmung, sondern übernehmen suggestiv wirksame Aussagen anderer, die um Wertschätzung ihrer Belastungen werben.

Wenn man die häufigste Stresshormonausschüttung - den uns wohl allen wohlvertrauten Adrenalinstoß - mit den auslösenden Situationen in Beziehung setzt, zeigt sich, dass diese Reaktion meist dann eintritt, wenn man sich überfordert fühlt - beispielsweise wenn man sich plötzlich mit einer lebensgefährlichen Katastrophe wie etwa entgegenschlagendem Feuersturm konfrontiert sieht und noch nicht darauf eingeübt ist, wie man mit solch einer Gefahr routiniert umgeht. Solche Situationen treten im Universitätsbetrieb fast nie auf.

Sehr wohl treten aber Situationen auf, in denen die psychische Gesundheit und damit gleichzeitig die leibseelischgeistige Integrität gefährdet ist, und leider viel zu häufig, wie ich von meinen universitär lehrenden und forschungswilligen KlientInnen weiß.

Populär formuliert signalisiert der Adrenalinausstoß, dass sich der Körper kampfbereit macht: Er vermittelt einen kurzfristigen Kraftzuwachs, der, biologisch entschlüsselt, zur Beschleunigung und Verstärkung dient. All dies sind Verhaltensweisen, die wir "um des Friedens willen" - oder aus berechtigter Angst vor Folgen - üblicherweise unterdrücken. (Tun wir das nicht, gelten wir zumeist als psychisch auffällig oder zumindest "psychisch nicht belastbar" - auch wenn das eigentlich Gesundheit fördernde Reaktionen wären.)

"Stressursache soziale Inkompetenz"

Die häufigste Stressursache im universitären Arbeitsalltag ist

mangelnde Sozialkompetenz von Vorgesetzten, die zweithäufigste mangelnde Solidarität der KollegInnenschaft.

Es braucht Mut (und oft auch kommunikationsstrategische Unterstützung von einem universitätserfahrenen Coach), den Institutsvorstand, der gerade stolz seine neueste Publikation präsentiert, vor versammelter KollegInnenschaft darauf hinzuweisen, dass er den Hauptautor der Studie - es handelte sich im konkreten Fall um einen Mann - anzuführen "vergessen" habe; in diesem Fall wurde nachträglich ein Korrekturblatt eingelegt.

Es braucht Mut und hohe Frustrationstoleranz, auf zum Beispiel grundlos verweigerten Unterschriften für Habilitationsstipendien zu bestehen (was in den mir bekannten Fällen erfolglos war). Es braucht noch mehr davon und zusätzlich hohe Ich-Stärke, auszuhalten, dass sich die Personalvertretung oft gar nicht engagiert, wenn aber doch, dann meist ebenso erfolglos und vom Imperium zurückgeschlagen. Aus meiner Erfahrung sind es meist persönliche Antipathien und, wenn es Frauen betrifft, vorurteilsbehaftete Zweifel an deren biologisch gefährdeter Qualifizierungsfähigkeit, die von vornherein Chancen vernichten. Die klassische Aschenbrödelstrategie - es könnte sich ja jemand als fleißiger, begabter, beliebter, vor allem aber systemkritisch innovativ bewähren ...

Zu den beliebten Strategien des Psychoterrors zur Zerstörung der Selbstachtung missliebiger KollegInnen, wie ich sie in meiner multidisziplinären Beratungspraxis immer wieder berichtet bekommen habe, gehören neben absichtlich induzierten Negativbewertungen (wie zum Beispiel bei Evaluierungen) - die selbstverständlich keinem öffentlichen Monitoring unterzogen werden - vor allem Gesprächsverweigerung und üble Nachrede. Wie wenn nicht die Verhinderungsstrategien ausreichend wären, um das mögliche "Andere" in sicherer Distanz zu halten!

Ich habe erlebt, wie HochschullehrerInnen, die sich gegen solche ungerechtfertigten Abwertungen mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln gewehrt hatten, mit psychiatrischen Diagnosen (Paranoia querulans) verunglimpft wurden, ja wie sie sogar aufgefordert wurden, sich zum Gegenbeweis psychiatrieren zu lassen.

Schulung zur Machtausübung

Es ist wohl dringend an der Zeit, Menschen, die zur personellen Machtausübung über andere berechtigt sind, zu schulen, damit sie lernen, versuchte Selbstbehauptung zu respektieren und nicht durch Legendenbildung zu verteufeln.

Wissen allein ist aber zu wenig - es gehört auch die Einübung salutogener Kommunikation dazu, und: eine verpflichtende Selbsterfahrung zur Wahrnehmung eigener Vorurteile, Diskriminierungstendenzen und auch der eigenen Prägungen als Opfer von genau den Attacken auf das Selbstwertgefühl, die man im "Wiederholungszwang" so leicht an andere weitergibt.

Ich vermute, dass die Personen, die im Sinne des "militärischen Erziehungsmodells" auf aktive wie passive Härte geschult

wurden, bei solchen Vorschlägen auf Spott und Hohn ausweichen werden. "Creating New Universes" macht vielen Angst - vor allem denen, die ihren Glauben an Verbesserungsmöglichkeiten schon lange verloren haben.

Aber so, wie vielfach der Besitz des B-Führerscheins als generelle Berufsqualifikation vorausgesetzt wird - es kann ja jeder Mensch plötzlich einen anderen ins Spital fahren müssen beziehungsweise sollte zumindest die Regeln des Straßenverkehrs kennen -, ist in der heutigen Konkurrenzgesellschaft die Beherrschung der Regeln eines gewaltarmen zwischenmenschlichen Verkehrs dringend erforderlich.

"Salutogene Führung von Menschen"

Hier gibt die mit Jahresbeginn in Kraft getretene Novellierung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes Hoffnung, in der als mögliche Gefahren nicht mehr nur physische, sondern auch "arbeitsbedingte psychische Belastungen, die zu Fehlbeanspruchungen führen", pointiert werden; dazu betont der neue Gesetzestext auch die "Integrität und Würde" der ArbeitnehmerInnen als schützenswertes Gut. Durch Befragung der ArbeitnehmerInnen sollen derartige Belastungen erhoben und evaluiert, aber auch präventiv ausgeschaltet werden.

Was dabei offen bleibt, ist die Frage, ob die für diese Erhebungen vorgesehenen Fachleute bei Nachfragen nach den Strukturen, die die Psyche belasten können, ihr Augenmerk nur auf Leistungs- und Konkurrenzdruck, Informationsmängel beziehungsweise Informationsüberflutungen, monotone Arbeitsvorgänge oder isoliertes Arbeiten richten werden oder ob sie es auch wagen werden, die vertikale wie horizontale Kommunikation im Hinblick auf die Gesundheit schädigende Wirkungen zu evaluieren. Denn was ich seit mehr als 20 Jahren in meinen Schulungsseminaren mit ArbeitsmedizinerInnen immer wieder zu hören bekommen habe, war, dass dies *das* Tabuthema sei - und sie selbst auch davon betroffen seien.

Im Gesetz heißt es nun, dass im Rahmen der Grundsätze der Gefahrenverhütung auch "der Stand der Ausbildung und Unterweisung der Arbeitnehmer" zu berücksichtigen sei; das hieße in Hinblick auf Prävention pathogener Attacken auf die Integrität und Würde von ArbeitnehmerInnen, dass hier die besondere Sozialkompetenz des solidarischen Schulterschlusses mit Opfern verbaler Unter- oder Übergriffe statt des üblichen Wegschauens, Schweigens und Stillhaltens gefordert, anerkannt und geschützt werden müsste - und: Diese Kompetenz ist vor allem von den Vorgesetzten einzufordern! Sie sind es, die den Ton vorgeben und die sich vielfach im Sinne von "princeps legibus solutus" von der Pflicht, Gesetze zu befolgen, befreit wähnen.

Menschen am Rande des Burn-out sind hochaggressiv - das unterscheidet diesen Zustand von dem der Erschöpfungsdepression (was leider selten korrekt differenziert wird, Burn-out klingt einfach beeindruckender) - und vergreifen sich dann oft im Ton und beschuldigen MitarbeiterInnen mangelnden Arbeitseinsatzes oder persönlicher Unzulänglichkeiten. Damit verletzen sie die Fürsorgepflicht des

Arbeitgebers, die ja auch darin besteht, genaue Arbeitsanweisungen, das heißt auch Verbesserungsbedarf zu präzisieren und anzuleiten. Da Hochschulstudien auch der wissenschaftlichen Berufsvorbereitung dienen (sollen), sollte im Hinblick auf eine doppelte und dreifache Wirksamkeit - von Vorgesetzten zu Mitarbeitern, von KollegInnen zu KollegInnen und auch zu den Studierenden - die Methodik salutogener Kommunikation fächerübergreifend vermittelt werden. (Rotraud A. Perner, derStandard.at, 25.2.2013)

Rotraud A. Perner ist Juristin, Psychotherapeutin/PA und zertifizierte Erwachsenenbildnerin (PH Wien) und leitet das Institut für Stressprophylaxe & Salutogenese (ISS) und die Akademie für Salutogenese & Mesoziation (ASM). Bis zu ihrem Pensionsantritt 2009 war sie Universitätsprofessorin für Prävention und Gesundheitskommunikation an der Donau-Universität Krems. Sie ist die Autorin u.a. von "Was wirklich stresst", aaptos 2005; "Die Überwindung der Ich-Sucht. Sozialkompetenz und Salutogenese", Studienverlag 2009; und zuletzt "Wort auf Rezept", Taschenbuchausgabe EDITION RÖSNER 2012; und "Der erschöpfte Mensch", Residenzverlag 2012.

<http://www.perner.info>



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Wissensbilanz: Soll und Haben der österreichischen Universitäten

BLOG

KARL-HEINZ LEITNER

5. März 2013, 10:45

13 POSTINGS



foto: standard/fischer

Soll man die Wissensbilanzen neu gestalten, damit diese nicht im Papierkorb landen?



foto: privat

Karl-Heinz Leitner ist Dozent für Innovationsmanagement an der TU Wien.

Wie die Quantifizierung von Forschung und Lehre reformiert werden könnte

Mit Einführung des Universitätsgesetzes 2002 (UG 2002) wurden österreichische Universitäten verpflichtet, Wissensbilanzen zu erstellen. Die Wissensbilanz steht für eine Entwicklung der Quantifizierung von universitärer Forschung und Lehre. Getragen vom Paradigma des "New Public Management" wurde es vom Gesetzgeber und den am UG involvierten AkteurlInnen als notwendig erachtet, ein Instrument einzuführen, das vergleichbare Kennzahlen erhebt, die für die Steuerung und Finanzierung der Universitäten verwendet werden.

Leistungen und Outputs einer Universität

Damit sollten Informationen sowohl für das Wissenschaftsministerium wie auch für die Universitäten selbst bereitgestellt werden. Die Idee, sich am Berichtswesen der Wissensbilanz zu orientieren, war insofern attraktiv, als dadurch nicht nur die Leistungen und Outputs einer Universität erfasst werden sollten, sondern auch die dafür notwendigen Investitionen in Personen, Prozesse und in Kooperationsbeziehungen, in der Terminologie von Wissensbilanzen als Human-, Struktur- beziehungsweise Beziehungskapital bezeichnet. Diese unterschiedlichen Formen des Kapitals werden im englischen Original unter dem Terminus "Intellectual Capital" zusammengefasst, die Wissensbilanz als "Intellectual Capital Report" bezeichnet.

Die Wissensbilanz selbst hat ihren Ursprung in der Wirtschaft, mit dem Ziel, diejenigen Vermögenswerte und Vorgänge zu erfassen, die im klassischen Berichtswesen nicht erfasst werden; sie nimmt dabei jedoch nicht - wie vielleicht vermutet werden könnte - eine finanzielle Erfassung und Bewertung von Vermögensbeständen vor, sondern arbeitet viel mehr mit unterschiedlichen Kennzahlen. Damit reiht sich das Instrument in die Reihe allerjenigen Verfahren, die eine Quantifizierung und Messung von Forschung und Lehre bezwecken, seien es Methoden des Qualitätsmanagements, der quantitativen Evaluierung, des akademischen Controllings, der Bibliometrie oder des Hochschulrankings.

Zähes Ringen zwischen Ministerium und Uniko

Die Erstellung der ersten Wissensbilanz-Verordnung im Jahr 2006 war das Ergebnis eines zähen Ringens um eine akkordierte Kennzahlenliste zwischen dem Wissenschaftsministerium und der Universitätenkonferenz. Letztlich kam es zu einer Liste von eher klassischen

Kennzahlen, die jedoch vielfach nach Subkategorien differenziert zu erheben waren und dadurch ihre Vielschichtigkeit erhielten, jedoch wenig wirklich Neues zur Erfassung des intellektuellen Kapitals lieferten. Mit der neuen Verordnung im Jahr 2010 wurde die Anzahl der Kennzahlen stark reduziert, aber auch der Gestaltungsspielraum zur Erstellung der Wissensbilanzen erweitert.

Die Wissensbilanz als Hochschulstatistik

Die "Wissensbilanz" fungiert heute vor allem als hochschulstatistisches Instrument. Zentrale Kenngrößen zur Anzahl des Personals, Anzahl von Berufungen, zur durchschnittlichen Studiendauer, zur Mobilität, zu Drittmiteinnahmen und zur Anzahl der Veröffentlichungen werden von allen öffentlichen österreichischen Universitäten erfasst. Der Erhebungsaufwand wird zurecht beklagt, gleichzeitig verwenden WissenschaftlerInnen, UniversitätsmanagerInnen, RektorInnen, UniversitätsrätlInnen, HochschulpolitikerInnen und andere regelmäßig Wissensbilanz-Kennzahlen für unterschiedlichste Analysen und Präsentationen abseits des eigentlichen Wissensbilanz-Berichts.

Zudem versuchen auf individueller Ebene wohl alle WissenschaftlerInnen ihren CV - eine Art persönliche Wissensbilanz - à jour zu halten, indem alle Publikationen, Konferenzvorträge, Dissertationsbetreuungen, Gutachtertätigkeiten, Projektakquisitionen und dergleichen penibel aufgelistet werden. Auch für Zielvereinbarungen und selbst für die Dotierung von Prämien innerhalb der Universitäten werden Wissensbilanz-Kennzahlen verwendet, vor allem auch, weil es sich trotz Kritik um einigermaßen verlässliche, vergleichbare, nach Wissenschaftsdisziplinen differenzierte und wohl definierte Kennzahlen handelt.

Wissensbilanz und Hochschulfinanzierung

Einige der in der Wissensbilanz erfassten Kennzahlen werden für die Finanzierung der Universitäten genutzt und finden sich sowohl innerhalb der Leistungsvereinbarungen zwischen den Universitäten und dem Ministerium, zum anderen auch im ehemaligen Formelbudget, das mit 1. Jänner 2013 durch die Hochschulraum-Strukturmittel-Verordnung abgelöst wurde. Dabei steht etwa die Anzahl der prüfungsaktiven ordentlichen Studierenden in jüngster Zeit im Brennpunkt der Diskussion. Diese spielt sowohl für die Verteilung der Hochschulraum-Strukturmittel eine wichtige Rolle, als auch für die zukünftig geplante Studienplatzfinanzierung.

Daneben wird gemäß der aktuellen Verordnung zur kapazitätsorientierten, studierendenbezogenen Universitätsfinanzierung zukünftig die Höhe der Finanzierung auch partiell auf Basis von Indikatoren erfolgen. Hierbei werden einerseits eingeworbene Drittmittel anvisiert, aber auch angepasste Kennzahlen zur Publikationsleistung bieten sich an. Man muss sich dabei bewusst sein, dass die Verwendung von Kennzahlen zur Steuerung von Universitäten - sei es über (ehemalige) Formelbudgets, Hochschulraum-Strukturmittel oder die zukünftige Studienplatzfinanzierung - im Weiteren Anreize setzt, diese auf individueller und organisatorischer Ebene zu

optimieren. Damit es hier zu keinen Verzerrungen kommt, müssen die Kennzahlen durchaus breit angelegt sein, damit sie unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen widerspiegeln, und dürfen nicht kurzfristig wirken.

Was misst die Wissensbilanz?

Damit wird klar, dass die Wissensbilanz nur so gut ist, wie sie auch imstande ist, die tatsächlichen Ziele, die sich Hochschulpolitik, Universitäten und WissenschaftlerInnen selbst setzen, zu erfassen. Und die Vorstellung darüber variiert naturgemäß zwischen den beteiligten AkteurlInnen und hängt auch vom Wissenschaftszweig ab. Das wird etwa deutlich im Falle der Forschungsleistungen, die im Rahmen der Wissensbilanz auf Basis der Anzahl der Publikationen erfasst werden und an Hand von sieben Kategorien (erstveröffentlichte Beiträge in SCI-, SSCI- und A&HCI-Fachzeitschriften, Erstauflagen von wissenschaftlichen Fach- oder Lehrbüchern etc.) differenziert nach Wissenschaftsdisziplin auszuweisen sind.

Gewiss sagt die alleinige Anzahl der Publikationen noch nichts über die Qualität der Publikationen aus, wie wohl die Anzahl der Veröffentlichungen in indizierten Zeitschriften ein erstes Qualitätskriterium darstellt. Will man die Publikationsleistung auch für die Finanzierung der Forschung von Universitäten heranziehen, wie dies etwa in Dänemark oder Norwegen erfolgt, wären Publikationen in verschiedenen Organen nach deren Qualität zu gewichten oder beispielsweise Zitationen zu berücksichtigen. So wird in Österreich in den neuen Leistungsvereinbarungen von einigen Universitäten die Erhöhung des Impact-Faktors pro WissenschaftlerIn als Zielgröße vereinbart.

Finanzierung und Steuerung von Hochschulen sollte nicht ausschließlich, aber zu einem guten Teil, auf quantitativen und objektivierbaren Kenngrößen beruhen. Es gibt hier kaum Wahlmöglichkeiten, will man nicht zu einer Praxis zurückkehren, die man mit dem UG 2002 zu überwinden suchte. Als echte Alternative für die Zuteilung von Forschungsbudgets von Universitäten gilt das Peer Review Verfahren. Dieses wird jedoch für die Verteilung von Forschungsbudgets für gesamte Universitäten nur von wenigen Ländern praktiziert, wie etwa in Großbritannien, wo rund alle vier Jahre die Research Assessment Exercise (RAE) durchgeführt wird.

SpitzenforscherInnen einkaufen?

Diese wird kontrovers diskutiert und wurde unter anderem dahingehend kritisiert, als dass sie strukturkonservierende Wirkung hätte. Sie führte in der Vergangenheit auch dazu, dass kurz vor Durchführung der Evaluierungen, Universitäten eilig SpitzenforscherInnen und ihre Publikationen "einkauften". Auch im RAE sollen zukünftig verstärkt bibliometrische Daten verwendet werden. Daraus wird klar, dass jegliche Form der Verwendung von Kennzahlen und Kriterien zu erodierendem Verhalten seitens der Evaluierten führen kann. Daraus eine generelle Ablehnung von Kriterien abzuleiten würde zu kurz greifen: eher liegt die Lösung in der Breite der Kriterien und in deren langfristiger Wirkung. Entsprechend sind hier

WissenschaftlerInnen und Universitäten aufgefordert, neue Kenngrößen und Kriterien vorzuschlagen.

Allgemein sehen sich Universitäten einem zunehmenden Druck gegenüber, mehr und schneller zu publizieren, gleichzeitig Drittmiteinnahmen zu erhöhen, und den unmittelbaren Beitrag der Forschung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu demonstrieren. Dies sind schwierige Bedingungen für neugiergetriebene und grundlagenorientierte Forschung, wie sie an Universitäten auch stattfinden sollte. Die Wissensbilanz kann diese Probleme weder lösen, noch hat sie diese mitverursacht, sie reflektiert nur die allgemeinen, zwischen den Akteuren ausgehandelten und in Kennzahlen gegossene Vorstellungen von dem, was Universitäten leisten sollen.

Die Bilanz der Wissensbilanz

Das ursprüngliche Ziel, dass Wissensbilanzen hochschulinterne und hochschulpolitische Diskussionen über die Voraussetzungen von guter Forschung und Lehre fördern - vor allem im Sinne des dafür zu entwickelnden intellektuellen Kapitals, konnte nicht erreicht werden. Häufig beschränken sich die Diskussionen auf die Höhe der eingeworbenen Drittmittel, die Anzahl der Publikationen oder die Anzahl der AbsolventInnen. Was zweifelsohne nachhaltige Wirkung hat, ist der Diskurs über die durch die Wissensbilanz operationalisierten Zielvorstellungen von Forschung und Leistung.

Das Potential der Wissensbilanz und ihrem inhärenten Ziel zu quantifizieren, liegt darin, genau diese Diskussion voranzutreiben: In Anlehnung an die Idee der Wissensbilanzen können hier Universitäten neue und zusätzliche Kennzahlen erheben und nutzen, um noch differenziertere Befunde über die Leistungsfähigkeit von Organisationseinheiten, Fachgebieten und dergleichen zu gewinnen und damit bessere Entscheidungen treffen zu können. (Karl-Heinz Leitner, derStandard.at, 5.3.2013)

Karl-Heinz Leitner ist Wirtschafts- und Innovationsforscher am AIT Austrian Institute of Technology und Dozent für Innovationsmanagement an der Technischen Universität Wien. Er hat nationale und internationale Projekte zu Fragen der Hochschulfinanzierung, -steuerung und -politik durchgeführt und am ersten Grundlagensprojekt zur Wissensbilanzierung für Universitäten im Jahr 2001 maßgeblich mitgewirkt. 2011 koordinierte er ein Projekt zur Studienplatzfinanzierung im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Vom Postmaster zum Prädoc: Karriere im Hamsterrad

BLOG

120 POSTINGS

FRIEDRICH SCHIPPER UND DAS
BLOG-TEAM

12. März 2013, 10:01

Mit welchen Hürden NachwuchswissenschaftlerInnen an den Universitäten zu kämpfen haben

Diss und Tschüss

Eine Prädoc-Anstellung als UniversitätsassistentIn ist für wissenschaftliche ArbeitnehmerInnen gedacht, die nach Abschluss eines Master-Studiums das Ziel verfolgen, im Zuge eines Anstellungsverhältnisses an der Universität zu forschen und dabei eine Dissertation zu verfassen. Es ist damit gleichzeitig auch eine Ausbildungsstelle auf hohem Niveau, befristet auf meist vier Jahre. Das Resultat sollen bestenfalls qualifizierte WissenschaftlerInnen, zumindest aber fertige DoktorInnen sein.

Teilzeit-Diss

Ein ideales Anstellungsverhältnis von 100 Prozent stellt sich dabei oftmals als Utopie heraus: Bestimmte österreichische Universitäten ziehen es vor, ihre NachwuchswissenschaftlerInnen an kurzer Leine zu halten. 30 Stunden Teilzeitbeschäftigung pro Woche werden ihnen abverlangt. Dazu gibt es ein auf dem ersten Blick verlockendes Zuckerl: 20 Stunden pro Woche arbeiten sie für "ihr" Institut und 10 Stunden pro Woche sind für die Erbringung selbständiger wissenschaftlicher Leistung eingeplant. Übersetzt heißt das, dass 10 Stunden für die Diss zur Verfügung stehen. Ein schönes Leben so eine befristete Teilzeitbeschäftigung als junge WissenschaftlerIn, in der man auch noch seine Diss finanziert bekommt, oder etwa nicht?

Oder Tschüss ohne Diss

Wenn man während des Studiums trainiert hat, sparsam zu leben und seine Zeit zielgerichtet zu managen, dann führt die Deadline von üblicherweise vier Jahren als Prädoc nicht zum möglichen "Todesurteil" für die Diss. Denn Prädoc-Stellen sind befristete Arbeitsverhältnisse. Die Stelle bleibt, der wissenschaftliche Nachwuchs kommt und geht – Fluktuationsstelle PraeDoc. Wer es nicht schafft, in der befristeten Zeit die Diss fertigzustellen und im Zuge dessen das Doktoratsstudium abzuschließen, geht vorerst mit leeren Händen (Wem es dann noch gelingt, kann die Diss auch ohne Anstellung an der Uni fertigstellen).

Das "Kettenvertragsverbot" ist das neue Buzzword in den universitären Personalabteilungen. Da befristete Arbeitsverhältnisse laut österreichischer und EU-Kettenvertragsregelung nicht aneinander geknüpft werden dürfen, ist es nach einem bestimmten Zeitraum vorbei mit dem

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Diss und Tschüss - oder Tschüss ohne Diss?

Arbeiten an derselben Universität. Das Kettenvertragsverbot ist sowohl eine EU-Richtlinie als auch langjähriger Inhalt der österreichischen Arbeitsgesetze. Ironischer Weise wird das Kettenvertragsverbot als Störfaktor wahrgenommen, obwohl es eigentlich einen Schutz für ArbeitnehmerInnen darstellt (keine Umgehung von Verträgen, keine Gängelung mit immer wieder prekären befristeten Verträgen im Sinne einer besseren Lebensplanbarkeit).

Da heißt es: Fristgerecht fertig werden mit der Diss und Tschüss, wenn nicht sogar "Auf Nimmer Wiedersehen", denn anschließend hat man zwar eine spezielle, teure und gute Ausbildung genossen aber keinerlei Perspektive, zumindest weiterhin oder gar unbefristet an der Universität arbeiten bzw. forschen zu dürfen. Man bekommt quasi ein Hausverbot, ohne gegen die Hausordnung verstoßen zu haben.

Mogelpraxis

So die Theorie. Wie sieht es oftmals in der Praxis aus: Aussagen der "Fachvorgesetzten" wie "Ich habe mir meine Leute fachlich aufgebaut, jetzt soll ich sie wieder weg schicken?!" und "Wir bringen Sie schon irgendwo unter" sind nicht untypisch. Nicht ausgeschlossen sind unvorteilhafte Zwischenlösungen für den "wissenschaftlichen Nachwuchs": Vier Monate Halbezeitbeschäftigung da, Projektanträge schreiben in der Arbeitslosen, zwei bis drei Lehrverträge dort, bis eine gewisse Frist vorüber ist und das Kettenvertragsverbot laut Arbeitsgesetz nicht mehr greift.

Point of No Return

Doch sieht so ein Rahmen für eine zufriedenstellende Karriereplanung der österreichischen Universitäten für ihren Nachwuchs aus? Die Motivation dahinter lässt sich erahnen: Bevor eine unbefristete Anstellung überhaupt erst nur angedacht wird, sollte die WissenschaftlerIn zumindest eine Zeit lang "in einen anderen Suppentopf" geschaut haben. Ob so eine Zwangsbeglückung in jeden Lebenslauf zum verordneten Zeitpunkt auch hinein passt, sei dahingestellt. Eine individuelle Karriereplanung mit einer großen Portion Ellbogentechnik ist überlebensnotwendig, denn nahtlose Karrieremodelle von Universitäten für Prädocs gibt es keine, egal wie hervorragend deren Leistung ist.

Gut unterstützt werden UniversitätsassistentInnen mit Karrierebezogenen Programmen, die von einigen Universitäten angeboten werden: Hierbei gilt es, die Grenzen und Möglichkeiten innerhalb der Universitäten als Arbeitgeber des wissenschaftlichen Nachwuchs aufzuzeigen. Doch einmal weggegangen sind sowohl eine Rückkehr der nun sich entwickelten flexiblen Wissenschaftlerin als auch die Verfügbarkeit einer unbefristeten Stelle sehr unwahrscheinlich.

Karriereschönsprech

Abverlangt wird (unter anderen) Flexibilität, ein hoher Grad an Selbstmotivation, schnelle Lernfähigkeit, innovatives Denken, die Fähigkeit des Lehrens, Eigenständigkeit, Mobilität, Mitwirkung in der Organisation, Loyalität, und nicht zuletzt ein

hohes Ausmaß an Kreativität, dass notwendig wird, um eigene Karrieremodelle zu schmieden. Eigentlich alles positiv besetzte Begriffe. Oder doch nur Zweckeuphemismen? Es gäbe da das Modell des „University Hopper“: Eine WissenschaftlerIn, die sich von einem befristeten Vertrag zum nächsten befristeten Vertrag durchbringt (auf verschiedenen Universitäten, in wissenschaftlichen Projekten etc.) bis – vielleicht, irgendwann, oder auch nicht – eine dauerhafte Anstellung erreicht wird. Oder das anspruchsvolle Karrieremodell des „Strategic Researcher“: Eine WissenschaftlerIn, die sich allen möglichen Herausforderungen stellt und wie eine gewiefte Schachspielerin ihre weiteren Schritte strategisch setzt. Als alternativer Weg zu einer Karriere in der Wissenschaft ist die Zuflucht in die Privatwirtschaft im Hinterkopf verankert: Wie lange habe ich noch Zeit für diesen Schritt?

Fluktuationsstelle Prädoc

Das alles ist handhabbar, solange man weiß, worauf man sich bei einer Prädoc-Anstellung einlässt. Rahmenbedingungen der Fluktuationsstelle Prädoc müssen den Betroffenen bewusst gemacht werden. Vor allem bedarf es einer Sensibilisierung der Personen, die eine Prädoc-Stelle annehmen, aber ebenso ihrer Vorgesetzten hinsichtlich der Ziele, die eine Universität anhand von Prädoc-Stellen verfolgt, Grenzen und Möglichkeiten der Prädocs unter Berücksichtigung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und Aufgaben und Pflichten der Vorgesetzten sind zu kommunizieren.

Konkret heißt das zum Beispiel, dass Prädocs ihre Diss jedenfalls innerhalb des befristeten Vertrags fertigstellen sollten, da Ausschreibungen für weiterführende wissenschaftliche Stellen bzw. bestimmte Projektausschreibungen bereits WissenschaftlerInnen mit abgeschlossenen Doktoratsstudium voraussetzen. Klingt eigentlich selbstverständlich. Die Aufgabe der Vorgesetzten ist die Förderung und Unterstützung der auszubildenden Prädocs und deren Integration in die Arbeitsprozesse und Netzwerke.

Universitäten haben mögliche Auswirkungen im Blickfeld zu bewahren, wie z.B. ein mögliches Senken der PostDoc-Stellen, die durch doppelt so viele Prädoc-Stellen ersetzt werden könnten, oder das steigende Ausmaß an Lehre, die (als Bestandteil des Vertrages) von Prädocs durchgeführt wird.

Neu planen

Die gegenwärtige Situation der NachwuchswissenschaftlerInnen bzw. JungforscherInnen an den (meisten) österreichischen Universitäten hat nachhaltiger Personalstrukturplanung nichts zu tun. Personalstrukturpläne sind für Universitäten aber unerlässlich. Und lassen auf sich warten. Und: Zehn Jahre UG 2002, es wird Zeit umzudenken und von den alten Bahnen loszulassen, die einen vielleicht selbst geprägt haben. Auf Irrwegen zu beharren, führt nicht ans Ziel. (Friedrich Schipper und das Blog-Team, [derStandard.at](http://derstandard.at), 12.3.2013)

Friedrich Schipper ist Archäologe und stellvertretender Vorstand des Instituts für Alttestamentliche Wissenschaft und Biblische Archäologie an der Universität Wien. In seiner Dissertation geht es um Beschneidung,

Athletik und Identität im antiken Kontext des jüdisch-hellenistischen Konflikts. In seiner Habilitationen befasst er sich mit der Rolle des kulturellen Erbes in Jerusalem im aktuellen Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts. Er ist Mitglied des Betriebsrats für das wissenschaftliche Universitätspersonal an der Universität Wien sowie Mitglied des Universitätslehrerverbands.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Von Satire zur Pädagogischen Hochschule

BLOG

3 POSTINGS

WOLFGANG WEIGEL

19. März 2013, 18:27

Ein Brief an Herrn Schlau-Meier über die neue Lehrer-Ausbildung

Candidus Zwick
Universität zu Schilda
Fachabteilung 08/15

Leonidas Schlau-Meier
Forschungsinstitut für die Erforschung von Forschungsinstituten
dasselbst

Lieber, hochgeschätzter Kollege Schlau-Meier

Ich hoffe es geht Ihnen gut! Ich meine das ernst, denn es scheint mir schon bedenklich, dass Sie nun in ihrem schönen neuen Institutsgebäude nur allein über den Korridor mit der prächtigen Aussicht auf den Fluss gehen dürfen, um die Statik des Gebäudes nicht zu gefährden.

Aber eigentlich wollte ich von Ihnen, dessen gemächliche Kombinationsgabe ich immer sehr geschätzt habe, eine Beurteilung einer Entwicklung erbitten, die hierorts durchaus von mehreren Kolleginnen und Kollegen als befremdlich eingeschätzt wird.

Am Anfang steht eine eigenwillige Sicht von "Aufstiegshilfe": Wie man auf der Webseite des dortigen Unterrichtsministeriums leicht nachlesen kann, sollen Lehrerinnen und Lehrer sich an Pädagogischen Hochschulen "nachqualifizieren". Also hurtig auf der Graduiertenleiter nach oben geklettert, denn "mit der Nachqualifizierung zum Bachelor of Education eröffnen sich für Lehrerinnen und Lehrer früherer Lehramtsausbildungen neue Möglichkeiten für weitere Studien".

Und welche: Auf einer anderen Webseite (Sie sehen, lieber Schlau-Meier, ich bin dem Medium schon ganz verfallen) lächeln die Ministerin für Unterricht und der Minister für Wissenschaft und Forschung ganz großkoalitionär und trotzdem untypisch harmonisch vom Bildschirm. Sie propagieren dort die PädagogInnenbildung neu. Wenn der für Universitäten zuständige Minister ins Bild kommt, sobald die neu gebildeten Herrschaften die Leiterstufe der Bakkalaurii (hoffentlich stimmt das so) erklommen, dann muss das doch etwas bedeuten!

Wo weiterer Bildungshöhenflug verheißen wird, dann muss das (hier kombiniere ich scharf wie weiland Nick Knatterton) mit dem installierten Ausbildungspotential der Pädagogischen Hochschulen zu tun haben. Lieber Schlau-Meier, liege ich falsch wenn die Leiter zum Aufstieg an etwas angelehnt ist, was sich der Universität nähert ohne es zu sein?

Wissen Sie, mein lieber Schlau-Meier, so von meinem



foto: istockphoto.com

Mehr Macht den Universitäten? Vielleicht hilft ein Brief an Herrn Schlau-Meier weiter.



foto: privat
Wolfgang Weigel, Volkswirt.

Lieblingslehnstuhl aus frage ich mich schon, was denn die erfolgreichen Bezwingler der Aufstieghilfe dann unterrichten werden. WIE sie unterrichten werden, das ist ja klar: Nach dem höchstmöglichen Standard, den die Pädagogische Hochschule zu vermitteln vermag, was denn sonst (ich kann Sie bis hierher kichern hören – sie nehmen mich doch nicht etwa nicht ernst?). Aber WAS, WAS, so frage ich Sie, werden die guten Leutchen denn unterrichten? Das Fachliche kann man doch, so hab' ich möglicherweise in meiner Naivität geglaubt, nur an Fachinstituten von Universitäten lernen (und warum ist dem koalitionsseiligen zuständigen Minister dieser Gedanke nicht auch schon gekommen und hat ihn grimm auf seinen Kollegen schauen lassen?)

Also, lieber lieber Schlau-Meier, ich hoffe Sie können sich einen Reim drauf machen, was da im Busch ist.

Ich muss Ihnen noch ein Geheimnis verraten. Aufstiegsleitern müssen ja von vertrauenswürdigen Personen gehalten werden, das versteht sich ja im Sinne der Aufzusteigenden ganz von selbst. Irgendwie scheint ja gedacht zu sein, dass die Leitern in einen Olymp führen. Und was muss dort herrschen? Sicherheit? Absolut! Und wie macht man das: Na, die Leiterhalter halten die Leitern deshalb so sicher, weil sie allesamt verbeamtet sind. Hire and fire, diese universitäre Unsitte hat doch dort keinen Platz, sonst fiele womöglich noch die Leiter um (und auf die Universitäten, die ja keinen Schaden nehmen dürfen).

Glauben Sie, die Leiterbenutzer hoffen, am Ende der Fahnenstange angekommen auch den Lorbeerkrantz der Definitivstellung vorzufinden...?

Schlau-Meier, ich glaube es ist genug.

Ich wünsche ihnen von Herzen Wohlergehen und ob der sich anbahnenden Dinge kein Bauchgrimmen und keinen Verdruss

Herzlichst Ihr treu verbundener alter

Candidus Zwick

(Wolfgang Weigel, derStandard.at, 19.3.2013)

Wolfgang Weigel ist ao. Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien, Vorsitzender des Joseph von Sonnenfels Center für ökonomische Analyse des öffentlichen Rechts und Gründungsmitglied sowie Mitglied des Beirats der European Association of Law and Economics. Er ist Mitglied des Universitätslehrerverbands (ULV), Sekretär des ULV an der Universität Wien und Pressereferent im Vorstand des ULV sowie ehemals langjähriger Vorsitzender der Personalvertretung an der Universität Wien.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

LehrerInnen für alle Schulen auf universitärem Niveau bilden

BLOG

JÜRGEN MAASS

26. März 2013, 12:26

80 POSTINGS



foto: istockphoto.com/skynesher
Lehrerausbildung an der Uni oder an der Pädagogischen Hochschule?



foto: privat
Jürgen Maaß: "Die derzeitige Situation der LehrerInnenausbildung für AHS und BHS an den österreichischen Universitäten ist keineswegs perfekt." Trotzdem sieht er die Unis als geeignetere Institutionen an.

Mathematikdidaktiker Jürgen Maaß fordert eine Qualitätsoffensive in der LehrerInnenausbildung

Seit der großen Bildungsoffensive in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts herrscht in vielen Bereichen institutioneller Stillstand oder wegen des Sparens sogar Rückschritt. Selbstverständlich hat es in den letzten 40 Jahren viele engagierte Menschen gegeben, die in ihren Bildungseinrichtungen vieles und auch viel Lobenswertes geleistet haben - es ist sogar aus meiner Sicht ausdrücklich und bewundernd festzuhalten, dass sich so viele Lehrende an allen Bildungseinrichtungen so intensiv um Qualität bemüht haben, obwohl immer nur gespart wurde. Der Stillstand zeigt sich in den Strukturproblemen im Bildungsbereich und den daraus resultierenden andauernden Chancenungleichheiten für die Heranwachsenden.

Arbeitsteilung ein Strukturproblem

Wieso ist das "bewährte" System der Arbeitsteilung zwischen Pädagogischen Akademien (Pädaks) beziehungsweise Hochschulen (PHs) und Universitäten ein Strukturproblem? Es ist schon sehr bezeichnend, dass diese Frage überhaupt gestellt werden muss. In fast allen Bereichen unserer Gesellschaft ist es ganz selbstverständlich, dass für die beste Qualität und die beste Leistung die Universitäten gefordert werden. Wenn ein Mensch ernsthaft krank wird, möchte dieser Mensch vom berühmtesten Universitätsprofessor persönlich untersucht und geheilt werden; wenn eine wichtige naturwissenschaftliche, technische, wirtschaftliche, geistes- oder sozialwissenschaftliche oder eine rechtliche Frage zu klären ist, wird ein Gutachten von einer Universitätsprofessorin verlangt. Nur bei der Bildung gibt sich Österreich - in dieser Entscheidung international recht isoliert - mit weniger Qualität zufrieden.

Was sind die Gründe?

Auf der Suche nach Gründen dafür werden von unterschiedlichen Interessengruppen und KollegInnen etwa folgende Theorien angeboten:

a) Der Ideologieverdacht: Die herrschende Klasse, vertreten durch die "Schwarzen", will nicht, dass die Massen gebildet sind und die ungerechten Strukturen unserer Gesellschaft verstehen und dann verändern. Ähnliches wird auch über jene Parteien gesagt, die hauptsächlich von "dummen" Leuten gewählt werden.

b) Die Spartheorie: Selbstverständlich ist den jeweiligen Regierungen klar, dass es große Qualitätsunterschiede in der

LehrerInnenbildung zwischen PH und Uni gibt, aber ein A-Posten-Gehalt für alle LehrerInnen wäre viel zu teuer. Für diese Theorie spricht, dass die derzeit angekündigte LehrerInnenausbildung neu samt Einpassung in die Bologna-Struktur im Wesentlichen darauf hinausläuft, dass Leute mit dem Abschluss "Bacc." an allen Schulen unterrichten und dann selbstverständlich kein A-Posten-Gehalt bekommen werden.

Wirtschaftsstandort in Gefahr

Weshalb kommt dennoch überhaupt Bewegung in die Bildungspolitik? PISA und Co. sind aus wissenschaftlicher Sicht zwar sehr fragwürdig, aber für die Wirtschaft und Teile der Politik sehr glaubwürdig beziehungsweise wegen der nicht so guten Ergebnisse für Österreich sehr bedrohlich. Der Wirtschaftsstandort ist in Gefahr! Die OECD drängt auf Gesamtschulen und bessere Qualifikation der ArbeitnehmerInnen als Voraussetzung für wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit. Selbstverständlich geht es dabei nicht um Bildung, um mündige und kritische BürgerInnen, sondern um naturwissenschaftlich-technische Ausbildung, um Leute, die jene neuen Technologien erfinden und entwickeln sollen, mit denen auf künftigen Weltmärkten Exporterfolge zu erzielen sind. Ob und wie diese Ausbildung mit jener allgemeinen Bildung vereinbar ist, wird nur selten und im kleinen Kreis überlegt.

Bei Fachdidaktik aufholen

Was tun? Die derzeitige Situation der LehrerInnenausbildung für AHS und BHS an den österreichischen Universitäten ist keineswegs perfekt. Aus Kostengründen ist die fachliche Qualifikation oft an die jeweiligen Fachstudiengänge für Magister oder Diplom angehängt. Daher ist den Studierenden oft zu Recht nicht klar, weshalb sie die verschiedenen Fachlehrveranstaltungen besuchen müssen. Bei pädagogischen oder fachdidaktischen Lehrveranstaltungen gibt es solche Unklarheiten sehr viel seltener. Allerdings fehlt es - wieder aus Kostengründen (?) - in vielen Studienrichtungen an einer hinreichenden personellen Ausstattung der jeweiligen Fachdidaktik. Wenn, wie in den anderen Bereichen der universitären Lehre, deren besondere Qualität darin begründet sein soll, dass hier Forschung und Lehre nach Humboldt'schen Idealen verbunden sind, dann muss zumindest eine habilitierte beziehungsweise gleichwertig qualifizierte Person für die Fachdidaktik zuständig sein. Das ist derzeit keinesfalls so - viele Studienrichtungen für Lehramt stützen sich in Sachen Fachdidaktik ausschließlich auf Lehraufträge für LehrerInnen aus Schulen.

Integration der PHs in Unis

Eine Integration der derzeitigen PHs inklusive der derzeit noch von den PHs organisierten zweiten Phase der Ausbildung in die Universitäten - wie es in anderen Ländern gelungen ist - könnte nicht nur die Qualitätsfrage hinsichtlich der fachlichen, fachdidaktischen und pädagogischen Kenntnisse und Fähigkeiten für die künftigen LehrerInnen positiv beantworten, sondern auch den Universitäten den nötigen Impuls zur Reform der LehrerInnenbildung geben. (Jürgen Maaß, [derStandard.at](http://derstandard.at), 26.3.2013)

Jürgen Maaß ist Mathematikdidaktiker und stellvertretender Vorstand des Instituts für Didaktik der Mathematik an der Universität Linz. In der deutschen Gesellschaft für Didaktik der Mathematik gründete er den Arbeitskreis Mathematikunterricht und Mathematikdidaktik in Österreich und leitet nunmehr den Arbeitskreis Mathematik in der Weiterbildung. Er ist Mitglied des Kuratoriums der österreichischen Jugendmedienkommission und Obmann der Arbeitsgemeinschaft Computer und Spiel. Darüber hinaus ist er Landesvorsitzender der Sektion der HochschullehrerInnen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst.

Berechnen Sie Ihr Brutto- oder Netto-Gehalt mit dem Brutto-Netto-Rechner von derStandard.at/Karriere

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Universitäten: Autonomer Werteverlust

BLOG

8 POSTINGS

STEFAN SCHÖN

2. April 2013, 13:27



foto: istockphoto.com/stevecoleimages

Die Leidtragenden sind in erster Linie die Studierenden, sagt Stefan Schön.



foto: privat

Stefan Schön ist Pianist und Jurist.

Studierende müssen künftig eher vor Gericht - Warum die Beseitigung des Instanzenzugs ein Fehler ist

In Wahrheit war nicht viel übrig geblieben von der Autonomie der Universitäten, nachdem das Universitätsgesetz 2002 vor etwa zehn Jahren in Kraft trat. Nüchtern betrachtet wichen die Mitbestimmung der Hierarchie, das kollegiale Prinzip der Monokratie und der wissenschaftlich/künstlerische Forscherdrang dem ökonomischen Diktat. Selbst die Freude über die Budgethoheit hat sich nach den Erfahrungen mit den bisherigen Leistungsvereinbarungszyklen merklich relativiert.

Bisher kaum Kritik am Instanzenzug

Mit dem Studienrecht hingegen blieb den Universitäten bislang immerhin ein gewisser originärer Gestaltungsspielraum und als letztes Relikt der zum Schreckgespenst avancierten paritätischen Partizipationsstruktur sogar ein Instanzenzug, nämlich jener von dem in studienrechtlichen Angelegenheiten zuständigen "monokratischen Organ" (sic!) zum Senat der Universität. Dass es an diesem Zuständigkeitssystem samt Rechtsschutzeinrichtung kaum je Kritik gab, sollte tendenziell für die Beibehaltung dieses Modells sprechen.

Instanzenzug soll nun beseitigt werden

Umso erstaunlicher daher, dass mit der seit Jahrzehnten verschleppten Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform eher versehentlich als beabsichtigt dieser inneruniversitäre Instanzenzug nun beseitigt werden soll. Mag sein, dass der Gesetzgeber den großen Wurf knapp vor dem Ziel nicht mehr mit Ausnahmen ins Wanken bringen möchte. Aber man könnte doch meinen, dass sich die Akteure um eine sachgerechte Lösung bemühen. Okay, das ist naiv.

Studierende sind betroffen

Man könnte aber wenigstens meinen, dass die Verantwortlichen der Universitäten in Verteidigung des autonomen Gestaltungsspielraums um "ihr Recht" kämpfen. Außer den Studierenden, die von der zukünftig erschwerten Rechtsdurchsetzung alleine durch die zu erwartenden Kosten am meisten betroffen sein werden, tut das aber niemand so wirklich. Stattdessen zeichnet sich eine Art Kompromiss ab, mit welchem die Senate auf eine höchst merkwürdig geregelte Gutachterrolle reduziert werden. Sie verlieren damit eine wichtige Entscheidungsbefugnis und die Universitäten ein wesentliches Element autonomen Handelns.

Prinzipien werden geopfert

Überhaupt scheint in Mode zu kommen, Prinzipien, um die man

noch vor einigen Jahren gemeinsam gerungen hat, der tagesuniversitätspolitischen Beliebigkeit zu opfern: Zurzeit wird für eine angemessene Indexsteigerung der Kollektivvertragsgehälter der Universitätsbediensteten verhandelt.

Abgesehen davon, dass es für die Betroffenen am Ende des Vierteljahres eine Zumutung darstellt, wenn sich noch immer keine Einigkeit am Horizont abzeichnet, ist es doch sonderbar, dass die im Dachverband der Universitäten zusammengefasste Arbeitgeberseite ihre restriktive Haltung damit begründet, dass das Ministerium eine kalkulatorische Indexanpassung der Gehälter für 2013 strikt abgelehnt hat.

Novelle verschlafen?

Die Rektorinnen und Rektoren als Befehlsempfänger des Ministers, des im Hintergrund agierenden Arbeitgebers des Universitätspersonals? Haben wir eine Novelle mit der Abschaffung der im Verfassungsrang verankerten Universitätsautonomie verschlafen?

Was tatsächlich gerade verschlafen wird, ist die Gelegenheit zur Forderung nach echter universitärer Autonomie - gerade jetzt, wenn nämlich im Zuge der Verwaltungsreform auf die Besonderheiten von Selbstverwaltungskörpern Rücksicht genommen wird bzw. genommen werden könnte. Es bedürfte keiner juristischen Kunstgriffe, um die in der österreichischen Verfassung auf die Gemeinden zugeschnittenen Bestimmungen über einen eigenen Wirkungsbereich für die Universitäten zu adaptieren, allein der politische Wille dazu fehlt. Und darüber sollte man einmal ernsthaft diskutieren! (Stefan Schön, derStandard.at, 2.4.2013)

Stefan Schön, Pianist und Jurist, ist Vorsitzender des Betriebsrats für das wissenschaftliche und künstlerische Universitätspersonal an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien und lehrt dort am Leonard-Bernstein-Institut Pflichtfach Klavier und Korrepetition.

Berechnen Sie Ihr Brutto- oder Netto-Gehalt mit dem Brutto-Netto-Rechner von derStandard.at/Karriere

PROMOTION



Ihre Zukunft im Bereich IT Security

Die FH St. Pölten bildet im Bachelorstudium IT Security die ExpertInnen für IT-Infrastruktur, Sicherheitsmanagement und IT-Forensik & Malware-Analyse aus.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

.

Wie weit gehe ich für dich, Uni?

BLOG

CHRISTOPH SCHEUCH

9. April 2013, 14:20

144 POSTINGS



foto: standard/cremer

Die nächste Möglichkeit für studentische Beteiligung:
Die ÖH-Wahl vom 14. bis 16. Mai.



foto: privat

Christoph Scheuch studiert Volkswirtschaftslehre an der
Universität Wien.

Wieso sich Studierende immer weniger unipolitisch engagieren

Stark steigende Studierendenzahlen, im Vergleich zu führenden Ländern niedrige Abschlussquoten und chronische Unterfinanzierung - der österreichische Hochschulsektor gleicht einer vernachlässigten Baustelle. Als Antwort darauf gab es eine schleppende Umstellung der Studienpläne im Zuge des Bologna-Prozesses, eine restriktive Knock-out-Phase in Form einer wohlgemeinten Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP) und drei mehr oder wenig gescheiterte Köpfe im Wissenschaftsministerium innerhalb von sechs Jahren.

Während die Universitäten versuchen, im finanziell knappen Rahmen mit den Interessen von Wissenschaftsministerium, Lehrenden und Studierenden zu jonglieren, nehmen unruhige Stimmen auf allen Ebenen zu. Doch wo bleiben die in den vergangenen Jahren so auffälligen Proteste der Studierenden? Haben sie sich mit den immer prekärer werdenden Studienbedingungen abgefunden?

Neue Spielregeln

Seit den großen Studierendenprotesten 2009/2010, die das Engagement mehrerer Generationen aktiver Studierender kanalisiert haben, haben sich die Rahmenbedingungen an den Universitäten stark verändert. Die Bologna-Reform wurde in neuen Studienplänen vorangetrieben - manche sprechen von einer zunehmenden Verschulung des Hochschulsystems -, was zu einem Rückgang der Freiheiten in der individuellen Studiengestaltung führte. Doch die angestrebte gesteigerte Mobilität im Europäischen Hochschulraum hat auch einen spürbar positiven Effekt auf die Anzahl der Studierenden in Österreich.

Um unentschlossene und angeblich bummelnde Studierende im Zaum zu halten, entwarf die Regierung 2011 eine Studieneingangs- und Orientierungsphase, die darauf abzielt, die Studienwahl zu optimieren. Schaffte man diese einsemestrige Phase nicht, wurde man für dieses Studium auf Lebenszeit gesperrt. Da die Studierendenzahl weiter stieg, wurden nun zusätzlich in ausgewählten Studien Aufnahmeverfahren eingeführt, um allgemeine Zugangsbeschränkungen und die daran gekoppelte Studienplatzfinanzierung vorzubereiten.

Generationenübergreifender Konflikt

Jene Generation, die derzeit die gesetzgebenden und ausführenden Gewalten stellt, kannte all diese Spielregeln nicht. Die Studienbedingungen vor wenigen Jahrzehnten waren unvergleichbar anders als die momentan herrschenden: Keine Zeit für nichts, viel Stress und Leistungsdruck, Angst vor

Studienzeitverzögerung, Erwartungen über den Arbeitsmarkt, Unsicherheiten über die unmittelbare finanzielle Zukunft - vermeintlich individuelle Probleme beschäftigen die modernen Studierenden in höherem Ausmaß.

Politische und soziale Frage- und Problemstellungen treten dabei oft in den Hintergrund. Obwohl die einen meinen, es sei gut und richtig, wenn endlich studiert und weniger protestiert wird, beklagen andere das fehlende Engagement von Studierenden.

Oft vergessene Arbeiten

Die von vielen Seiten kritisierte ÖH steht hier im Mittelpunkt des Dilemmas. Während der Betreuungsaufwand mit der wachsenden Zahl an Studierenden und auch deren Hürden zunimmt, kommt es zu einer zunehmenden Knappheit an Aktivist/inn/en, die mehr oder wenig bedürftig entlohnte oder gar freiwillige Tätigkeiten übernehmen. Vielen Bürger/inne/n - auch Studierenden - ist oft nicht bewusst, dass die ÖH nicht nur dazu dient, Skripten und Prüfungsangaben aufzubereiten oder Punschstände zu betreuen, sondern auch wichtige Gremienarbeit übernimmt.

Studienkommissionen als Informationsplattform zwischen Studierenden und Lehrenden, Curricularkommissionen für die Erarbeitung neuer Studienpläne und Habilitationskommissionen zur Prüfung der Lehrfähigkeit basieren beispielsweise auf der notwendigen Einbindung aktiver Studierender. Aber auch das Organisieren und Anbieten von Erstsemestrigen-Tutorien, die Studienanfänger/innen in das Unileben einführen, und Informationsveranstaltungen rund um den Uni-Alltag gehören zum Tätigkeitsbereich der ÖH und von Engagierten in deren Umfeld.

Unter den gegebenen Restriktionen entscheiden sich jedoch immer weniger Studierende dafür, aktiv an den möglichen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, sondern profitieren lieber - wenn überhaupt - passiv davon. Dies führt zum einen zu erschwerten Voraussetzungen für die Arbeit im Sinne der Studierenden und zum anderen zu einer Machtkonzentration bei jenen Personen, die sich dieser Arbeit doch annehmen. Beide Aspekte schaden der Nachhaltigkeit von Projekten von Studierenden für Studierende.

Kurzlebigkeit eines Studilebens

Doch welche Motivation haben die Menschen, die dann diese Tätigkeiten übernehmen? Meist reicht diese von einem Verständnis der Wichtigkeit von Unipolitik - auch für die volkswirtschaftliche Entwicklung - bis hin zum Aufbau einfacher Netzwerke, welche nach dem Studium genutzt werden können. Während letzteres von vielen Außenstehenden nicht erkannt wird, hat ersteres meist eine geringere Bedeutung als die individuelle Entwicklung. Dies liegt auch in der Kurzlebigkeit eines Studierendenlebens, frei nach dem Motto: "Nach uns die Sintflut". Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 28 Prozent bei der ÖH-Wahl 2011 könnte man vielleicht sogar behaupten, dass die Mehrheit der Studierenden sich nicht für Unipolitik interessiert. Auch eine Ebene darüber, entsprechen die Stimmen von

Studierenden und Lehrenden als vergleichsweise kleine Wählerschaft nicht unbedingt einer wichtigen Zielgruppe der großen politischen Parteien.

Breite Mobilisierung

Abgesehen von der Problematik, mehr neue motivierte Aktivist/inn/en zu finden, erweist sich auch die Mobilisierung der breiten Studierendenschaft für Proteste als zunehmend schwierig. Neben dem bereits angesprochenen hohen Stellenwert von individuellen Problemen sehen viele Studierende auch nicht unbedingt ein, warum sie sich gegen die aktuellen Politikmaßnahmen wehren sollten.

Diejenigen, die bereits studieren, können sich durchaus als Profiteure sehen, wenn Zugangsbeschränkungen oder ähnliches eingeführt werden. Es ergibt sich ein Insider-Outsider-Problem, da derzeitige Studierende auf individueller Ebene wenig Anreiz haben, sich für Noch-nicht-Studierende einzusetzen. Dies kann insbesondere an den leider unter den Erwartungen liegenden Besuchszahlen bei den letzten Demos zur Hochschulpolitik gesehen werden. Nachdem zahlreiche Proteste vom Wissenschaftsministerium wohl bewusst ignoriert wurden, stellte sich bei vielen ehemals Engagierten auch große Frustration ein.

Gefahr von Entkoppelung

Der Gegensatz zwischen politischen Entscheidungsträger/inne/n und Studierenden wird also zunehmend verschärft. Politik wird weitestgehend ohne die Einbindung Studierender gemacht, Studierende antworten mit Wurschtigkeit. Neben den derzeitigen Studierenden sind auch zukünftige Generationen Versuchskaninchen in diesem Experiment.

Viele Wissenschaftler/innen, Lehrende und manche Politiker/innen treten zwar für notwendige zusätzliche Finanzierung ein, jedoch droht ihnen ihr eigentliches Klientel - die Studierenden - in Apathie zu versinken. Eine einseitige Betrachtung von Hochschulpolitik - denn wer weiß besser Bescheid als jene, die in dem System leben müssen? Ohne die breite Unterstützung seitens der Studierenden wird progressive, zukunftsgerichtete Unipolitik womöglich noch unwahrscheinlicher.

Anreize schaffen

Möchte man gemeinsam mit Studierenden die Zukunft der Hochschullandschaft gestalten, müssen diese wieder zunehmend eingebunden werden. Eine vermehrte Anrechenbarkeit von Gremienarbeit oder Tätigkeiten von Studierenden für Studierende können Anreize für Studierende schaffen, sich intensiver mit Unipolitik zu beschäftigen und zu partizipieren.

Der Ausbau des Beihilfensystems zur finanziellen und damit zeitlichen Entlastung Studierender wäre ein weiterer Ansatz. Betrachtet man aber weiterhin die Studierenden als Kund/inn/en, die zur Abfertigung bereits Schlange stehen, wird auch 2020 die Hochschulpolitik nicht rosiger als derzeit aussehen. (Christoph Scheuch, derStandard.at, 9.4.2013)

Christoph Scheuch ist Student der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien und Aktivist im Roten Börsenkrach, der Basisgruppe und Studienvertretung Volkswirtschaftslehre. Der Rote Börsenkrach ist die älteste existierende Basisgruppe an der Universität Wien und versucht neben Serviceangeboten auch die Interessen von Studierenden in allen möglichen Gremien zu vertreten.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.
Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Intellektuelle Debatte statt universitärer Kannibalismus

BLOG

22 POSTINGS

THOMAS SCHMIDINGER

16. April 2013, 10:22

Plädoyer für Universitäten als offene Orte intellektuellen Austauschs mit uns als Teil der Gesellschaft



foto: istockphoto.com/trout55

Die Universitäten halten sich mit der "restlosen Einverleibung ihres Nachwuchses" am Leben, sagt Thomas Schmidinger.

Viele der zentralen Probleme der österreichischen Universitäten kamen in diesem Blog bereits zur Sprache. Für jene LektorInnen, die wie ich ein Patchworkeinkommen aus Semesterverträgen an Universitäten oder Fachhochschulen, aus Forschungsprojekten und diversen kleineren Honoren aus der Erwachsenenbildung oder von Zeitungsartikeln beziehen, ist vor allem der völlige Mangel an sozialer Absicherung und ein extrem aufwändig zu lukrierendes und zu verwaltendes niedriges Einkommen zum Hauptproblem geworden.

Prekär, aber unabhängig

So sehr dieses Patchworkeinkommen jedoch ein ökonomisches und soziales Problem darstellt, so sehr schätze ich meine Unabhängigkeit und die Möglichkeit, in verschiedenen Bereichen tätig sein zu können. Wenn ich meine eigene Situation mit jener gleichaltriger KollegInnen vergleiche, die zwar den seltenen Jackpot einer befristeten Vollzeitstellung an einer Universität gewonnen haben, dafür aber mit Verwaltungs- und Projektbürokratie, sowie inhaltlich oft wenig anspruchsvoller Basislehre zugeschüttet werden und so kaum mehr Zeit finden, ihre eigenen Forschungen durchzuführen, so bin ich oft schon wieder viel zufriedener mit meiner sozial prekären, dafür aber inhaltliche Freiheiten ermöglichenden Situation.

Viele der Jüngeren im System - ganz besonders in den Sozial- und Geisteswissenschaften - müssen dann erst recht ihre Publikationen in ihrer Freizeit verfassen, wollen sie trotz ihres Jobs an den Unis noch wissenschaftlich arbeiten.

Aussicht auf eine dauerhafte Stelle besteht für diese KollegInnen meist trotzdem nicht. So finden sich auf den Universitäten jede Menge Mitt-Dreißiger, die schlicht und einfach im Burnout landen oder knapp daran vorbeischrannen. Außer dem regelmäßigeren und höheren Gehalt bleibt damit wenig um das ich diese beneiden könnte.

Kannibalistische Universitäten

Dieses System kannibalistischer Universitäten, die sich mit der restlosen Einverleibung ihres Nachwuchses am Leben erhalten, hat aber nicht nur persönliche Folgen für die Betroffenen, sondern auch für die Wissenschaft, die an den Universitäten betrieben wird, bzw. die Kommunikation dieser Universitäten mit der Gesellschaft. Wer ständig nur mit Forschungs- und Lehrverwaltung be- bzw. überlastet wird, zugleich aber an



foto: privat

Schmidinger: "So sehr das Patchworkeinkommen ein ökonomisches und soziales Problem darstellt, so sehr schätze ich meine Unabhängigkeit und die Möglichkeit, in verschiedenen Bereichen tätig sein zu können."

scheinobjektiv gewerteten wissenschaftlichen Publikationen gemessen wird, kann es sich nicht leisten, aus dem akademischen Hamsterrad, das von Innen ja bekanntlich wie eine Karriereleiter aussieht, auszusteigen und auch einmal den Blick jenseits von Impact Factor und Shanghai-Ranking zu riskieren.

Mit anderen Worten, nach der Öffnung der Universitäten in den 1970er Jahren fördert das gegenwärtige Wissenschaftssystem wieder den Rückzug in den akademischen Elfenbeinturm und delegitimiert damit zugleich auch öffentliche Ausgaben für die Universitäten. Weshalb soll eine Gesellschaft schließlich ein weitgehend selbstreferenzielles System bezahlen, von dem sie - trotz einem Bekenntnis zu Transparenz - nichts sieht?

Wechselseitige Beziehungen ...

Dabei geht es nicht um die von bestimmten Kapitalfraktionen eingeforderte unmittelbare ökonomische Verwertbarkeit von Wissenschaft, sondern um die gesellschaftliche Verantwortung sowie Durchlässigkeit von Universitäten. Diesbezüglich könnten sich österreichische Universitäten durchaus ein wenig "amerikanisieren".

Entgegen ihres hierzulande insbesondere in der Linken oft schlechten Rufes, legen nämlich viele Universitäten in den USA viel Wert auf Outreach, also die Vermittlung akademischen Wissens und akademischer Debatten an die Gesellschaft jenseits des Uni-Campus. Dieser Outreach ist allerdings keineswegs eine Einbahnstraße.

An der University of Minnesota, einer guten und prestigeträchtigen staatlichen Universität, die allerdings nicht zur elitären so genannten Ivy League zählt, wäre es unvorstellbar, Migrationsforschung ohne den permanenten Austausch mit migrantischen Communities, 'American Indian Studies' ohne durchaus kontroverielle Debatten mit Native Americans aus den verschiedenen Native Nations zu führen oder 'Gender and Sexuality studies' zu betreiben ohne sich ständig mit den AktivistInnen von LGBT-Gruppen und feministischen Bewegungen auszutauschen.

Nachdem sich in Minnesota in letzten 15 Jahren die größten Flüchtlingscommunities aus Somalia niedergelassen hatten, setzten somalische Studierende die Möglichkeit durch, dort Somali zu studieren. Und die Kinder der nach dem Vietnamkrieg geflohenen Hmong, deren Eltern wegen ihrer Zusammenarbeit mit den USA fliehen mussten, können heute an der Universität ihre Sprache und Kultur studieren.

Was für ein Unterschied zu Österreich, wo man über 30 Jahre nach der Einwanderung zehntausender Kurdinnen und Kurden immer noch an keiner einzigen Universität kurdische Studien betreiben kann oder wo es trotz jahrhundertelanger Beziehungen zu Albanien und einer durch die Ermordung des österreichischen Begründers der Albanologie, Norbert Jokl, unterbrochenen Forschungstradition und zehntausenden albanischer MigrantInnen aus dem Kosovo, keine Möglichkeit gibt Albanologie zu studieren. Hätten wir Universitäten, die ähnlich rasch und offen auf gesellschaftliche Veränderungen

und Bedürfnisse reagieren würden, wie in den USA, dann hätten wir angesichts der Fluchtmigration der letzten fünfzehn Jahre mittlerweile sogar schon die Möglichkeit geschaffen Tschetschenische Sprache, Geschichte und Kultur zu studieren.

... zwischen Gesellschaft und Universität

Hierzulande hinken die Universitäten den gesellschaftlichen Veränderungen allerdings nicht nur um Jahrzehnte hinterher, sie erschweren durch überbordende Bürokratie, kurzfristige Anstellungen und mangelnde Perspektiven jüngerer MitarbeiterInnen auch genau diesen Outreach, der einerseits die Sinnhaftigkeit universitärer Forschung und Lehre sichtbar macht, andererseits aber auch solche gesellschaftliche Veränderungen und Bedürfnisse überhaupt erst in die Universitäten trägt.

Während in den USA Outreach als Teil der wissenschaftlichen Leistung von AkademikerInnen und Instituten einbezogen wird, wird man an österreichischen Universitäten vielfach sogar von KollegInnen belächelt, wenn man "sich dafür hergibt" so "unwissenschaftliches Zeug" wie Gastkommentare in Medien zu schreiben, an öffentlichen Debatten teilzunehmen, in der außeruniversitären Erwachsenenbildung tätig zu sein oder gar - der Höhepunkt des akademischen Verfalls - an Diskussionssendungen im Fernsehen teilzunehmen. Für die eigene akademische Karriere ist dies alles nicht nur nicht nützlich, sondern eher schädlich, weil man im österreichischen universitären System damit schnell als "unwissenschaftlich" gilt.

Selbstverständlich muss eine solche Kommunikation mit der Öffentlichkeit auf einem soliden wissenschaftlichen Fundament aufbauen. Es darf nicht darum gehen, die Universitäten mit Werbeschmähs attraktiver zu machen. Eine Universität mit gesellschaftlicher Verantwortung, die zu einem offenen Zentrum fundierter Debatten wird, ihre eigenen Forschungen transparent macht und in permanentem Austausch mit der Öffentlichkeit steht, wäre jedoch ein zukunftsfähiges Projekt.

Karrierehindernis: Erfahrung

WissenschaftlerInnen, die auch außerhalb der Universitäten tätig sind, die Erfahrungen aus Wissenschaft und Forschung in verschiedene gesellschaftliche Bereiche tragen und umgekehrt auch die Forschung mit Erfahrungen aus diesen Gebieten bereichern, haben an den derzeitigen Universitäten jedoch keine Chance. Nicht einmal die Qualität der Lehre spielt für die universitäre Karriere irgendeine Rolle.

Für Frauen, die sich entscheiden, Kinder zu bekommen, wird selbst dies oft schon zum entscheidenden Karriereknick. Stromlinienförmige gerade Karrieren, die sich mit Scheuklappen und viel Ellbogeneinsatz nach Oben gekämpft haben, sind die Basis für neue Professuren. Von solchen sozial oft völlig unfähigen Karrierewissenschaftlern ist eine ernst zu nehmende Kommunikation mit der Gesellschaft ebenso wenig zu erwarten, wie ein vernünftiger Austausch unter KollegInnen.

Arbeitshindernis: Kooperation

Um dem universellen Anspruch einer nicht zufällig als Universität benannten Institution gerecht zu werden, müsste

allerdings auch echte Interdisziplinarität innerhalb der Universitäten gelebt werden. Als Schlagwort bekennt sich zwar mittlerweile so ziemlich jede noch so kleine Forschungseinrichtung zu interdisziplinären Zugängen.

Erst wer einmal versucht hat zwei Studienprogrammleitungen der Universität Wien dazu zu bringen eine interdisziplinäre Lehrveranstaltung zuzulassen, bekommt eine Ahnung davon, wie wenig Realität hinter solchen Lippenbekenntnissen zu finden ist. Gerade in Zeiten der Austerität werden die eigenen disziplinären Schrebergärten doppelt bewacht, gilt es doch in direkter Konkurrenz zu anderen Instituten, Zentren und Studienrichtungen möglichst viel für die eigene Subeinheit zu retten.

Für Interdisziplinarität innerhalb der Universitäten bleibt damit genauso wenig Zeit und Geld wie für die Kommunikation und Debatte zwischen Universität und Gesellschaft. Genau diesen Prozess gilt es umzukehren um die Rolle der Universität als Ort einer offenen intellektuellen Debatte zurückzuerobern. Dazu müssen allerdings auch wir Nachwuchswissenschaftler wieder etwas mutiger werden. Wir haben nichts zu verlieren als unsere Kettenverträge und eine Welt zu gewinnen! (Thomas Schmidinger, [derStandard.at](http://derstandard.at), 16.4.2013)

Thomas Schmidinger ist Politikwissenschaftler und Sozial- und Kulturanthropologe. Er lehrt als Lektor an der Universität Wien und der Fachhochschule Vorarlberg, in unterschiedlichen Bereichen der Erwachsenenbildung tätig, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie, Mitglied des Betriebsrats der Universität Wien, Vorstandsmitglied der IG LektorInnen und der Hilfsorganisation LeEZA. 2010/2011 konnte er sich als Research Fellow an der University of Minnesota von den Vor- und Nachteilen des US-Wissenschaftsbetriebs überzeugen.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.
Alle Stellenangebote auf [derStandard.at/Karriere](http://derstandard.at/Karriere).

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

Studieneingangsphase: Sinnvolles Instrument oder Auslaufmodell?

BLOG

WOLFGANG WEIGEL

24. April 2013, 14:57

19 POSTINGS



foto: dap/pleul

Die Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP) führt für viele Studierwilligen zum Zeitverlust.

Studierwilligen wird durch die STEOP ein "Selbsttest" auferlegt. Das ist unbefriedigend

Die Entscheidung für ein bestimmtes Studium kann schwierig sein. An der Universität Wien, der größten in Österreich, gibt es beispielsweise an die 180 Möglichkeiten, die eigene Begabung zu entdecken, mehr aber noch erfordert es ein hohes Maß an Informationen, bei mehreren Neigungen und Begabungen eine möglichst gute Entscheidung zu treffen. Die jüngere Geschichte kennt entsprechende Versuche wie beispielsweise die Vorstellung von Studienrichtungen durch SprecherInnen der Fachinstitute in den Gymnasien. Gewiss, das war auch den Interessen bestimmter Studienrichtungen geschuldet - tempi passati? Wird die Informationsbeschaffung als Holschuld und nicht als Bringschuld verstanden, dann brauche es aber immer noch Einrichtungen, wohin sich Suchende wenden können.

Alternative Maßnahmen

Eine andere, oder auch "ergänzende", Philosophie ist die, es mit Versuch und Irrtum anzugehen, was sich am besten durch eine Prüfung bewerkstelligen lässt. So gelangt man zur Studieneingangs- und Orientierungsphase STEOP, wie sie in einer Novelle zum Universitätsgesetz 2002 vom Nationalrat beschlossen worden ist. Die Vorgehensweise im Detail wird dann von den Universitäten durch entsprechende Richtlinien umgesetzt. Und in diesen Richtlinien wird von Lehrveranstaltungen, Prüfungen und Wiederholungsmöglichkeiten gesprochen und auch vom Zeitverlust, den die wenig zügigen Orientierungssuchenden einrechnen müssen.

Es ist nicht von ungefähr, dass die praktizierte Vorgehensweise als Aufnahmeprüfung mit Verzögerungseffekt etikettiert worden ist (und zwar in der mildesten der kritischen Reaktionen). Zumindest so, wie es sich im Gesetz und den Richtlinien liest, wird Studierwilligen durch die STEOP letztlich ein "Selbsttest" auferlegt. Und das ist - gelinde gesagt - unbefriedigend.

Unbefriedigende Ergebnisse

Man kann natürlich die Defizite des "Selbsttests" durch entsprechende Begleitmaßnahmen entschärfen, funktional ergänzen und ausbauen. Das geschieht an den Universitäten beispielsweise dadurch, dass genaue Statistiken über Erfolge, Misserfolge, Zeitverzögerungen und wiederholte Versuche geführt und entsprechend ausgewertet werden. Noch besser ist es, bei besonders schwierigen Fällen ein Mentoring oder Coaching einzuführen, was zum Beispiel an der Universität Wien geschehen ist. Man beachte aber, dass dergleichen eine

(für sich besehen, wie schon gesagt, durchaus positive) Ergänzung darstellt, die letztlich erst "ex post" greift: Das heißt, es muss ein Problem aufgetreten sein, damit das Instrument zum Einsatz gelangen kann.

Um aber tatsächlich möglichst zügig im Auswahlprozess zu einer "richtigen" Entscheidung zu gelangen, ist wohl nur ein Gespräch mit einer Vertretung des betreffenden (angedachten) Studienfaches zielführend. In diesem Gespräch kann individuell festgestellt werden, ob "Angebot" (Studienrichtung) und "Nachfrage" (Interesse auf Grund bei sich selbst vermuteter Begabungen) übereinstimmen.

Ohne Zweifel muss dem eine Informationsmöglichkeit vorausgehen. Auch diese hatten wir fachspezifisch schon früher einmal im sogenannten "Einführungsblock". Und es ist auch unbestritten, dass zur Eignungsfeststellung Tests gehören. Auf diese Weise können über das Eingehen auf die Beantwortung der Testfragen etwaige Verständnisdefizite et cetera festgestellt werden, die der/dem Studierwilligen dann die notwendigen Entscheidungshilfen eröffnen. Zugegeben, das ist eine Frage der Kapazitäten und deren Kosten, die sich für derartige individualisierte Vorgehensweisen stellt.

Leere Kilometer?

Wenn man sich aber über das innewohnende Prinzip der STEOP grundsätzlich Gedanken macht, dann muss wohl auch festgehalten werden, dass die Anwendung auf alle Studien, für die es keine gesonderte Zugangsregelung gibt, einen erheblichen Aufwand mit sich bringt, denn es muss gelehrt, geprüft und auch heftig administriert werden. Der "Outcome" der Übung müsste (nach wirtschaftlichen Maßstäben) der sein, dass es später keine Studienwechsel und keine am mangelnden Fachverständnis liegenden Studienabbrüche mehr gibt (für den Bildungsbereich "versunkene" Kosten oder volkswirtschaftlich "leere Kilometer"). Außerdem sind Tests und Beratungsgespräche ja in erster Linie dort notwendig, wo sich die Begabung und die Entschlossenheit für eine bestimmte Richtung nicht frühzeitig herausgestellt haben. Aber die STEOP kann natürlich auch als ein Filter mit Gerechtigkeitsanspruch gelten, denn da muss jetzt jede(r) durch!

Unter Verweis auf die hier angestellten Erörterungen darf und muss jedoch gefragt werden, ob die gegenwärtige Lösung die effizienteste im Sinne der für die Gesellschaft bestgeeignete Lösung ist. Die billigste ist es keinesfalls. Das Fragezeichen am Ende dieses Satzes sei die allegorische Antwort! (Wolfgang Weigel, derStandard.at, 24.4.2013)

Wolfgang Weigel ist ao. Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien, Vorsitzender des Joseph von Sonnenfels Center für ökonomische Analyse des öffentlichen Rechts und Gründungsmitglied sowie Mitglied des Beirats der European Association of Law and Economics. Er ist Mitglied des Universitätslehrerverbands (ULV), Sekretär des ULV an der Universität Wien und Pressereferent im Vorstand des ULV sowie ehemals langjähriger Vorsitzender der Personalvertretung an der Universität Wien.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Recht haben und Recht bekommen, zwei unterschiedliche Welten

BLOG

11 POSTINGS

JOSEF OSWALD

30. April 2013, 15:53



foto: privat

"Es ist ein Gebot der Stunde, die Interessensvertretungen (wie z.B. ULV und GÖD) durch Mitgliedschaft zu stärken, auch wenn der unmittelbare persönliche Nutzen nicht immer gleich erkennbar ist."

Die Kluft zwischen "Recht haben" und "Recht bekommen" war im Universitätsbereich noch nie größer als jetzt

Mit der Überführung der Universitäten ins Privatrecht war auch ein Kulturwandel im Umgang mit den Rechten und Pflichten der UniversitätsmitarbeiterInnen verbunden. Die damit verknüpfte flexiblere Gestaltbarkeit der Arbeitsverhältnisse birgt Chancen und Risiken, da die Flexibilität zum Vorteil aller, aber natürlich auch zum Nachteil der MitarbeiterInnen ausgenützt werden kann. Es ist eine Frage der Machtverhältnisse, wer agiert und wer allenfalls nur reagieren kann, um zu seinem Recht zu kommen. Die Vorteile liegen da eindeutig auf Seiten der Universitätsleitung und daher braucht es den Kollektivvertrag (KV), um den "Spielraum nach unten" zu begrenzen.

Bedeutung des Kollektivvertrags

Der KV legt für die durch diesen geregelten Sachverhalte einen Mindeststandard fest, der für die MitarbeiterInnen nie schlechter, jedoch immer besser gestaltet werden darf und soll (= Günstigkeitsprinzip).

Auch wenn meist nur die jährlichen Gehaltsverhandlungen, auf die ich an dieser Stelle nicht eingehen möchte, nach außen wahrgenommen werden, so gibt es eine ganze Reihe von weiteren Regelungen, die auch in Richtung der Rechte unserer MitarbeiterInnen Verbesserungspotential haben. Der Kollektivvertragspartner aufseiten der UniversitätsmitarbeiterInnen ist die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), und auf Arbeitgeberseite ist es laut UG2002 der Dachverband der Universitäten, in den mehrheitlich Vizerektoren entsandt wurden - nicht zu verwechseln mit der Universitätenkonferenz (vormals Rektorenkonferenz), die ein privatrechtlicher Zusammenschluss der Rektoren ist, die aber naturgemäß dem Dachverband die Verhandlungslinie vorgibt.

Was hat die GÖD mit einer privatrechtlich geführten Universität zu tun?

Es mag für Otto Normalverbraucher zunächst unverständlich erscheinen, dass die GÖD, die missverständlich oft als "Beamten-gewerkschaft" bezeichnet wird, mit den Universitäten überhaupt noch etwas zu tun hat, wo es doch immer weniger Beamte und immer mehr Privatangestellte gibt. Allerdings haben die Universitäten einen öffentlichen Auftrag. Die beiden Universitätsgewerkschaften für das allgemeine Personal, der Bundesvertretung 16, und für das wissenschaftliche und künstlerische Personal, der Bundesvertretung 13, sind zwar als Teilgewerkschaften in die GÖD eingebettet, aber sie sind keine Gewerkschaften für Beamte, sondern vertreten hauptsächlich

die privatrechtlich angestellten UniversitätsmitarbeiterInnen. Auch gibt es keine Koppelung mit den Gehaltsabschlüssen der Beamten.

In der BV 13 ist der ULV als einzige parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung vertreten und bestimmt somit die Themen der Kollektivvertragsverhandlungen entscheidend mit. Der ULV ist außerdem die einzige bundesweite Vereinigung von Wissenschaftlern und Künstlerinnen, die die Interessen aller Mitglieder im wissenschaftlichen und künstlerischen Personal ortsnah, das heißt an ihrer Universität vertritt.

"Unerprobter" Kollektivvertrag

Ein ganz wichtiger Umstand ist die Tatsache, dass der KV noch ziemlich neu und im Grunde auch unerprobt ist. Unerprobt heißt in diesem Zusammenhang, dass die meisten KV-Regelungen, die speziell für den Universitätsbetrieb geschaffen werden mussten, in Streitfällen noch keiner Judikatur unterzogen worden sind. Das bedeutet, dass im Streitfall gegenüber der Universitätsleitung zur Durchsetzung der Rechte nicht auf bestehende Judikatur verwiesen werden kann. Selbst wenn sich die KV-Verhandler über eine bestimmte Regelung einig waren, aber der KV vom Arbeitsgeber falsch interpretiert wird, muss in letzter Konsequenz ein Gericht entscheiden, wie der KV tatsächlich auszulegen ist, das heißt, es müssen die ArbeitnehmerInnen die Arbeitgeberin Universität klagen. Das hängt mit den speziellen Interpretationsregeln für Gesetze zusammen.

Es zählt letztlich also nicht, was die Verhandler gemeint hatten, sondern was aus dem KV-Text herauszulesen ist. Folgt das Gerichtsurteil der Absicht der Verhandler nicht, so muss der KV dahingehend umformuliert werden, was allerdings einer Nachverhandlung bedarf. Diesbezüglich wird noch einiges auf das Verhandlungsteam zukommen, da vieles im KV bisher noch nicht schlagend geworden ist.

Schaffung von Rechtssicherheit

Zu vielen Regelungen im KV muss eigentlich erst Rechtssicherheit geschaffen werden und zwar dahingehend, inwieweit die Regelungen im Sinne der Verhandler auch einer gerichtlichen Behandlung der Auslegung standhalten. Dies kann nur geschehen, indem Streitfragen vor Gericht geklärt werden. Man muss daher dringend davon abkommen, Kläger als grundsätzlich böse und ein Gerichtsverfahren als etwas grundsätzlich Negatives anzusehen. Vielmehr sind Gerichtsverfahren das einzige Mittel, zu wichtigen Sachverhalten Rechtssicherheit herzustellen, an der beide "Streitparteien" gleichermaßen Interesse haben müssten. Allerdings muss man ernüchternd feststellen, dass im Falle einer (womöglich vorgeschobenen) Rechtsunsicherheit immer die Universitätsleitung am längeren Ast sitzt, da sie die Maßnahmen setzt und den MitarbeiterInnen nur das Reagieren bleibt. Die Schaffung von Rechtssicherheit ist daher meist weniger im Interesse der Arbeitgeberin Universität beziehungsweise ihrer Leitung, sondern meist nur im Interesse der betroffenen ArbeitnehmerInnen.

Die GÖD nimmt daher einiges an Geld in die Hand, um bei Streitigkeiten mittels Rechtsschutz den einzelnen betroffenen Mitgliedern das Kostenrisiko abzunehmen und damit gleichzeitig auch die fehlende Judikatur bei der Auslegung des KV und des UG2002 zu schaffen.

Der Nutzen für die Einzelnen ist zwar oft nicht so direkt erkennbar, aber im Grunde profitiert jede/r davon, wenn die GÖD, wie auch jede andere Interessenvertretung, ein Gerichtsverfahren finanziert, unabhängig davon, ob er/sie selber von diesem Streitfall betroffen ist oder nicht. Dies ist dadurch gegeben, dass im Anlassfall zu einem strittigen Sachverhalt durch ein Gerichtsverfahren Judikatur geschaffen wird, auf die in der Folge die Betriebsräte und die Anwälte in ihren Standpunkten verweisen können. Jedes Gerichtsverfahren zur Lösung von Streitfällen hilft, ähnlich gelagerte Fälle für die eigene Person zu vermeiden - meist ohne dass man als ArbeitnehmerIn selbst etwas davon merkt. Ohne derartige zitierbare Judikatur geht die beste Argumentation ins Leere, und die "Gegenseite" kann sich auf eine unklare Rechtssituation berufen. Gewissermaßen sitzen wir in dieser Hinsicht alle im selben Boot, auch wenn nicht alle persönlich zum Ruder greifen müssen.

Wählen gehen

Es ist daher ein Gebot der Stunde, die Interessenvertretungen (wie zum Beispiel ULV und GÖD) durch Mitgliedschaft zu stärken, auch wenn der unmittelbare persönliche Nutzen nicht immer gleich erkennbar ist - er ist auf alle Fälle gegeben, genauso wie umgekehrt die Nachteile einer geschwächten Interessenvertretung jede/n Einzelne/n mit Sicherheit ebenfalls einholen würden. Die Gewerkschaft wird durch ihre Mitglieder bestimmt, das heißt, die Mitglieder sind die Gewerkschaft, und je höher der Organisationsgrad dieser an den Universitäten ist, desto durchschlagskräftiger ist diese, insbesondere bei Gehaltsverhandlungen. Genauso wichtig ist Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts, sprich die Teilnahme an Wahlen zum Beispiel zum Betriebsrat oder zum Senat und anderen Interessenvertretungen. (Josef Oswald, [derStandard.at](http://derstandard.at), 30.4.2013)

Josef Oswald ist ao. Universitätsprofessor für Physik und stv. Vorstand des Physik Instituts an der Montanuniversität Leoben. Er forscht über tiefe Störstellen in Halbleitern und quantisierten elektrischen Stromtransport in niedrig dimensionalen elektronischen Strukturen und absolvierte Forschungsaufenthalte an der Brown, MIT, Grenoble und Chiba (Japan). Er ist stv. Vorsitzender der Bundesvertretung 13 in der GÖD, Mitglied des Kollektivvertragsverhandlungsteams und Mitglied des Präsidiums des nationalen Dachverbandes des ULV.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf [derStandard.at/Karriere](http://derstandard.at/Karriere).

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10



ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Leere Worthülsen universitärer Unternehmenskultur?

BLOG

6 POSTINGS

ELISABETH GOLDARBEITER-
LISKAR

8. Mai 2013, 00:01

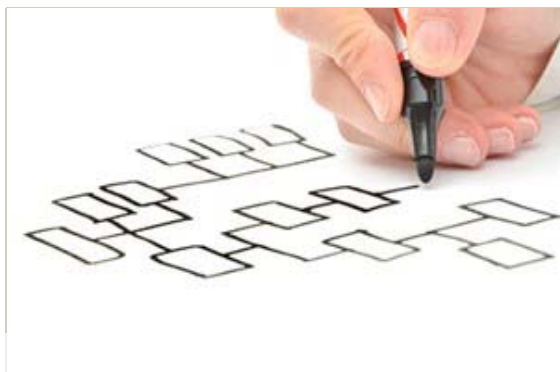


foto: istockphoto.com/-mg-
Elisabeth Goldarbeiter-Liskar stößt sich am
hierarchischen Aufbau der österreichischen
Universitäten.



foto: privat
"Hierarchischere Strukturen als an österreichischen
Universitäten gibt es vermutlich nur in der katholischen
Kirche."

Zur Dehnbarkeit der Auslegung berechtigter Forderungen von MitarbeiterInnen an österreichischen Universitäten

Gäbe es ein "Ranking" positiv konnotierter Begriffe in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, so wären solche wie Information, Kommunikation, Partizipation und Transparenz zweifellos unter den Top 10: Information als Mitteilung von relevantem Wissen; Kommunikation als nachhaltiger sozialer Austausch der genannten Informationen; Partizipation als Mitwirkung und Beteiligung an Entscheidungsprozessen und am Erfolg; schließlich Transparenz im Sinne von Durchschaubarkeit und Offenlegung der (Entscheidungs-)Prozesse - wer würde schon gern in den Geruch der Intransparenz kommen, das hat etwas von "im Trüben Fischen", damit lassen sich von der solcherart tückisch gefangenen Forelle in Schuberts Lied bis zu moderner Administration keine Sympathien gewinnen.

Das wissen auch Universitätsleitungen und preisen die Umsetzung dieser Ziele vollmundig. Gibt man diese Suchbegriffe etwa auf der Homepage der Universität Wien ein, erhält man Treffer vom Betriebsrat des allgemeinen Personals (Kommunikation und Transparenz als Arbeitsprogramm) über die Studienpräses (Transparenz durch Verordnungen und Richtlinien) bis zum Rektorat (Partizipation und gleich 3 Treffer zu Information!). Die Universitätsleitung betont die Verbesserung des Organisationsplans hinsichtlich "Information und Partizipation durch Ausweitung der Informations- und Stellungnahmerechte der Fakultätskonferenzen und Regelungen für Informationsfluss und Interaktion zwischen Fakultäten und Subeinheiten" (für nicht Eingeweihte: Subeinheiten sind die Institute).

Alles gut in der besten aller Welten?

Sieht man von der redundanten Verwendung des Begriffes "Information" einmal ab, ist anzuerkennen, dass einzelne Universitäten tatsächlich Anstrengungen unternehmen, Kollegialorgane aufzuwerten: Fakultäts- und Studienkonferenzen haben nicht mehr nur Beratungs-, sondern auch Stellungnahmerecht, Fakultätsleitungen und Studienprogrammleitungen Berichts- und Begründungspflicht. Diese Verankerung von Informationspflicht ist zweifellos ein Fortschritt und kommt den immer wieder geäußerten diesbezüglichen Forderungen der MitarbeiterInnen nach. Darin bereits Partizipation verwirklicht zu sehen, ist aus Sicht des Großteils der nach wie vor von wirklicher Mitbestimmung ausgeschlossenen Universitätsangehörigen freilich schlicht ein Euphemismus.

Eine Frage der Auslegung

Oder liegt es nur an der semantischen Unbestimmtheit der Begriffe? Partizipation ist im Wortsinn Teilnahme, man kann daher die Einbindung von Universitätsmitgliedern in irgendeiner Form, etwa durch das Recht der Stellungnahme, bereits als solche titulieren. So wird denn auch Partizipation aus Sicht der Leitung gesehen. Demgegenüber steht die Vorstellung von Partizipation, wie sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstehen und wie der aktuelle gesellschaftliche Begriff auch verstanden wird: als Beteiligung am Entscheidungsprozess im Sinne eines aktiven Beitrages. Und hier sind alle Mitglieder der Universität einzubeziehen, auch jene, die in den vorher genannten Gremien nicht vertreten sind, die aber einen eminent wichtigen Beitrag für Universitäten leisten, z.B. die externen Lehrenden.

Auch die viel strapazierten Begriffe Information und Kommunikation bieten einiges an Interpretationsspielraum oder sagen wir: sie sind anfällig für Missverständnisse. So ist die Benachrichtigung über bereits getroffene Entscheidungen zweifellos eine Information. Sie hat aber auch etwas von einem Gnadenakt. Bedauerlicherweise erfolgt Information in vielen Universitätsbereichen immer noch ex post, so sie überhaupt erfolgt. Information könnte und sollte auch als Nachricht vorab begriffen werden und als solche wird sie von den Vertretungen der Universitätsangehörigen stets eingefordert. Andernfalls kann es nicht zum Austausch, d.h. zum "gegenseitigen Geben und Nehmen von Informationen" kommen, letzteres ist bekanntlich die Definition von Kommunikation. Eine Entscheidung zu kommunizieren oder einseitige Kommunikation ist daher ein Widerspruch in sich. Der korrekte Begriff dafür heißt Verlautbarung!

Kommunikation innerhalb der Pyramide

Damit nähern wir uns dem Kernproblem: dem durch das UG 2002 festgelegten, rigiden hierarchischen Aufbau der österreichischen Universitäten, der demokratische Meinungs- und Entscheidungsprozesse selbst bei gutem Willen einschränkt. Es ist unbestritten, dass es in großen Organisationen, wie Universitäten es nun einmal sind, verantwortliche Handlungsträger geben muss. Aber hierarchischere Strukturen als an österreichischen Universitäten gibt es vermutlich nur in der katholischen Kirche, die ebenfalls pyramidal strukturiert ist: Papst, Bischöfe, Priester, Diakone, alle, die zum Dienst der Kirche berufen sind und das ganze Volk der Erlösten - in Analogie dazu Rektor, Dekan/innen, Institutsvorstände (?), Studienprogrammleitungen (?), alle Mitarbeiter/innen (?) und das ganze Volk der Studierenden (?).

Nun mag der Vergleich ein wenig hinken, aber es ist doch auffällig, dass beide Institutionen bei ähnlichen Strukturen ähnliche Probleme mit der internen Kommunikation haben. Wie kann also das oben angesprochene gegenseitige "Geben und Nehmen von Informationen", sprich "Kommunikation" verbessert werden? Naheliegend wäre natürlich, die Strukturen zu ändern, aber dafür fehlt der Wille. Kurzfristig kann es daher nur um Verbesserungen innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen gehen.

Lösungsansätze

In Diskussionen und Medien könnte man den argumentativen Hebel dahingehend ansetzen zu fordern, dass Universitäten, wenn sie sich denn schon an ökonomischen Organisationsformen orientieren müssen oder sollen, das an den erfolgreichen Beispielen tun. Und das sind Unternehmen, in denen auf Selbstverantwortung und Eigeninitiative der MitarbeiterInnen Wert gelegt wird, in denen ein kooperatives Miteinander herrscht, weil das Know-How aller wertvoll ist.

Innerhalb der Universitäten wäre es wichtig, auf allen Ebenen, in allen Gremien, in allen Vertretungen und in allen Kommissionen immer wieder darauf zu drängen, dass die Kommunikation in beide Richtungen gehen muss, weil ohne Dialog viel kreatives Potential ungenützt bleibt. Dabei müssen besonders jene, die das Privileg haben, sich nicht auf Schleudersitzen oder in Abhängigkeiten zu befinden, ihre Stimme erheben und sich für Diskussionen und Abstimmungen einsetzen. Das heißt auch, die minimalen, bereits bestehenden Rechte aktiv zu nützen, also sich in den Studien- und Fakultätskonferenzen stärker zu artikulieren, Stellungnahmen abzugeben, als Institut auf Informationsfluss seitens der Fakultätsleitung zu insistieren usw. Teilweise wird das ja schon umgesetzt, aber es sollte vom Einzelfall, der vom Goodwill der Beteiligten getragen ist, allmählich zur gängigen Praxis werden.

Man muss nicht mit allen Anliegen der zur ÖH-Wahl antretenden Uni-PiratInnen sympathisieren, aber den Ruf nach Mitbestimmung und demokratischem Bewusstsein werden wohl die meisten UniversitätsmitarbeiterInnen unterschreiben. An Universitäten bietet sich bei Wahlen zum Senat, dem höchsten demokratischen und einzig demokratisch gewählten Organ, eine Möglichkeit dazu. (Elisabeth Goldarbeiter-Liskar, [derStandard.at](http://derstandard.at), 8.5.2013)

Elisabeth Goldarbeiter-Liskar ist Kunsthistorikerin mit Forschungsschwerpunkten in der österreichischen Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts und im deutschen Realismus des 19. Jahrhunderts sowie Studienprogrammleiterin für Kunstgeschichte und europäische Ethnologie (Volkskunde) an der Universität Wien. Sie ist Vorstandsmitglied des ULV an der Universität Wien und Kandidatin für die Senatswahl.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf [derStandard.at/Karriere](http://derstandard.at/Karriere).

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Führung - Mitbestimmung - Verantwortung: Wohin steuern die Universitäten?

13. Mai 2013, 14:56

6 POSTINGS

Diskussion des UniversitätslehrerInnenverbands am Mittwoch an der Uni Wien

Seit Herbst 2012 erscheinen im Blog "Uni 2020" wöchentlich Beiträge des UniversitätslehrerInnenverbands zur Zukunft der Universitäten. Am Mittwoch, 15. Mai, wird die Debatte im "Real Life" weitergeführt.

Der UniversitätslehrerInnenverband lädt zum ULV-Talk "Uni 2020". Thema der Veranstaltung: Führung - Mitbestimmung - Verantwortung: Wohin steuern die Universitäten?

Es diskutieren:

- Christian Albert (Senat, Uni Wien)
- Katharina Cortolezis-Schlager (ÖVP)
- Helmut Fuchs (Senat, Uni Wien)
- Martin Graf (FPÖ)
- Kurt Grünwald (Grüne)
- Florian Lerchbammer (Aktionsgemeinschaft)
- Rotraud A. Perner
- Michaela Schaffhauser-Linzatti (ULV)

Wann: Mittwoch, 15. Mai, 16 bis 18 Uhr

Wo: Universität Wien, Elise-Richter-Saal, Universitätsring 1,
1010 Wien

Link

Blog "Uni 2020"

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni
Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10
ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

.

Mobbing ist Ressourcenvernichtung an Universitäten

BLOG

28 POSTINGS

ROTRAUD A. PERNER

14. Mai 2013, 13:13

Mobbing ist nicht nur unkollegial und der akademischen Spielregeln unwürdig - sie stellen auch eine Ressourcenvernichtung dar



foto: privat

50.000 Euro an Kosten fallen während eines trivialen Mobbingsverlaufs an, sagt Rotraud A. Perner.



foto: istockphoto.com/aluxum

"Mobbing tarnt sich hinter vielen Masken."

Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen, stellte Ludwig Wittgenstein im letzten Satz seines Tractatus logico-philosophicus fest, und manche meinen, das war vor allem ein Postulat - oder auch eine Kapitulationserklärung - an sich selbst.

Die Alternative könnte ja darin bestehen, sich um Worte zu bemühen - denn manchmal fehlt nur ein klarer Begriff dessen, wovon man nicht zu sprechen wagt. Von Mobbing beispielsweise.

Früher sagte man in vorwissenschaftlicher Sprache, jemand sei einem aufsässig, wollte einen wegdrängen - und wenn man diese Erfahrung wiederholt zu machen glaubte und sich dagegen wehren wollte, bekam man oft die Laien-Diagnose Paranoia querulans verpasst. Dies ist meine Erfahrung aus über vierzig Jahren Supervision und Coaching von Personen, die sich in Arbeitsfeldern mit hohem Konkurrenzdruck behaupten müssen; darunter befanden sich überproportional viele Universitätslehrende.

Das Phänomen Mobbing

1993 war es, als der Stockholmer Universitätsprofessor Heinz Leymann aufzeigte, dass durch die Definition des für die Allgemeinheit neuen Begriffs "Mobbing" Täter und Zuschauer ihre gewohnte Machtstrategie verloren, sich das alleinige Recht zur Deutung einer Situation vorzubehalten: dass es nämlich das Verhalten des Opfers gewesen wäre, das dessen missliche Lage heraufbeschwören hätte. Durch seine arbeitspsychologischen Forschungen konnte objektiv erkennbar nachgewiesen werden, dass und wie ein Mobbingprozess abläuft (Leymann 1993: 14).

Leymann definierte Mobbing als negative kommunikative Handlungen (von einer oder mehreren anderen), die gegen eine Person gerichtet sind, oft und über einen längeren Zeitraum hinaus vorkommen und damit die Beziehung zwischen Täter und Opfer kennzeichnen. Er präziserte: mindestens einmal pro Woche über einen längeren Zeitraum, z.B. ein halbes Jahr, und er differenzierte in Angriffe

- auf die Möglichkeit, sich mitzuteilen
- auf die sozialen Beziehungen,
- auf das soziale Ansehen

d. auf die Qualität der Berufs- und Lebenssituation

e. auf die Gesundheit (Leymann 1993: 21 f.).

Nach meiner Erfahrung beginnen die meisten Mobbingopfer bereits nach zwei bis drei Monaten zu somatisieren: körperliche Angstzustände, Schlafstörungen, Verdauungsprobleme, Haut- und Gelenkerkrankungen sind "nur" die häufigsten Symptome. Manche verlieren den gesamten Lebenswillen.

Schwache Nerven und kein "Leistungsträger"

Mobbing entspricht der Gewaltdefinition des norwegischen Friedensforschers und Trägers des Alternativen Nobelpreises, Johan Galtung: Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potenzielle (Posern 1992: 37). Was geschädigt wird, ist das Immunsystem. Das kann man über die Abnahme und Analyse von Blut nachweisen. Aufwändiger ist der Nachweis von Stresshormonen in Schweiß und Tränen. Länger andauernde psychosomatische Reaktionen werden aber leider oft als zusätzliche Waffe gegen die derart psychisch Attackierten verwendet: er oder sie habe eben schwache Nerven (Neurasthenie hieß das früher) und sei daher kein "Leistungsträger".

Mobbing tarnt sich hinter vielen Masken: "passive" Strategien bestehen beispielsweise in Schweigeblockaden, d.h. der Verweigerung von sozialer Einbindung, Steigerungsstufe Zurückhalten von berufswichtigen Informationen, nächste Steigerung: Verstecken und Zerstören von unverzichtbaren Arbeitsbehelfen. Mobbing im universitären Bereich kann aber auch im Verbot, Fachtagungen zu besuchen, zu referieren, zu publizieren, zu operieren etc. bestehen (alles Fälle aus meiner Praxis wie auch die folgenden). Die aktiven Formen umfassen Verweigerung von Unterschriften bei Einreichungen, Gegeninterventionen, ungerechte Negativbeurteilungen, üble Nachrede bis Verleumdungen und das "akademische Erstrachtsrecht": wenn die übergeordnete Person die Namensnennung von MitarbeiterInnen in Publikationen "vergisst" – weil es Fürsten ohnedies als selbstverständlich ansehen ist, dass man ihnen ehrenamtlich zu "dienen" hat, oder akquirierte Drittmittel sich selbst zurechnet und Proteste als Selbstdisqualifikation durch Nichteinhaltung der "Spielregeln" umdeutet.

All dies zehrt an der Selbstachtung, kostet Lebenskraft (die man dann für die tagtäglichen Selbstheilungsbemühungen benötigt) oder Finanzkraft (wenn man professionellen juristischen oder psychotherapeutischen Beistand wählt).

Aus salutologischer Sicht ist zu raten, sich aus dem Feindesfeld zurück zu ziehen – aber genau das ist es ja, was die Mobber wollen: diejenigen, die "anders" sind – tatsächlicher aber meist schlicht begabter, innovativer, erfolgreicher – zu beseitigen. Und das, wo sich langsam herumzusprechen beginnt, dass Diversity in der zunehmenden Notwendigkeit multikulturelle Kooperation einen Wettbewerbsvorteil schafft (und das nicht nur was wertschätzende und damit motivierende und salutogene Kommunikation betrifft).

Ressourcenvernichtung

Mobbingmethoden sind nicht nur unkollegial und der akademischen Spielregeln unwürdig – sie stellen auch eine Ressourcenvernichtung dar. Denn: was der Arbeitgeberin Universität möglicherweise an Leistung der gemobbten Person entgeht (denn meist strengen sich diese zumindest die erste Zeit besonders an, bevor sie sich erschöpfen), ist nur ein Minimum im Vergleich zu der Zeit und Energie, die die Mobber aufs Mobben verwenden.

Die Bezifferung der Kosten eines trivialen Mobbingsverlaufs samt Nachfolgeaufwendungen z.B. für Entschädigungszahlungen, Personalsuche, Einschulung etc. differiert; üblicherweise rechnet man für eine durchschnittlich qualifizierte Person mit ca. 50.000 Euro; je höher qualifiziert, je einzigartiger das Berufsprofil der Person ist, desto höher entwickeln sich diese Kosten – und dabei bleibt noch die Minderleistung der Mobbenden unberücksichtigt – und der entgangene Gewinn für das Arbeitgeber-System und den Staat obendrein.

Prävention und Intervention

Beratungsstellen für Mobbingsopfer sind nur bedingt wirksam: sie helfen zwar meist, unhöfliches Benehmen oder Stressverhalten von Mobbing im juristischen Sinn unterscheiden zu lernen, schicken aber leider nur zu oft Mobbingsopfer stellvertretend für eigene abgewehrte Widerstandsimpulse "in den Krieg" – nämlich gegen übermächtige Vorgesetzte. Und: sie haben keine Öffentlichwirksamkeit.

Grundsätzlich wird Mobbingprophylaxe als Chefsache angesehen (obwohl es auch Staffing – Mobbing von unten nach oben – gibt!). Es gehörte also zur Vorbereitung auf Führungsaufgaben, genaue Kenntnis über Mobbinganzeichen zugleich mit den primär sozialen Kompetenzen von Techniken sprachlicher Konfliktbereinigung zu erwerben. Juristische Problemlösungen ermöglichen keine psychosozialen Lernprozesse – für alle Beteiligten (auch wenn das oft noch geglaubt wird).

Benennung der objektiven Wahrheit

Meiner Erfahrung nach hilft aber oft schon die klare Benennung der objektiven Wahrheit: man beschreibt exakt die – nachweislichen, daher dokumentierten – Geschehnisse bevor sie sich ausweiten und zeigt auf, dass diese der juristischen Definition von Mobbing entsprechen.

Gegen Gewalt hilft nur Öffentlichkeit – interne wie externe. Deswegen ist eine breit, daher interdisziplinär, zugänglich angelegte Sitzungskultur unverzichtbar, in der Bericht abgelegt und auf Fehlentwicklungen hingewiesen werden kann, begleitet von einem regelmäßigen Monitoring durch unabhängige und geschlechterparitätisch besetzte Kontrollpersonen. Denn noch immer trifft es besonders Frauen, wenn sich diese, aus welchen Gründen auch immer, nicht so kooperativ zeigen, wie es manche Vorgesetzte, aus welchen Motiven auch immer, erwarten. (Rotraud A. Perner, [derStandard.at](http://derstandard.at), 14.5.2013)

Rotraud A. Perner ist Juristin, Psychotherapeutin/PA und zertifizierte Erwachsenenbildnerin (PH Wien) und leitet das Institut für Stressprophylaxe & Salutogenese (ISS) und die Akademie für Salutogenese & Mesoziation (ASM). Bis zu ihrem Pensionsantritt 2009 war sie Universitätsprofessorin für Prävention und Gesundheitskommunikation an der Donau-Universität Krems. Sie ist die Autorin u.a. von "Was wirklich stresst", aaptos 2005; "Die Überwindung der Ich-Sucht. Sozialkompetenz und Salutogenese", Studienverlag 2009; und zuletzt "Wort auf Rezept", Taschenbuchausgabe EDITION RÖSNER 2012; und "Der erschöpfte Mensch", Residenzverlag 2012.

<http://www.perner.info>

Literaturverweise:

Leymann Heinz, Mobbing, Rowohlt, Reinbek 1993.

Posern Thomas, Strukturelle Gewalt als Paradigma sozialetisch-theologischer Theoriebildung. Peter Lang, Frankfurt/ M., 1992.

Veranstaltungshinweis:

Führung - Mitbestimmung - Verantwortung: Wohin steuern die Universitäten?

Diskussion des UniversitätslehrerInnenverbands am Mittwoch an der Uni Wien.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

"Von Mitbestimmung noch weit entfernt"

16. Mai 2013, 14:23

16 POSTINGS

Wie kann der Senat die Universitäten mitgestalten? Eine Diskussion anlässlich der Senatswahl

Am 16. Mai ist nicht nur der letzte Tag der Wahl der Österreichischen HochschulInnenenschaft, auch die rund 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität Wien sind aufgerufen, zu den Wahlurnen zu schreiten. Alle drei Jahre findet die Wahl des Senats statt.

Der Senat ist das letzte demokratisch gewählte Gremium an den Universitäten. In der Vergangenheit gab es oft Kritik an seiner Zusammensetzung. Professoren sind stärker vertreten, als etwa Uni-MitarbeiterInnen oder StudentInnen. Der Senat ist neben dem Uni-Rat und dem Rektorat eines der drei Steuerungsorgane einer Universität. Seit dem Inkrafttreten des Universitätsgesetzes 2002 ist er in seiner Handhabe jedoch entmachtet.

Wohin steuern die Universitäten?

Was leistet der Senat überhaupt? Wie muss er reformiert werden? Wie kann er in die Gestaltung der Universität eingreifen? Diese Fragen wurden bei einer Podiumsdiskussion am Mittwoch an der Universität Wien erörtert. Der Archäologe Friedrich Schipper vom UniversitätslehrerInnenverband - Schipper koordiniert auch den Blog "Uni 2020" auf derStandard.at - brachte Wissenschaftssprecher von ÖVP, Grünen und FPÖ, sowie Uni-MitarbeiterInnen und Senatsmitglieder an einen Tisch, um über die vergangenen Jahre Bilanz zu ziehen.

"Gesetzgeber ist sich nicht im Klaren"

Helmut Fuchs, langjähriger Senatsvorsitzender an der Universität Wien, stellte zunächst das "allgemeine Dilemma" der Universitätspolitik fest: "Der Gesetzgeber ist sich nicht im Klaren, was die Universitäten leisten sollen." Einerseits sollen sie Eliteeinrichtungen wie Harvard sein, andererseits gibt es keine Kapazitätsregelungen, kritisierte er.

Fuchs, der mit Ende der Funktionsperiode aus dem Amt ausscheidet, ist der Meinung, dass der Senat als eines der drei Leitungsorgane jedenfalls mehr Einfluss hat, als es formal der Fall ist, trage er doch wesentlich zur "Innensteuerung" einer Uni bei. Hauptaufgabe ist die Erstellung der Curricula. "Der Senat kann sehr viel mehr tun, als im Gesetz steht", ist Fuchs überzeugt. Und er ergänzt: "Das Vertrauen sollte den gewählten Senatsmitgliedern jedoch entgegen gebracht werden."

"Modernster Weg"

ÖVP-Wissenschaftssprecherin Katharina Cortolezis-Schlager verteidigte das Universitätsgesetz 2002. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern gehe Österreich damit den

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Die rund 10.000 Mitarbeiter der Uni Wien sind aufgerufen, die Senatsmitglieder zu wählen.

"modernsten Weg". Sie sieht beim Senat noch Entwicklungspotenzial, etwa was die Implementierung des Bologna-Systems betrifft: "Die Umsetzung könnte besser sein."

Kurt Grünewald, Wissenschaftssprecher der Grünen, bezeichnete den Senat als jenes Organ, das zwar als einziges demokratisch gewählt sei, aber auch die wenigsten Kompetenzen habe. Er sagte, dass die Uni ein Ort der Auseinandersetzung sein müsse und appellierte für mehr Teamorientiertheit, da sich Wissenschaftler und Studierende in einer kollegialen Umgebung wohler fühlten. "Wir müssen das hierarchische Modell abbauen."

Auch FPÖ-Vertreter Martin Graf kritisierte den Senat für die Umsetzung des Bologna-Prozesses. "Hier hat der Senat in einer wichtigen Funktion versagt, da hätte ich mir mehr erwartet." Man habe viel zu wenig Widerstand geleistet, etwa daran, dass der Bachelor in vielen Berufssparten lange Zeit nicht anerkannt war.

"Höre sehr viel Kritik"

Psychologin Rotraud Perner sprach über ihre Coaching-Erfahrung an der Universität. "Ich arbeite mit vielen Lehrkräften. Was das Thema Führung und Mitbestimmung anbelangt, höre ich sehr viel Kritik." Sie ist der Meinung, Missstände müssen in der Öffentlichkeit diskutiert werden und brachte ein ansehnliches Beispiel: "Nur weil ein Schiedsrichter auch Linienrichter hat, gibt es noch lange keine Mitbestimmung am Fußballplatz." Auch an den Universitäten sei man von Mitbestimmung noch weit entfernt.

Welches Ergebnis die Senatswahl bringen wird, wird sich in den kommenden Tagen zeigen. Die bei der ÖH-Wahl oftmals in Kritik geratene niedrige Wahlbeteiligung, trifft übrigens auch die Senatswahl zu. Bei der letzten Senatswahl war die Beteiligung knapp unter 20 Prozent. (rwh, derStandard.at, 16.5.2013)



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

Exzellentiokratie und Unbildung

BLOG

GERT BACHMANN

22. Mai 2013, 14:17

34 POSTINGS



foto: istockphoto.com/schulte productions

Höher, weiter, schneller. In den künftigen Exzellentiokratien konsumieren Kurzeitexzellente knapp vor dem kollektiven Burnout so genannte exzellente Produkte und Dienstleistungen.



foto: privat

Gert Bachmann ist Assistenzprofessor am Zentrum für Ökologie der Fakultät für Lebenswissenschaften der Universität Wien.

Aus unserer Gesellschaft verschwinden humanistisch-demokratische Gruppierungen - Wir bewegen uns in Richtung einer Exzellentiokratie, die ihre Rechtfertigung aus manipulativen Ratingagenturen bezieht

Unsere Kultur kannte bereits diverse tabuisierte und instrumentalisierte Dogmata, welche tunlichst verschwommen definiert blieben und dennoch mit dem Präfix "für" als Rechtfertigung jeglicher autoritärer Handlung der Proponenten dienten: Die höhere Ehre Gottes, Kaiser, Gott und Vaterland, Das deutsche Volk, Der Fortschritt. Und hier reiht sich nahtlos an: die Exzellenz.

Alles dreht sich zur Zeit um den nicht ausgesprochenen, aber tatsächlich erhobenen Herrschaftsanspruch der selbsternannten oder von Strickleitersystemen beglaubigten Exzellenten über das metrisch weniger ausgewiesene, sozusagen unexzellente Minderleistungsproletariat, welches sich nach dem Willen der Exzellencia tunlichst von Wirtschaftspolitik, Staatslenkung und natürlich auch der Universität fernhalte, dort zumindest ruhig verhalte oder die Universität gar nicht erst betrete, zumindest schnell wieder verlasse.

Exzellenzhürde am Beginn des Studiums

Letzteres war bisher schwer zu betreiben, wird aber nun durch eine Exzellenzhürde gleich am Beginn des Studiums installiert. Die österreichische STEOP ist nun das neue perfide Tool zum Aussieben von braven Exzellencia-JüngerInnen. Denkende, sensible Menschen mit Bedürfnis nach breiter selbstverantworteter Bildungsstrategie in selbstbestimmtem Tempo, welche allenfalls nebenbei arbeiten oder sich um andere Menschen (ihre alten Eltern) kümmern wollen, werden hinweggeekelt.

Das Feigenblatt zu dieser Maßnahme ist das unter bester Akzeptanz aller EntscheidungsträgerInnen, mit voller Absicht verknappte Bildungsbudget. Sinnvollere Alternativen eines zeitgerechten Leistungsnachweises (Vordiplom oder ähnliches) sind ja dank Bologna nicht mehr so leicht möglich. Es geht doch nicht um den Kritikern regelmäßig unterstellten Wunsch nach leistungslosem Studium, sondern um Vermeidung einer rein sparpolitisch motivierten Demotivation, Negativselektion und Studierendenwegweisung!

Manipulative Rating-Agenturen

Kurz gesagt bewegen wir uns in Richtung einer Exzellentiokratie, welche ihre Rechtfertigung aus manipulativen Rating-Agenturen diverser Art bezieht. In der Ökonomie haben wir "Standard and Poors" (die Standard setzenden und die Armen - nomen est omen). In der Naturwissenschaft haben wir

"ISI web of knowledge". Das Werkzeug der Exzellentiokratie ist die nur scheinbar objektive Metrik in Form des Impactfaktors, die Drachensaat des Herrn Dr. Eugene Garfield.

Der zu entzaubernde Mythos der Objektivität durch Metrik besteht darin, dass die Komponenten für die verwendete Metrik keine objektiven Kriterien außer wenigen, in ihrer Bedeutung drastisch überhöhten Maßzahlen, welche aus der wechselseitigen Zitation in akzeptierten Strickleitersystemen kommen, beinhalten. Dies wurde bereit mehrfach diskutiert und belegt. Welche Konsequenzen zog die Universität Wien? Gar keine, soweit erkennbar.

Qualität der Lehre

So wird in den Naturwissenschaften gerne dieser Faktor als Qualitätsmaß herangezogen, die Qualität der Lehre aber kaum. Tatsächlich relevante Kriterien wie Innovativität, didaktische Strukturiertheit oder Motivation zum selbständigen Denken bzw. auch ökologische Nachhaltigkeit bleiben, da schwerer messbar, komplett außen vor. Hier besteht akuter Nachholbedarf! Selbst der Nobelpreis, einst objektive Auszeichnung für das Finden von Erklärungen oder Mechanismen für zentral wichtige Phänomene, ist heute längst zum Strickleitersystempreis pervertiert worden. Originalität ist unerwünscht. Alles was den Mainstream in Frage stellt oder in unabhängiger Affiliation erarbeitet wird, ist heute extrem schwer publizierbar geworden.

Qualitätssicherung durch Zählen nicht adäquater bzw. zu weniger Parameter ist logischerweise keine hinreichende Methode, sondern erzeugt irrelevantes oder zumindest unvollständiges Datenmaterial, das somit als Entscheidungsgrundlage ungeeignet ist und in eine falsche Richtung weist wie ein falsches Korrelationsmodell. Dabei fällt auch der nicht metrisch erfassbare sozio-kulturelle Auftrag der Universitäten komplett unter den Tisch. Und dennoch ist die Impactmetrik derzeit die Basis der universitätspolitischen Entscheidungen, nicht nur an der Universität Wien.

Verehrung anglo-amerikanischer Exzellenz

Dies geht einher mit beinahe götzenhafter Verehrung besonders anglo-amerikanischer Exzellenz und der grotesk anmutenden Geringschätzung einer (an einer Stelle) im Lande selbst erworbenen Qualität. Dies geht so weit, dass an der Universität Wien bestens integrierte und reichlich Drittmittel einwerbende Personen keine permanente Position bzw. Entfristung bekommen, weil sie vorgeblich nicht exzellent genug seien, und dann aber etwa in Göttingen oder Berlin sehr wohl für eine Professur berufen werden! Einmal im Leben müsse man Österreich verlassen, so das Credo. Dabei ist doch hinlänglich bekannt, dass der Erwerb von Erfahrung im Ausland längst nicht mehr an eine Stelle im Ausland gebunden ist, sondern ebenso in Kooperation mit Projektpartnern erworben werden kann bzw. im Laufe der Prädoc- Zeit ohnehin auch erworben wird.

Ehrliche Evaluierung

So kann einE WissenschaftlerIn an einer Stelle im Inland de facto mehr Erfahrung erwerben als eine Person im Ausland. Das

geht aber in die Köpfe der JugendquälerInnen und GralshüterInnen der Exzellenz nicht hinein. Was hier fehlt, ist eben eine robuste, ehrliche Evaluierung, zu der sich die Universität niemals durchgerungen hat. Vetterwirtschaft und strategische Professurenplanung durch Machtmenschen machten dies bisher unmöglich. Hoc volo, sic iubeo, pro ratio sit voluntas.

Der "Paradigmenwechsel" stellt sich schlicht so dar: eine Gesellschaft frei denkender, aufgeklärter Menschen wird zu einem Markt von brav konsumierenden, rücksichtslosen, Exzellenzdogmata und Werbungsfloskeln nachbetenden, angsterfüllten Sklaven, welche, wie Cato der Ältere sagte, die Vergangenheit bedauern, die Gegenwart bejammern und die Zukunft zu Recht fürchten, da die Alten sich in unserer Gesellschaft still zu entmaterialisieren haben.

In unserer Gesellschaft allgemein verschwinden humanistisch demokratische Gruppierungen zugunsten von willfährigen oder durch Leistungsdruck manipulierten Garanten eines längst kontraproduktiven Wirtschaftswachstums anachronistischer Produkte. Im Bildungswesen gibt es enormen Druck zu einem Trend weg vom aufgeklärt verantwortungsvoll agierenden Menschen zum metrisch beglaubigten Exzellenten ohne humanistisch ökologische Verpflichtung oder philosophische Bildung.

Angst um die Kinder

In den künftigen Exzellentiokratien konsumieren dann wohl Kurzeitexzellente knapp vor dem kollektiven Burnout so genannte exzellente Produkte und Dienstleistungen und überhöhen mit aufgesetzt positivistischem Exzellentenvokabular ihre in Wahrheit prekäre Existenz als Herausforderung. In immer kleineren "funktional optimalen" Räumen mit bestem "hospitality value" werden die Exzellenten in spe zusammengepfercht und auf Überleben durch Rücksichtslosigkeit und Wahrnehmungsverweigerung geprägt. In Existenzanalyse geschulte Psychiater werden ungeahnte Märkte vorfinden. Wenn ich daran denke, dass meine Kinder so aufwachsen und studieren sollen, habe ich Angst um sie.

Es bleibt die Frage: cui bono? Wer schöpft den kurzfristigen Mehrwert des methodischen Wahnsinns? Wir alle oder Oligarchen und geschickte Opportunisten? Die Antwort ist klar: Oligarchen manipulieren Opportunisten und seelisch gestrandete Existenzen bzw. erpressen vernünftige Menschen, an der Basis des Bildungswesens Strukturen zu schaffen, welche die so genannten Märkte in ihrem unmündigen subalternen Dämmerdasein zementieren.

Jedoch: in neoliberaler Rücksichtslosigkeit werden wir uns stärkeren Konkurrenten gegenübersehen. China hat beispielsweise Ungarn und weite Teile Afrikas bereits de facto gekauft. Die USA manipulieren mit ihren Rating-Agenturen unsere Lebensbasis. Könnte nicht eine Rückbesinnung auf humanistisch gefestigte Kultur und Bildung Europas davor besser schützen als perspektivloses Nachahmen von fehlgeschlagenen Strategien wie des Tagtraumes von der "Weltspitze" à la Harvard?

Gegen Gebäudepoker

Hier muss eine Universität doch gegensteuern können. Und dazu brauchen wir Demokratie in Form einer Partizipation mit adäquatem Faculty-Modell anstatt dem gescheiterten bisherigen Direktionismus, und selbstbestimmtes, mit Augenmaß leistungsüberprüftes Studieren an der Universität, sowie Entwicklungsperspektiven an funktionell adäquaten Standorten anstatt Gebäudepoker mit BIG und Raika. (Gert Bachmann, derStandard.at, 22.5.2013)

Gert Bachmann ist Assistenzprofessor am Zentrum für Ökologie der Fakultät für Lebenswissenschaften der Universität Wien und forscht an den biochemischen und elektrochemischen Mechanismen der Zusammenarbeit und Konkurrenz zwischen den Organismen im Wurzelraum von Pflanzen. Er ist Betriebsrat und dort für die Bereiche Raum-, Bau- und Sanierungsfragen sowie den ArbeitnehmerInnenschutz zuständig. Er ist Gründungsmitglied der Sektion Bodenbiologie der Österreichischen bodenkundlichen Gesellschaft.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Peters Radreise: Warum der Stil auch an den Unis aggressiver wird

BLOG

GERT BACHMANN

28. Mai 2013, 15:38

39 POSTINGS

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

"Das neue Rad erfordert einen noch exakteren, aggressiveren Fahrstil, ein noch deutlicheres Buckeln nach oben und Treten nach unten."



foto: privat

Gert Bachmann ist Assistenzprofessor am Zentrum für Ökologie der Fakultät für Lebenswissenschaften der Universität Wien.

Das Erleben der Landschaft tritt in den Hintergrund, das autistische Abrackern in den Vordergrund

Radreisen mit alten Rädern hatten etwas Entspannendes. Die im Rhythmus des gleichmäßigen Tretens und tiefen Atmens vorbeiziehende Landschaft ließ sich kontemplativ erleben, die Gedanken flossen frei. Frei für Ideen, frei, die Seele nachkommen zu lassen, frei für Ehrlichkeit. So ähnlich müssen Humboldt oder Goethe empfunden haben, als sie Italien bereisten, Bologna und Rom. Wenn auch nicht mit dem Rad, sondern zu Pferde oder im Wagen. Vielleicht war es zu Pferde sogar noch besser, denn das Pferd verlangt Achtsamkeit, es ist treu und auch nachtragend, auch egozentrische Charaktere scheuen davor zurück, es zuschanden zu reiten.

Diese Achtsamkeit bereichert gleichwohl den Reiter, sie zwingt ihn zur Eile mit Weile, macht ihm den Wert der Gegenwart bewusst, zeigt ihm, dass er das Ziel der Reise nur heil und rasch erreicht, wenn er sich um den Gefährten genauso gut kümmert wie um sich selbst. Soziale Kompetenz über den Umweg des indirekten Egoismus. Der andere Reiter wird intuitiv, gewissermaßen ritterlich verstanden, erfährt er doch den gleichen Lernprozess. Vielleicht ist das der Wert der langsamen Reise. Man wird ein besserer, durch unverhoffte Erfahrungen bereicherter Mensch, wenn man sich in angemessenem Tempo in Richtung Ziel bewegt. Dabei ändert sich dann auch mitunter das Ziel. Der Weg ist das Ziel (was keine Ausrede für Bundeskanzler sein soll).

Ganz anders mit dem heutigen Rad. Man kann es zur Rennmaschine oder zum Geländerad ausbauen, es lädt zur Konkurrenz ein und hat man keine Konkurrenten, fährt man eben gegen sich selbst, vergleicht stolz die zurückgelegten Strecken und Geschwindigkeiten. Zumindest geländegängig muss das Teil, herausfordernd die Fahrt sein. Auch die Körperhaltung ändert sich: saß man aufrecht zu Pferde oder auf dem alten Rad, krampft man sich nun um den Lenker, buckelt bis zum Bandscheibenvorfall und tritt heftig nach unten.

Aggressiverer Fahrstil

Das Erleben der Landschaft tritt in den Hintergrund, das autistische Abrackern in den Vordergrund. Und noch etwas passiert: das high-tech bike wird oft bald als minderwertig beschimpftes Material erlebt, das auch ohne weiteres wegwerfen werden kann, um ein neues, besseres zu kaufen. Das "Beförderungsmittel" wird als leicht ersetzbar, ohne Bedauern entsorgbar empfunden. All dies geht mit einer emotionalen Lehre einher, die den Wunsch nach noch höherer Effizienz und Exzellenz verstärkt. Das neue Rad erfordert einen

noch exakteren, aggressiveren Fahrstil, ein noch deutlicheres Buckeln nach oben und Treten nach unten. Ein Verhalten, dass deshalb als Radfahrerprinzip beschrieben wurde.

Erfolg allein genügt bald nicht mehr: Sind Rennfahrer ganz oben, können sie endlich Funktionäre werden und Regeln aufstellen. Regeln, die sie selbst in dieser Form nie erfüllen mussten. Regeln innerhalb derer sich die Konkurrerenden kaum mehr bewegen können, ohne sich gegenseitig zu schaden. Wie im Kindergarten also, beim "Reise nach Rom"-Spiel. Wie lustig, wenn das dicke Kind keinen Sessel mehr bekommt und weint! Eine/r muss ja die/der letzte sein, das kennen wir ja auch aus Edu-tainment-Sendungen wie "Big Brother".

Hier unterscheiden sich Radsportfunktionäre kaum von ProfessorInnen österreichischer Universitäten. Und wer nicht seine Familienbande als zweitrangig eingestuft hat, nicht gescheiterte Fernbeziehungen oder kaputte Ehen hinter sich hat, kann einfach nicht exzellent genug sein. Mein Leben war hart, so das Credo der Exzellenzmacher, darum muss auch das Leben der anderen "tenure tracker" hart sein! Wie im Kindergarten wird schon pro-aktiv agiert, damit die Ausgangsposition für KonkurrentInnen schlechter wird.

Nur die "Besten"

Man geiert sich um den Platz an der Sonne, im Vorzimmer der Mächtigen, plustert sich auf, verunglimpft andere Fächer, bedient sich am "Studentenmaterial": wir wollen nur die "Besten". In der Tat scheinen sich die RektorInnen der österreichischen Universitäten kaum um bessere Dotation, Kooperativität oder bessere Betreuung in der Lehre zu bemühen. Es will scheinen, als seien sie zufrieden, sich in Konkurrenz zu anderen RektorInnen als erfolgreich darzustellen, auch wenn sich dies im internationalen Vergleich kümmerlich ausnimmt. Und zusätzlich wird natürlich "Reise nach Rom" gespielt: Die "Besten" bekommen zunächst eine kleine Belohnung, damit sie schneller laufen und sich nicht mit den "weniger erfolgreichen" solidarisieren, ja deren Bestrafung unkritisch mittragen (Milgram Experiment).

Später werden dann die (vielleicht auch nur scheinbar) nicht-Besten durch Unterdotation in Lehrekontingenten, Raum, Personal und Dotation in aller Stille hinausgemobbt, ihre Fächer ganz einfach nicht nachbesetzt, so als ob ein Fach plötzlich unwichtig wäre, wenn der letzte Proponent nicht genehm gewesen war.

Aus- und abgenutztes Material

Da werden dann die zu geringen Ressourcen offenbar weniger kritisch gesehen. Im Zeitalter der "metrics"-Gläubigkeit werden "Scientists" (der Begriff Universitätslehrer ist wohl in dieser Schwerpunktsetzung nicht mehr angebracht) zu dauernd auf Effizienz abgeklopftem, gewissenlos aus- und abgenutztem Material degradiert. Die in diesem Umfeld verzweifelt nach oben Geschwommenen finden sich plötzlich an Positionen, für die sie zumindest sozial inkompetent sind (Peterprinzip). Verpflichtende Ausbildung in Personalführung (Management, Kommunikationstraining) für ProfessorInnen wird offensichtlich

nicht für nötig befunden, weder von Universitätsleitungen, noch von ProfessorInnen. Der Wille zur Kompetitivität und der Nimbus der Exzellenz scheinen zu genügen – hoc volo, sic iubeo ...

Wir brauchen vielleicht kein frei zur Datenverknüpfung verfügbares RAD (oder eine vergleichbare neue CRISis), und ganz sicher keine RADFahrer, die damit den Konkurrenzdruck und den distanzierten, Menschenmaterial verachtenden Stil noch stärker bereiten. Die an den Universitäten Tätigen entbehren dazu ganz offensichtlich der Verantwortlichkeit und Objektivität, solch effizientes Werkzeug nur zum Guten zu nutzen. Wir brauchen vielleicht wieder faire Wertschätzung aller Fächer und Peers (den dieser Begriff stammt ja wohl noch aus Zeiten, in denen Ritterlichkeit zu Gebote stand), die den Begriff "Scientific Community" noch als Gemeinschaft der gemeinsam Lernenden begreifen.

Benützen wir darum Datenbanken mit Bedacht, und erlauben wir keine Hintertür zur direkten Verknüpfung von "Metrics" und Stigmatisierung. Die Universitätsleitenden mögen zum Grundverständnis einer freien Universität, freier Wissenschaften und ihrer Lehre zurückfinden. Das geht allerdings nur im Dialog, nicht im Auswerten des messbaren oder zumindest messbar gemachten. Übersteigertes "Controlling" hat immer nur ins Absurde geführt und wird niemals fair ablaufen, vor allem wenn es eine Eigendynamik annimmt und so eher zur Qualitätsminderung führt.

Es zeigt sich auch, dass (Qualitäts-)Controlling, wiewohl sinnvoll und nötig, kein Ersatz für die Eigenverwaltung der Fächer sein kann, da die Diversität der Fächer einfach zu groß ist, um ohne die substanzielle Mitgestaltung der Angehörigen des jeweiligen Faches richtige Entscheidungen zu treffen.

Basisdemokratie und Chaos

Die UG-2002-Lobbyisten bedienten sich eines billigen, aber leider erfolgreichen rhetorischen Tricks: Alles, was an Demokratie gemahnte, wurde pro-aktiv als "Basisdemokratie, welche zwangsläufig ins Chaos führt" stigmatisiert. Die Notwendigkeit einer "accountability", also einer transparenten Zuweisung von Verantwortlichkeit, wurde in einer klassischen post-propter-Verwechslung und unter Negierung jeglicher zu Gebote stehenden Gewaltentrennung von hinten aufgezümt zum "Zusammenführen von Verantwortung und Entscheidungskompetenz" in den selben Personen, was in Folge zwangsläufig streng hierarchische und autokratische Strukturen erfordere.

Dies wurde erfolgreich als alleinige konstruktive Alternative zu vorgeblich uneffektiven demokratischen Regulativen postuliert. Auch wurde suggeriert, nur ein "entweder, oder" sei möglich, Kompromisse gäbe es nicht. Das Rektorat verlässt sich nun mangels demokratischer Gremien auf Vertrauensleute. Objektivität und demokratische Legitimation wurden im Vakuum des UG 2002 durch Strickleitersysteme und "old boys"-Netzwerke ersetzt.

Allerdings ist diese Fehlschlusskette durch das prinzipielle Funktionieren der westlichen Demokratien längst widerlegt. So

wie eine Regierung, sei es auf Ebene des Staates, der Länder oder Gemeinden ohne demokratische Regulative (Parlament bis Gemeinderat) nicht funktionieren kann, kann auch die Universität nicht ohne entscheidungsbefugte Kollegialorgane auskommen. Somit kann eine Universitätsleitung ohne paritätischen Senat, eine Fakultätsleitung ohne Fakultätskonferenz, eine Institutsleitung ohne Institutskonferenz, eine Studienprogrammleitung ohne Studienkommission nicht auskommen. Rührige Egozentriker gewinnen sonst ohne Kontrolle durch die KollegInnenschaft überproportional an Gewicht, wie wir es seit der Implementierung des UG 2002 laufend erlebt haben. Da gibt es dann mangels Transparenz sicher keine "accountability" mehr. Eine ausgewogene Zukunftsentwicklung ist so nicht mehr möglich.

Die überhebliche "moderne" Entsorgung oder Umfärbung formal impakt-arter Fächer wird sich als einer der größten Fehler herausstellen. Es ist kaum anzunehmen, dass ein Lehrbuch der Zoologie oder Botanik bald von einem Lehrbuch über "Biodiversität" oder "Organismische Systembiologie" ersetzt werden wird. Solche Semantik diene nur einem Zweck: dem Aufbau virtueller, abgrenzbarer Kleinreiche, der Reise des desillusionierten, alt gewordenen kleinen Peter auf dem Rad nach Rom.

Der Ausweg

Alles Fundamentalkritik ohne Ausweg? Keineswegs! Es gibt zahlreiche, bereits oftmals von verschiedener Seite vorgetragene Möglichkeiten für Verbesserungen:

1. Öffnung und Ausbau der Universitäten für Europa anstatt provinzieller Kontingentierung der Zugänge.
2. Schaffung flexibler Stellen für junge Menschen /zusätzlich/ und nicht auf Kosten des in Administration ertrinkenden Kernpersonals.
3. Redemokratisierung der Universitäten: handlungsfähige Senate, Fakultätskonferenzen, Institutskonferenzen, und Studienkommissionen.
4. Faculty aller langfristig angestellten UniversitätslehrerInnen statt anachronistischer Hierarchie.

Also: Haben wir Mut zu Reformen, die auch nachhaltig Positives bewirken. (Gert Bachmann, [derStandard.at](http://derstandard.at), 28.5.2013)

Gert Bachmann ist Assistenzprofessor am Zentrum für Ökologie der Fakultät für Lebenswissenschaften der Universität Wien und forscht an den biochemischen und elektrochemischen Mechanismen der Zusammenarbeit und Konkurrenz zwischen den Organismen im Wurzelraum von Pflanzen. Er ist Betriebsrat und dort für die Bereiche Raum-, Bau- und Sanierungsfragen sowie den ArbeitnehmerInnenschutz zuständig. Er ist Gründungsmitglied der Sektion Bodenbiologie der Österreichischen bodenkundlichen Gesellschaft.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

In der Faculty liegt die Zukunft

BLOG

28 POSTINGS

WOLFGANG WEIGEL

4. Juni 2013, 11:47



foto: foto: istockphoto.com/lisapics

"In der Faculty liegt die Zukunft, weil sie mehr Chancengleichheit, bessere Motivation und stärkere Teamorientierung eröffnet."



foto: privat

Wolfgang Weigel ist Professor für Volkswirtschaftslehre.

Warum das bestehende Kuriensystem überholt ist

Faculty ist ein Sammelbegriff für alle Lehrenden an einer Universität, für die österreichische Universitätslandschaft ist Faculty darüber hinaus ein Programm. Dies deshalb, weil damit zum Ausdruck gebracht und in der Praxis umgesetzt werden soll, dass es nur eine Gruppe von in Lehre und Forschung Tätigen an einer Universität geben soll. Davon sind die Universitäten gegenwärtig weit entfernt. Vielmehr stellt sich die personelle Zusammensetzung einer Universität als Sammlung verschiedener sogenannter Kurien dar.

Kurieneinteilung überwinden?

Es gibt aber eine starke Strömung unter den UniversitätslehrerInnen, diese Kurieneinteilung zugunsten von Faculty zu überwinden. Und diese Strömung hat zwar Gegner, aber auch Befürworter, wie sich zum Beispiel am Regierungsübereinkommen der amtierenden Bundesregierung zeigt, welches eine einheitliche Gruppe von UniversitätslehrerInnen vorsieht.

Das reformatorische Potenzial von Faculty als zukunftsweisendem Konzept der Personalstruktur einer Universität wird am besten dadurch vermittelbar, dass die gegenwärtigen Unterscheidungen deutlich gemacht werden. Die beiden Kurien des wissenschaftlichen Universitätspersonals umfassen heute die (durch Berufungsverfahren ausgewählten) UniversitätsprofessorInnen und den sogenannten "Mittelbau", also wissenschaftliche MitarbeiterInnen in Forschung und Lehre. Des Weiteren gibt es die Kurie der Studierenden und die Kurie des allgemeinen Universitätspersonals, also der nicht wissenschaftlich Tätigen.

Unterschiedliche Rechte und Pflichten

Die beiden Kurien des wissenschaftlichen Universitätspersonals unterscheiden sich ganz erheblich in ihren Rechten und Pflichten. Während es natürlich unbestritten sein muss, dass bestimmte Rechte und Pflichten von der Qualifikation abhängig sein müssen, gilt das doch nicht ganz allgemein. Vielmehr laufen die Kurien zu einem erheblichen Maß auf ein Kastenwesen hinaus, das nicht nur diskriminierend sein kann (und leider verbreitet auch ist), sondern demotivierend und manchmal auch demütigend wirkt und damit einem konstruktiven, kooperativen inneruniversitären Klima diametral entgegengesetzt ist.

So können in der gegenwärtigen internen Struktur einer Universität Angehörige des "Mittelbaus" auch dann bestimmte Aufgaben nicht übernehmen, wenn sie dafür bestens geeignet sind und sich die erforderliche Kompetenz angeeignet haben.

Das ist symptomatisch dafür, dass Potenziale in Lehre, Forschung, Erschließung der Künste und insbesondere im Wissenschaftsmanagement nicht genutzt werden können. Gleichzeitig mit solchen Hemmnissen werden motivationale Blockaden geschaffen.

Weniger Privilegien und Rechte

Entgegen den Befürchtungen von Gegnern einer Faculty verschwindet mit ihrer Implementierung auch der Wettbewerbsdruck nicht, wohl aber verschwinden damit institutionalisierte Privilegien und Anrechte. In demselben Maß erhoffen sich die Befürworter, dass Fairness Raum gewinnt.

Es ist selbstverständlich nicht so, dass automatisch alle im Lehr- und Forschungsbereich tätigen Personen zur Faculty zählen (würden), weil es an einer Universität immer auch solche Beschäftigte geben wird (müssen), die nur zeitweilig und nur in einem bestimmten Zeitraum dort tätig sind - und dies auch so wollen. Also wird die Zugehörigkeit zur Faculty von der Dauer(haftigkeit) der Beschäftigungsverhältnisse abhängig gemacht werden.

Damit verbindet sich Faculty dann aber mit einem weiteren wichtigen Aspekt einer modernen Universität, nämlich der Eröffnung und Pflege von sogenannten "Tenure Tracks", längerfristigen Beschäftigungsverhältnissen, die einen Aufstieg innerhalb der Faculty zum Zweck haben und möglich machen. Dies selbstverständlich nicht durch "Ersitzen", sondern unter ständiger Beobachtung und Prüfung der Bewährung.

Internationale Beispiele

Ein Beispiel für die Praktikabilität des Faculty-Konzepts bieten die amerikanischen Universitäten, gerade auch die Elite-Universitäten wie jene der Ivy-League, an denen Faculty längst die Norm ist.

Weite Kreise der österreichischen Universitätsangehörigen, aber auch der UniversitätslehrerInnenverband sehen das bestehende Kuriensystem als überholt an und in der Faculty die Zukunft, weil sie mehr Chancengleichheit, bessere Motivation und stärkere Teamorientierung eröffnet. (Wolfgang Weigel, derStandard.at, 4.6.2013)

Wolfgang Weigel ist ao. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien, Vorsitzender des Joseph von Sonnenfels Center für ökonomische Analyse des öffentlichen Rechts und Gründungsmitglied sowie Mitglied des Beirats der European Association of Law and Economics. Er ist Mitglied des Universitätslehrerverbands (ULV), Sekretär des ULV an der Universität Wien und Pressereferent im Vorstand des ULV sowie ehemals langjähriger Vorsitzender der Personalvertretung an der Universität Wien.



Immobilien, die zu Ihnen passen, finden Sie auf derStandard.at/Immobilien.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für



JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni
Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10
ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Der Senat - Schattendasein oder schlummernder Riese?

BLOG

FRIEDRICH SCHIPPER

11. Juni 2013, 17:01

3 POSTINGS



foto: istockphoto/imagestock

Der Senat ist das letzte demokratische gewählte Gremium mit nennenswerten Kompetenzen an der Universität.



foto: privat

Friedrich Schipper ist Archäologe.

Am 16. Mai haben die Angehörigen der Universität Wien einen neuen Senat gewählt - Medial im Schatten der ÖH-Wahlen

Ja, es gibt ihn noch, den Senat. Im alten Universitätsorganisationsgesetz (UOG) war der akademische Senat mit dem Rektorat die leitende Instanz der Universität - und eines von mehreren, demokratisch gewählten Gremien. Nach der Implementierung des Universitätsgesetzes (UG) 2002 ist der Senat das letzte demokratische gewählte Gremium mit nennenswerten Kompetenzen an der Universität. Neben Universitätsrat und dem Rektorat ist er eines der drei "obersten Organe". Doch inner- wie außeruniversitär wird er meist kaum mehr wahrgenommen.

Im Dreigestirn der Macht?

Dabei sind die Regelungen des UG 2002 zum Senat, der Artikel 25, nicht minder umfangreich und ausführlich wie jene zum Universitätsrat oder zum Rektorat. Zu allererst erlässt oder ändert der Senat auf Vorschlag des Rektorats die Satzung. Und er wählt die Hälfte der Mitglieder des Universitätsrats, jener - wichtige - Akt, mit dem man den Senat heute noch am ehesten in Verbindung bringt.

Wenn man im Text des UG 2002 weiter liest, stößt man zunächst auf Begriffe wie "Zustimmung zu", "Stellungnahme zu", "Mitwirkung an"; und wenn der Senat nicht zustimmt, keine Stellung bezieht, nicht mitwirkt, dann kann die jeweilige Handlung dennoch durchgeführt werden. Kritische Beobachter mögen hier Mechanismen zwischen Universitätsrat und Rektorat einerseits und Senat andererseits erkennen, wie sie jenen zwischen Nationalrat und Bundesrat im Parlament nicht unähnlich sind - letztere Instanz kann zwar nicht sang- und klanglos übergegangen, aber letztlich jedenfalls überstimmt werden.

Das weitere Aufgabenspektrum umfasst die Festlegung von akademischen Graden, Bezeichnungen für die AbsolventInnen, die Einsetzung von Kollegialorganen, die Einrichtung eines Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen sowie die Nominierung von Mitgliedern für die Schiedskommission.

Heiße Eisen

Eine der wichtigsten Funktionen ist jedoch die Erlassung und Änderung der Curricula für ordentliche Studien und Lehrgänge. Wir befinden uns gerade in der heißen Phase der Neugestaltung der LehrerInnenausbildung, in der der Senat die grundlegenden Weichen für die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Institutionen und somit für die Zukunft unserer Kinder stellt. Hier

sind vom Senat klare Regelungen zu fordern, die den Fachspezifika gerecht werden und die Betroffenen einbeziehen.

Demokratie von oben diktiert?

Wie eingangs erwähnt, stellt der Senat an den Universitäten das letzte demokratische gewählte Gremium mit nennenswerten Kompetenzen dar. Demokratisch, quasi ja. Aber ist er repräsentativ im Sinne dessen, was wir an den Universitäten als demokratisch verstehen? Das UG 2002 in der geltenden Fassung sieht vor, dass die Kurie der UniversitätsprofessorInnenen jedenfalls die Hälfte der Mitglieder stellt, der so genannte "Mittelbau" und die Studierenden jeweils fast ein Viertel und das allgemeine Personal stets nur ein Mitglied.

Diese Verteilung hat oft Kritik hervorgerufen, da sie insgesamt klar zugunsten der berufenen ProfessorInnen angesetzt ist und z.B. den in seinen Aufgaben und individuellen Laufbahnen sehr heterogenen "Mittelbau" in eine Kurie 2. Klasse zusammenpfercht, in der Praxis ausschließlich vertreten durch unbefristet angestellte, "ältere Semester", wodurch wiederum nicht das gesamte Spektrum an Interessenslagen vertreten sein kann.

Hier fordert der UniversitätslehrerInnenverband (ULV), der parteiunabhängige und landesweit größte Verband des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den österreichischen Universitäten, seit Jahren ein Überdenken der bisherigen Kurienlandschaft zugunsten eines Faculty-Modells und eine Neugewichtung der Sitze im Senat entsprechend den tatsächlichen Aufgabengebieten in einer UG-Novellierung.

Demokratie von der Basis?

Ob man nun den Kompetenzen, der Rolle und der Zusammensetzung des Senats kritisch gegenübersteht oder nicht, seine alle drei Jahre stattfindende Wahl bietet die einzige Möglichkeit für alle Angehörigen der Universität, ihr aktives wie passives Wahlrecht wahrzunehmen und damit Einfluss auf die Entwicklung der Universität zu nehmen. Und was tun die Universitätsangehörigen damit?

Zurück zur jüngsten Senatswahl an der Universität Wien: Die Einheitsliste der ProfessorInnen lockte immerhin etwa ein Drittel aller Wahlberechtigten zu den Urnen. Vom "Mittelbau" nutzte, obwohl zwei immerhin konkurrierende Listen zur Wahl standen, nur ein Zehntel das Stimmrecht. Genau jene Gruppe von UniversitätsmitarbeiterInnen, die sonst stets auf Mitbestimmung und Mitsprache drängt, zeigte nur mehr sehr wenig Ambitionen, sich aktiv in das universitäre Leben einzubringen, und sei es nur durch einige Minuten bei der Stimmabgabe.

Dies offenbart eine große Verdrossenheit gegenüber der gefühlten Ohnmacht und den ungleichen Stimmverhältnissen im Senat, aber es spiegelt auch die fehlenden Perspektiven der meisten Angehörigen wider, die aufgrund kurzfristiger Arbeitsverträge kaum eine zweite Wahlperiode an der Universität verbringen dürfen. Ceterum censeo: Der Mittelbau, also die NachwuchswissenschaftlerInnen benötigen

längerfristige Arbeits- und Karriereperspektiven!

Ansonsten werden sie sich kaum bis gar nicht in die Entwicklung der Universitäten einbringen. Damit würde man aber auf die Mitwirkung von über 90 Prozent des wissenschaftlichen Universitätspersonals bei der Gestaltung der Universität verzichten. Eine enorme Ressourcenverschwendung, die jenseits der staatlichen Universitäten in unserem Land wohl undenkbar wäre.

Perspektiven

Sowohl die Legislative als auch die gewählten Senatsmitglieder müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden, die heißen Eisen in demokratischer Weise anpacken und vor allem über Kommunikation und Überzeugungsarbeit wieder das Interesse der MitarbeiterInnen an Mitbestimmung an unseren Universitäten wecken. Neukonstituierungen bieten immer eine gute Gelegenheit dazu. (Friedrich Schipper, derStandard.at, 11.6.2013)

Friedrich Schipper ist Archäologe und stellvertretender Vorstand des Instituts für Alttestamentliche Wissenschaft und Biblische Archäologie an der Universität Wien. In seiner Dissertation geht es um Beschneidung, Athletik und Identität im antiken Kontext des jüdisch-hellenistischen Konflikts. In seiner Habilitationen befasst er sich mit der Rolle des kulturellen Erbes in Jerusalem im aktuellen Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts. Er ist stv. Vorsitzender des Universitätslehrerverbands an der Universität Wien und Mitglied des Betriebsrats für das wissenschaftliche Universitätspersonal an der Universität Wien.

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .

Uni-Zugang: You can get it if you really want

BLOG

67 POSTINGS

OLIVER FABEL

18. Juni 2013, 10:23



foto: istockphoto.com/csakisti

"Das globale Alleinstellungsmerkmal der österreichischen Universitätspolitik scheint darin zu bestehen, die Existenz von Kapazitätsgrenzen zu ignorieren."



foto: privat

Gegen Massenstudiengänge, für Zulassungsverfahren:
Oliver Fabel.

Warum die Zulassungsprüfungen im kommenden Jahr anders gestaltet werden müssen und welche Lehren man aus den Erfahrungen anderer Länder ziehen kann

Den Ausgang des diesjährig erstmals vorgesehenen, dann doch nicht wirklich durchgeführten Zulassungsverfahrens in den Wirtschaftsfächern zu kommentieren fällt zunächst sehr leicht. Wir haben in diesem Frühjahr den ersten, kleinen und zaghaften, ganz sicher viel zu kurz gesetzten Schritt unseres Universitätssystems in Richtung Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt für Talente erlebt. Das Ergebnis ist klar: wir müssen es noch einmal versuchen.

Am besten, und nun wird es weniger einfach, bereiten wir uns auf diesen neuen Versuch aber diesmal vor, indem wir unsere Lehren aus dem Verfahren dieses Frühjahrs ziehen, noch besser, indem wir uns auch einmal die Lehren, die unsere europäischen Partner-Konkurrenten bereits gezogen haben, in unsere Bewertungen aufnehmen. Am allerbesten, indem wir uns dann auch bemühen, internationale Entwicklungen zu verstehen und aufzunehmen.

... but you must try!

Vor einem solchen weltweiten Trend, dass sich inzwischen nämlich Zweidrittel einer Matura-Kohorte nur noch vorstellen mag, eines von maximal drei bis vier Fächern zu studieren, hat die österreichische Politik jedenfalls erst einmal kapituliert. Sie hat die Zuteilungsquoten für die Wirtschaftsfächer so hoch angesetzt, dass eine wirkliche Auswahl der an diesen Fächern Interessierten gar nicht stattfinden konnte.

Nur weil die Universität Wien und gerade auch ihre Wirtschaftswissenschaften über die Grenzen Österreichs hinaus wirken, sorgten hier ausländische, darunter sehr viele Nicht-EU Bewerbungen dafür, dass hier die Quote wenigstens in einem der betriebswirtschaftlichen Studiengänge erreicht und im zweiten nur knapp verpasst wurde. Die zweite Stufe des Verfahrens, der eigentliche Eignungstest, hätte also stattfinden können. Darauf wurde jedoch im Interesse der Bewerber(innen) verzichtet; es wäre unverantwortlich gewesen, sie alle zu einem Test anreisen zu lassen, der dann nur ganz wenige hätte ausscheiden lassen.

Die Hoffnung bleibt, dass Studierende, die sich mit dem eigenen Studienwunsch wenigstens einmal vor ihrer Immatrikulation auseinander setzen mussten, in dem sie sich der ersten Stufe des Verfahrens, dem "Online Self-Assessment" gestellt haben, das Studium besser motiviert und selbst-verpflichtet beginnen.

Stehen wir doch zu unserer hohen Attraktivität!

Das, was man anderenorts als Ausdruck der nationalen und internationalen Attraktivität des Studiums an der Universität Wien mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen hätte, wird hier bei uns zuhause, so kann man hier und da nun schon wieder hören, eher als "Unfall" gesehen, dem man abhelfen kann, indem man die Quoten der Wiener Wirtschaftswissenschaften erhöht. Dies wäre zumindest konsequent, hatte doch der Regierungskompromiss in Sachen Zulassungsverfahren von Anfang darauf verzichtet, diesem eine Steuerungswirkung zuzuweisen.

Das globale Alleinstellungsmerkmal der österreichischen Universitätspolitik scheint also darin zu bestehen, die Existenz von Kapazitätsgrenzen zu ignorieren. Nur so ist auch zu erklären, dass diejenigen, die in dieser politischen Auseinandersetzung die hohen Güter Wahlfreiheit und allgemeine Bildungsfunktion der Universität lautstark betonen, dabei gleichzeitig und völlig ungestraft übersehen dürfen, tatsächlich das Grab der Universität auszuheben - also das der wirklichen Universität, deren Fächervielfalt wissenschaftlichen Fortschritt und die ganzheitliche Begleitung gesellschaftlicher Entwicklungen erst ermöglicht.

Alleinstellungsmerkmal Vielfalt aufgeben?

Diese Politik soll also die österreichische Besonderheit sein. Dabei führt sie nur dazu, dass der weltweite Trend zu Ein-Fach-, maximal vielleicht noch Drei-Fach-Hochschulen in unsere Universitäten Einzug erhalten, die damit allein gelassen werden, den Wert ihres in der Vielfalt der wissenschaftlichen Ansätze begründeten gesellschaftlichen Beitrags zu schützen.

Weniger abstrakt formuliert: ärgerlich für die Politik, sie widersetzen sich, der aus Sicht des Qualitätserhalts der Lehre in den sogenannten Massenfächern eigentlich gebotenen Notwendigkeit, Ressourcen aus nicht-Massenfächern einfach umzuwidmen. Es handelt sich eben nicht nur um eine Finanzierungsfrage; es geht vielmehr um die Existenz der Universität als Universität.

Scheindiskussionen

Nicht diese Existenzfrage, sondern der politische Streit um Finanzierung und insbesondere von Studiengebühren dominiert jedoch die öffentliche Diskussion. Dabei kann man den hierzulande als vorstellbar diskutierten Studiengebühren keine nennenswerte Finanzierungswirkung zusprechen. Ihre Steuerungswirkung erschöpft sich bestenfalls darin, einige Talente aus Schwellenländern abzuschrecken.

Diese als Grundsatzstreit geführte Diskussion um Studiengebühren hat eine politisch offensichtlich gewollte Wirkung: in Zeiten knapper Budgets verhindert die fehlende Einigungsmöglichkeit, eine Verpflichtung des Staats, tatsächlich mehr in seine Universitäten zu investieren. Ein Nebenprodukt ist dabei jedoch die vollständige politische Blockade einer besseren Zugangspolitik. Und dies ist für die Universitäten existenzbedrohend; sie werden dadurch von der erfolgreichen Teilnahme am globalen Wettbewerb um Talente in allen ihren Fächern ausgeschlossen.

Ruinöse Gebühren sind keine Lösung

Richtig ist doch, dass an allen guten Universitäten der Welt, die mitunter ruinös hohe Gebühren erheben, niemand ernsthaft diese Zahlungen leistet. Dort studiert man mit Stipendien und Gebührenerlassen. Nur wer nicht studiert, keine angemessene Leistung erbringt, ist von Gebühren bedroht. Wem dies droht, hört dann lieber auf zu studieren.

Diese typisch angelsächsische Art, jemanden mit dem finanziellen Ruin zu bedrohen, ist allerdings völlig zu Recht nicht unsere Art. Aber es ist auch nicht die Art der Niederländer, der Schweden, ja nicht einmal die Art der Deutschen, die uns zurzeit diese schier erdrückenden Heerscharen von Studierenden schicken. Überall dort ermächtigt die Politik stattdessen die Universitäten auf nicht-erbrachte Studienleistungen z. B. mit der Pflicht eine Studienberatung wahrnehmen zu müssen und im weiteren Verlauf eines erfolglosen Studiums ganz sicher auch mit der Exmatrikulation des Studierenden zu reagieren.

Balance halten und nochmals versuchen!

Ein gut balanciertes Zusammenspiel solcher Regelungen in Studien- und Prüfungsordnungen, von bindenden Zulassungsverfahren und möglicherweise auch von begrenzten Studiengebühren, die zum Beispiel nachlaufend erhoben und durch Leistungsstipendien abgedeckt werden, könnte durchaus den österreichischen Unterschied zur angelsächsischen Bankrott-Drohung markieren. Nicht einmal die EU-Kommission hätte etwas dagegen. Voraussetzung wäre aber ein Wille zu steuern und die Kraft Fehlentwicklungen, wie das Entstehen von Massenstudiengängen, zu korrigieren. (Oliver Fabel, derStandard.at, 18.6.2013)

Oliver Fabel (53) ist Professor für Betriebswirtschaftslehre und Personalwirtschaft mit internationalem Schwerpunkt an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Wien. Seit Oktober 2010 ist er Vizedekan und seit Oktober 2012 Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Wien. Fabels Forschungsschwerpunkte: Kontrakt- und Anreiztheorie, Personalökonomik, Bildungsökonomik und -management, Strategische Organisation und Corporate Governance.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

• • • •

Universitäten: Karriere mit Lehre?

BLOG

ILSE REITER-ZATLOUKAL

26. Juni 2013, 13:54

12 POSTINGS

BILD NICHT MEHR VERFÜGBAR

Zählt Lehre als "Leistung"? Mit der Verleihung von Awards soll das Image der Lehre im Vergleich zur Forschung verbessert werden.

Am 4. Juni diesen Jahres hat die Universität Wien erstmals einen Teaching Award verliehen. Eine Preisträgerin reflektiert

Die Verleihung des "UNIVIE Teaching Award 2013" für ausgezeichnete Lehrleistungen fordert dazu heraus, den Stellenwert der universitären Lehre kritisch zu hinterfragen. Zunächst sei aber kurz erklärt, wie ich überhaupt in die Lage versetzt wurde, dies als Preisträgerin zu tun: Wie in allen Fakultäten waren daran, wenngleich die Nominierungsverfahren für den Preis ansonsten durchaus unterschiedlich abliefen, neben den Studienprogrammleitungen maßgeblich die Studierenden beteiligt. In der rechtswissenschaftlichen Fakultät etwa stellte die Studierendenvertretung eine Liste derjenigen Lehrenden zusammen, die von der Studienprogrammleiterin auffordert werden sollten, sich für den Preis zu bewerben.

Moralische Verpflichtung

Dies erwähne ich aus zwei Gründen: Der erste ist, dass ich mich ansonsten gar nicht beworben hätte, weil derartige Bewerbungsschreiben eine Textsorte darstellen, die mir – und wahrscheinlich nicht nur mir - eigentlich wenig liegt. Der zweite Grund ist, dass ich mich nach dieser Nominierung durch die Studierenden irgendwie moralisch verpflichtet gefühlt habe, der damit ja zum Ausdruck gebrachten Wertschätzung seitens der Studierendenvertretung durch Einreichung einer Bewerbung für den Preis doch zu entsprechen, der sanfte Druck unserer Studienprogrammleiterin ließ dann meine letzten Widerstände schwinden.

Anstoß von außen

Ich erwähne deswegen meine Motivation, mich für den Teaching Award zu bewerben, um damit auf ganz persönlichem Weg zum Begriff der Wertschätzung für die universitäre Lehre zu gelangen, der mit diesem Preis auf unterschiedliche Weise verbunden ist. Einerseits ist er nämlich konkreter Ausdruck der Wertschätzung für die individuellen Leistungen der Ausgezeichneten durch ihre Studierenden und KollegInnen, andererseits ist er aber auch ein Ausdruck der Wertschätzung der Lehre an sich durch die Institution 'Universität'. Leider hat es allerdings eines Anstoßes von außen bedurft - nämlich der Schaffung des Staatspreises für ausgezeichnete Lehre "Ars docendi" -, dass die Universität Wien selbst über eine gleichsam hauseigene Auszeichnung dieser Art nachgedacht und sie auch in die Tat umgesetzt hat. Aber immerhin: Es gibt nun diese Auszeichnung und das ist grundsätzlich eine sehr erfreuliche Sache.

Alibi-Aktion?

Trotzdem darf (und muss) man/frau wohl auch kritisch

hinterfragen, ob dieser Preis nun bloß eine Art Alibi-Aktion darstellt oder – hoffentlich – als ernst zu nehmendes Anzeichen für eine beginnende universitäre Neubewertung der Lehre gewertet werden kann. Was meine ich damit konkret? Forschung und forschungsgeleitete Lehre gehören unzweifelhaft beide zu den ureigensten Kernaufgaben der Universität. Dennoch wurde und wird nach wie vor beides im Universitätsbetrieb nicht gleich wertgeschätzt.

So sprach etwa die frühere Leitung der Universität Wien stets bloß von der Positionierung als Forschungsuniversität – von der Lehre war im positiven Sinn eigentlich nie die Rede. Dies ist nun wohl anders, aber dennoch wird der Lehre noch längst nicht der gleiche Stellenwert wie der Forschung zugebilligt. Werden Leistungen etwa universitär abgefragt, so geht es immer um den wissenschaftlichen Output allein, nicht um die Lehre, es geht auch nicht darum, unter welchen Bedingungen diese Forschungsleistungen angesichts der Erfordernisse einer Massenuniversität und diverser Neuerfindungen - Stichwort Studieneingangsphase (STEOP) – erbracht werden.

Unangenehmer Kostenfaktor

Vielfach gewinnt man überdies den Eindruck, dass die Lehre, nicht nur in der politischen Öffentlichkeit, sondern leider ebenfalls an der Universität durchaus auch als unangenehmer Kostenfaktor aufgefasst wird. So sind die schlechten Betreuungsverhältnisse an unserer Universität seit Jahren bekannt, auf das Lehrbudget hat dies keine entsprechenden Auswirkungen.

Weiters müssen immer wieder Lehrveranstaltungen aus Budgetgründen eingespart werden, wie etwa derzeit im Bereich der externen Lehre, oder sind durch billigere interne Lehre zu ersetzen, was sich auch im Wunsch der Universitätsleitung nach einer Erhöhung der Lehrkontingente der außerordentlichen ProfessorInnen - ohne Berücksichtigung von deren Ressourcensituation und sonstigen Belastungen - niederschlägt. Auch die Infragestellung bzw. Kürzung der Prüfungstaxen, die ja eine Vergütung für überdurchschnittliche Belastungen in der Lehre darstellen, kann als Ausdruck mangelnder Anerkennung des Engagements im Massenlehrbetrieb gesehen werden.

Kaum Postdocs

Was die Sicherung eines qualitätvollen Lehrbetriebs anbelangt, so erscheint es mir als durchaus bedenklich, dass diese Frage bislang bei den Diskussionen betreffend fakultäre oder universitäre Personalstruktursplanungen eine zu geringe oder überhaupt keine Rolle spielt, wie etwa zur Zeit an der rechtswissenschaftlichen Fakultät, wo es kaum noch Postdocs gibt und – jedenfalls derzeit – nicht die Absicht besteht, Laufbahnstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu schaffen. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass sich unter den PreisträgerInnen des universitären Teaching Awards niemand befindet, der "nur" Postdoc oder Praedoc ist.

Die geringe Wertschätzung der Lehre zeigt darüber hinaus in universitären Karrieren deutlich: In Berufungsverfahren spielt sie trotz anders lautender Ausschreibungstexte eigentlich in der

Praxis meist keine entscheidende Rolle, ausschlaggebend sind letztlich primär die Publikationsleistungen, und zwar ohne Berücksichtigung, unter welcher höchst unterschiedlichen Lehr- und Ressourcenbedingungen sie erbracht wurden.

Die Lehre zählt aber auch in anderen Bereichen offenbar nicht wirklich als "Leistung": Ich erinnere daran, dass im Organisationsplan der Universität Wien nachwievor die "leistungsgerechte Ressourcenverteilung" verankert ist. Trotzdem ist mir bislang kein Fall bekannt, dass überdurchschnittlicher Lehreinsatz eine Ressourcenzuteilung nach sich gezogen hätte. Dies erscheint aber gerade hinsichtlich derjenigen Lehrenden, die keine "Lehrstühle" mit Ressourcenausstattung bekleiden, als höchst unbefriedigend, zumal gerade diese oftmals im besonderen Maß mit betreuungsintensiver Basislehre betraut sind.

Leidenschaft für die Fächer

Dass die überdurchschnittlichen Leistungen im Bereich der Lehre, die zur Verleihung des Teaching Award geführt haben, dennoch erbracht wurden und wohl auch in Zukunft erbracht werden, muss also einen Grund haben, der nicht mit ideeller und materieller Wertschätzung der Lehre zusammenhängt. Mit Sicherheit ist es für alle UniversitätslehrerInnen der letztlich aus der Leidenschaft für die vertretenen Fächer resultierende Anspruch, den Studierenden die bestmögliche Bildung und Ausbildung für ihren weiteren, ohnedies nicht einfachen Weg mitzugeben.

Es bleibt zu hoffen, dass der neue Teaching Award an der Universität Wien also nicht nur eine gelungene Maßnahme der universitären Öffentlichkeitsarbeit aus Anlass des Staatspreises darstellt, sondern Ausdruck des Wissens um die Unterbewertung der akademischen Lehre und um die Notwendigkeit eines echten Umdenkens ist, damit dieser universitären Kernaufgabe wieder der ihr im Interesse unserer Studierenden gebührende Stellenwert zukommt. (Ilse Reiter-Zatloukal, derStandard.at, 26.6.2013)

Ilse Reiter-Zatloukal ist ao. Prof. und stv. Vorständin des Instituts für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Universität Wien. Sie ist Mitglied des Betriebsrats für das wissenschaftliche Universitätspersonal, Mitglied des Senats der Universität und Empfängerin eines Teaching Award 2013 der Universität Wien.



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf derStandard.at/Karriere.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .